

300 186 1

Nr. 98

Ulrich Menzel

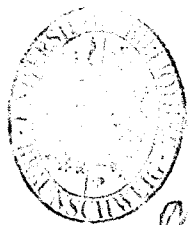
Imperium oder Hegemonie?

Folge 14: USA 1898-1990:

Die erste Hegemonialmacht mit globaler Reichweite

Oktober 2010

ISSN-Nr. 1614-7898



Bei diesem Text handelt es sich um die vierzehnte Fallstudie zum Projekt "Imperium oder Hegemonie. Historisch-komparative Untersuchungen zu einem aktuellen Problem", das seit 2001 bearbeitet wird. Weitere Fallstudien werden folgen und zu einem späteren Zeitpunkt als Kapitel einer umfassenden Monographie zum Thema Verwendung finden. Zum theoretischen Rahmen vgl. meinen Aufsatz "Anarchie oder hegemoniale Ordnung?" In: WeltTrends 12.2004, Nr. 44, S. 125-142 sowie meine Auseinandersetzung mit Herfried Münkler "Imperium oder Hegemonie? Die USA als hegemoniale Ordnungsmacht" In: Kommune 23.2005/06, Dez.-Jan., S.65-72.

Folge 1: Song-China 960-1204.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 78, April 2007.

Folge 2: Pax Mongolica 1230-1350 und die Globalisierung vor der Globalisierung.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 79, Juni 2007.

Folge 3: Genua und die mediterrane Weltwirtschaft 1261-1350.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 80, September 2007.

Folge 4: Die frühen Ming (1368-1435) und die Restauration des Tributsystems.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 82, November 2007.

Folge 5: Venedig - Seemacht mit imperialem Anspruch 1381-1499.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 83, Dezember 2007.

Folge 6: Portugal 1494-1580: „Seaborne Empire“ oder Hegemonialmacht im Indik?

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 84, Januar 2008.

Folge 7: Das Osmanische Reich (1453-1571): Weltreich zwischen Europa und Asien oder Hegemonialmacht im Orient?

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 86, Februar 2008.

Folge 8: Spanien 1515/19 - 1648/59: Das geerbte Imperium.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 87, Mai 2008.

Folge 9: Die Niederlande und ihr „Goldenes Zeitalter“ 1609-1713.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 88, Juni 2008.

Folge 10: Frankreich 1635-1714: Der gezügelte Hegemon.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 90, Dezember 2008.

Folge 11: England/Großbritannien 1692/1713-1783: Das Erste Empire.
= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 92,
November 2009.

Folge 12: Großbritannien 1783-1919: Das Zweite Empire.
= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 93,
Dezember 2009.

Folge 13: Die Hierarchie der Staatenwelt.
= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 95, März
2010.

Folge 14: USA 1898-1990: Die erste Hegemonialmacht mit globaler Reichweite.
= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 98,
Oktober 2010.

Weitere Materialien zum Thema sowie eine laufend erweiterte Bibliographie,
in der auch alle hier zitierten Titel verzeichnet sind, findet sich unter:
<http://www-public.tu-bs.de:8080/~umenzel/inhalt/dienstleistungen/bibliographien.html>.

13. USA 1898-1990: Die erste Hegemonialmacht mit globaler Reichweite

13.1 Was meint der Begriff „Vereinigte Staaten von Amerika“?

13.2 Die Aufstiegsphase bis 1898

13.3 Die Grundlagen der Macht

13.4 Das amerikanische Jahrhundert: Der erste Machtzyklus
1898-1990

13. USA 1898-1990: Die erste Hegemonialmacht mit globaler Reichweite

13.1 Was meint der Begriff „Vereinigte Staaten von Amerika“?

Die Klärung der Begriffe „Niederlande“ oder „Großbritannien“ war schon komplex, die begriffliche Klärung der „Vereinigten Staaten von Amerika“ ist noch viel komplexer. Bereits die im Deutschen gebräuchliche Abkürzung USA statt VSA ist missverständlich, bezieht sie sich doch auf den englischen Begriff „United States of America“, während im Englischen die Abkürzung U.S. verwendet wird. Umgangssprachlich wird hier wie dort auch von Amerika bzw. den Amerikanern gesprochen, obwohl doch Kanadier, Mexikaner oder Brasilianer auch Amerikaner sind. Was sich genau hinter dem Akronym „USA“, das fortan nur noch verwendet wird, jeweils verbirgt, hängt ab vom Zeitpunkt der Betrachtung, der thematischen, gar der weltanschaulichen Perspektive.

Dieser Hinweis ist deshalb von Bedeutung, weil es sich ursprünglich bei den USA um eine Ansammlung von englischen Kolonien in Amerika handelte, von denen sich 13 (aber nicht alle!) 1776 in der „Declaration of Independence“ vom Mutterland losgesagt und sich 1787 eine Verfassung gegeben haben. In der Folgezeit expandierte die Union der 13 Kolonien über eine Kette von Kriegen gegen die einheimische „indianische“¹ Bevölkerung, gegen europäische Kolonialmächte (Spanien, Großbritannien), gegen eine in die Unabhängigkeit entlassene ehemalige Kolonie (Mexiko) oder durch riesige Landkäufe von europäischen Kolonialmächten (Frankreich, Spanien, Russland). Hinzu kam in klassischer imperialistischer Manier im Verbund mit Spanien die Absteckung von transkontinentalen Einflusssphären bis zur pazifischen Küste. Mit dem Kauf Alaskas (1867) war diese Expan-

¹ Auch „Indianer“ ist ein europäisches Konstrukt, das dazu auf dem Irrtum des Kolumbus beruht, auf dem Westweg „Indien“ gefunden zu haben. Deshalb heißen die Inseln der Karibik noch heute „Westindien“.

sion aber noch nicht abgeschlossen, sondern setzte sich über den Pazifik hinweg weiter nach Westen fort, um schließlich die asiatische Gegenküste zu erreichen. Eine zweite Stoßrichtung ging nach Süden und führte zur Kontrolle großer Teile der Karibischen Inseln und der Landverbindung zwischen Nord- und Südamerika, wobei die Panama-Kanalzone (1903) der geopolitisch herausragende Schritt war, da er die maritime Verbindung der Ost- mit der Westküste ermöglichte. Trotz ihrer antikolonialen Tradition, die bis heute hochgehalten wird, wurden auch die USA im Zeitalter des Imperialismus zu einer Kolonialmacht, die, weil verspätet auf den Plan getreten, ihren Kolonialbesitz der alten Kolonialmacht Spanien abzurufen hatte und dabei auch vor dem Krieg nicht zurückschreckte.

Deshalb ist die Expansion der USA nach Westen, Süden und Norden vergleichbar der Expansion des zaristischen Russlands, nur dass erstere sich über den nordamerikanischen Halbkontinent und letztere über die eurasische Landmasse erstreckte. Beide, Russland wie die USA, sind Vielvölkerstaaten, aufgrund der territorialen Expansion wie der Einwanderung, die allerdings in den USA, da anfangs selber Kolonie, einen viel höheren Stellenwert als in Russland hat.

Im Zuge des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges und nach Ende des Kalten Krieges erfuhr das von den USA kontrollierte Territorium erhebliche Ausweitung, da sie in drei Schüben ein mittlerweile weltumspannendes Netz von Militärbasen außerhalb der USA errichtet haben. Diese Schübe waren das Resultat von Abtretungen seitens Großbritanniens als Gegenleistung für militärische Unterstützung in den beiden Weltkriegen, das Resultat der Besetzung der Territorien der Kriegsgegner Deutschland, Italien und Japan (mit Korea) oder das Resultat langfristiger Pachtverträge. Deshalb sind die USA heute, selbst in einem territorialen Sinne, als einzige Macht wirklich weltweit präsent. US-amerikanische Souveränität wird gleichermaßen in

Guantanamo (Kuba), Okinawa (Japan), Diego Garcia (Indik), Manama (Bahrein), Guam (Pazifik), Ramstein (Deutschland) oder Manas (Kirgisistan) ausgeübt.

Folge der Ausdehnung von einem schmalen Streifen diesseits der Apalachen an der Ostküste über die ganze Welt war eine immer weiter fortschreitende Heterogenisierung der Bevölkerung, die nur ganz am Anfang im wesentlichen aus Briten oder Angelsachsen bestand. Selbst die 13 Siedlerkolonien, die manchmal fälschlicherweise insgesamt als Neuengland bezeichnet werden, waren inhomogen und bestanden in Wirklichkeit aus drei Typen mit ganz unterschiedlicher Interessenlage. Die fünf Kolonien des Südens wurden von anglikanischen Plantagenbesitzern beherrscht, die ihre Besitzungen mit afrikanischen Sklaven bewirtschafteten und ihre Produkte (Tabak, Baumwolle u.a.) ins Mutterland exportierten. Aus dieser Interessenlage verband sie eine natürliche Verbindung mit England. Die eigentlichen Neuengland-Kolonien hingegen liegen im Norden und wurden anfänglich von puritanischen Glaubensflüchtlingen besiedelt, die in harter Opposition zur anglikanischen Staatskirche standen. War der Süden nach dem Muster des Mutterlandes eher aristokratisch geprägt, gründeten die Puritaner des Nordens bäuerliche Familienbetriebe und wurden zur eigentlichen Keimzelle der Demokratie in Amerika. Im Zentrum (New York, Philadelphia) konzentrierten sich die nichtenglischen Einwanderer - Schotten, Iren, Deutsche, Niederländer, Franzosen - und damit der ganze Kosmos der protestantischen Glaubensrichtungen wie Lutheraner, Hugenotten, Baptisten, Mennoniten, Quäker etc. Hier versammelten sich die Geschäftswelt der Kolonien.

Die Elite der Kolonien rekrutierte sich aus wenigen Familien, die entweder einen großagrarischen Hintergrund wie in den Südstaaten oder einen handelsaristokratischen wie im Zentrum hatte. Die verschiedenen Glaubensrichtungen der Gründungsphase bildeten auch eine soziale Hierarchie, die die Ostküste prägt

und den Zugang zur Elite der Ostküste, immer noch die Elite des ganzen Landes, vermittelt.

Neben die drei Wurzeln der heutigen Bevölkerung, angelsächsische Einwanderer, afrikanische Sklaven und indianische Ureinwohner, traten seit den 1840er Jahren Einwanderer aus dem übrigen Europa und seit 1880 die eigentliche Masseneinwanderung der armen Leute aus der ganzen Welt. Deren Wellen bilden die Modernisierungs- und Industrialisierungsschübe der Herkunftsländer ab. Zugleich relativierte sich die britische Prägung der USA. Es war nicht nur die Attraktivität der „Neuen Welt“, die nicht mehr ganz Amerika, wie zu Zeiten der spanischen Konquistadoren, sondern nur noch die USA meinte, es war auch der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Verdrängungswettbewerb der US-Landwirtschaft auf die „Alte Welt“, der diese Einwanderungswellen auslöste. Erst folgten die Deutschen, dann die Skandinavier, die Italiener, die Polen, die Russen und andere Osteuropäer über den Atlantik, später die Chinesen, Japaner und andere Asiaten über den Pazifik und zuletzt die Latinos aus den ehemaligen spanischen Kolonien in Amerika. Damit erweiterte sich auch das religiöse Spektrum auf Katholiken, Orthodoxe, Christen, Juden (vor allem aus Osteuropa) und diverse asiatische Religionen, wenn auch die Elite sich weiterhin aus dem Segment der White, Anglosaxon, Protestant (WHASP) rekrutiert. Daran kann auch die Redeweise vom „Schmelztiegel Amerika“ wenig ändern, zumal auch das Englische, die Sprache der ersten Einwanderer, die herrschende Sprache geblieben ist. Allerdings gewinnt das Spanische in den Bundesstaaten des Südens und Südwestens an Einfluss.

Im Verlauf der kontinentalen Expansion breitete sich die soziale Differenzierung der Ostküste über das ganze Land aus und führte im Norden zur Vorherrschaft der Republikaner und im Süden der Demokraten. Zugleich bildete sich eine begriffliche Differenzierung der Teilregionen, mit nicht nur geographischer

Konnotation: Nordstaaten versus Südstaaten, Ostküste versus Westküste, Sklavenstaaten versus Nichtsklavenstaaten, Industriestaaten versus Agrarstaaten, Mittlerer Westen, Great Plains, Tiefer Süden und zuletzt Rust Belt versus Sun Belt. Dahinter verbergen sich politische und wirtschaftliche Grundpositionen, Außen- oder Binnenorientierung, Opposition oder Interessengemeinschaft gegenüber dem Mutterland, Isolationismus oder Internationalismus, elitendemokratisches oder basisdemokratisches Verständnis, Egalitarismus oder Rassismus, Sendungsbewusstsein, Überlegenheitsgefühl, Missionarismus und vieles andere – alles Einstellungen, die für die Rolle der USA in der Welt bis heute relevant sind.

Sie manifestieren sich auch in den zahlreichen Begriffen, die das eigene Selbstverständnis und die Position gegenüber der übrigen Welt zum Ausdruck bringen: Zuerst Neue Welt, Neuengland, New York, First New Nation, Neues Jerusalem, City upon a Hill, Manifest Destiny, Frontier und später New Freedom (Wilson), New Deal (Roosevelt), New Frontier (Kennedy) bis zu Yes We Can (Obama). Bill Clintons Wahlkampfauftritte wurden eröffnet durch den Fleetwood Mac-Song „Don't stop thinking about tomorrow“². Immer geht es um das Neue, das Einzigartige, das leuchtende Vorbild, die große Freiheit, die große Erneuerung, die Zukunft, die unerschütterliche Gewissheit, dass man es schaffen kann, allein wie als Nation, um die große Erzählung der amerikanischen Identität. Darin steckt nicht nur die Abgrenzung zu den Wurzeln des alten Europa, sondern auch die Gewissheit, die Mission zu besitzen, die Welt nach dem eigenen Vorbild zu gestalten. Weltordnung als Auftrag, der bis heute zutiefst religiös motiviert ist, weil die ersten Einwanderer, die Gründerväter der USA in den eigentlichen Neuengland-Kolonien, eine starke religiöse Motivierung hatten.

² Auf dem Album "Rumours" von 1977.

Während die Selbstwahrnehmung und Eigenbegrifflichkeit durchweg positiv konnotiert ist, ist die Fremdwahrnehmung und begriffliche Prägung von außen nicht nur positiv, sondern vielfach auch negativ konnotiert, hat mindestens einen ambivalenten Klang. Eine beliebig gereimte und keineswegs vollständige Aufzählung der Begriffe, mit denen die USA in Verbindung gebracht werden, bringt das zum Ausdruck: Imperialismus, Imperium/Empire, Hegemon/Hegemonie, Leadership, Dominanz, Supermacht, einzige Supermacht, einsame Supermacht, Hypermacht, globale Macht, Weltmacht, Colossus, Superimperialismus, Hyperimperialismus, wobei jeweils das Präfix „US“ hinzugefügt werden kann. In allen Begriffen steckt die Vorstellung von der Hierarchie der Staatenwelt mit den USA an der Spitze und der Fähigkeit, eine Ordnung der Welt nach ihrer Façon vorzunehmen, einer Hierarchie, die sich so gar nicht mit ihrem Selbstverständnis von Freiheit und Gleichheit vereinbaren lässt. Daran mögen auch Adjektive wie „gütig“, „liberal“, selbst eindeutig positive Begriffe wie „Pax Americana“ wenig zu ändern. Während die positive Wahrnehmung von außen einer der Gründe für die softpower³ der USA ist, ist die negative Wahrnehmung einer der Gründe, warum die USA im Ausland so oft zum Hassobjekt geraten und damit die kulturelle Hegemonie immer in Frage gestellt ist.

Eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung resultiert aus der globalen Präsenz, aber auch aus den vielen Doktrinen, die US-amerikanische Präsidenten verkündet haben, in denen Anspruch und Zuständigkeit zum Ausdruck gebracht wurden, die keiner Fremdlegitimation bedarf. Das begann bereits in der Gründungsphase, als Thomas Jefferson aus den USA ein „Empire of Liberty“, sein Rivale Alexander Hamilton die USA zur Nummer 1 in der Welt machen wollte. Die Tradition präsidentieller Doktrinen begründete George Washington mit

³ Joseph S. Nye, *Softpower: The Means to Success in World Politics*. New York 2004.

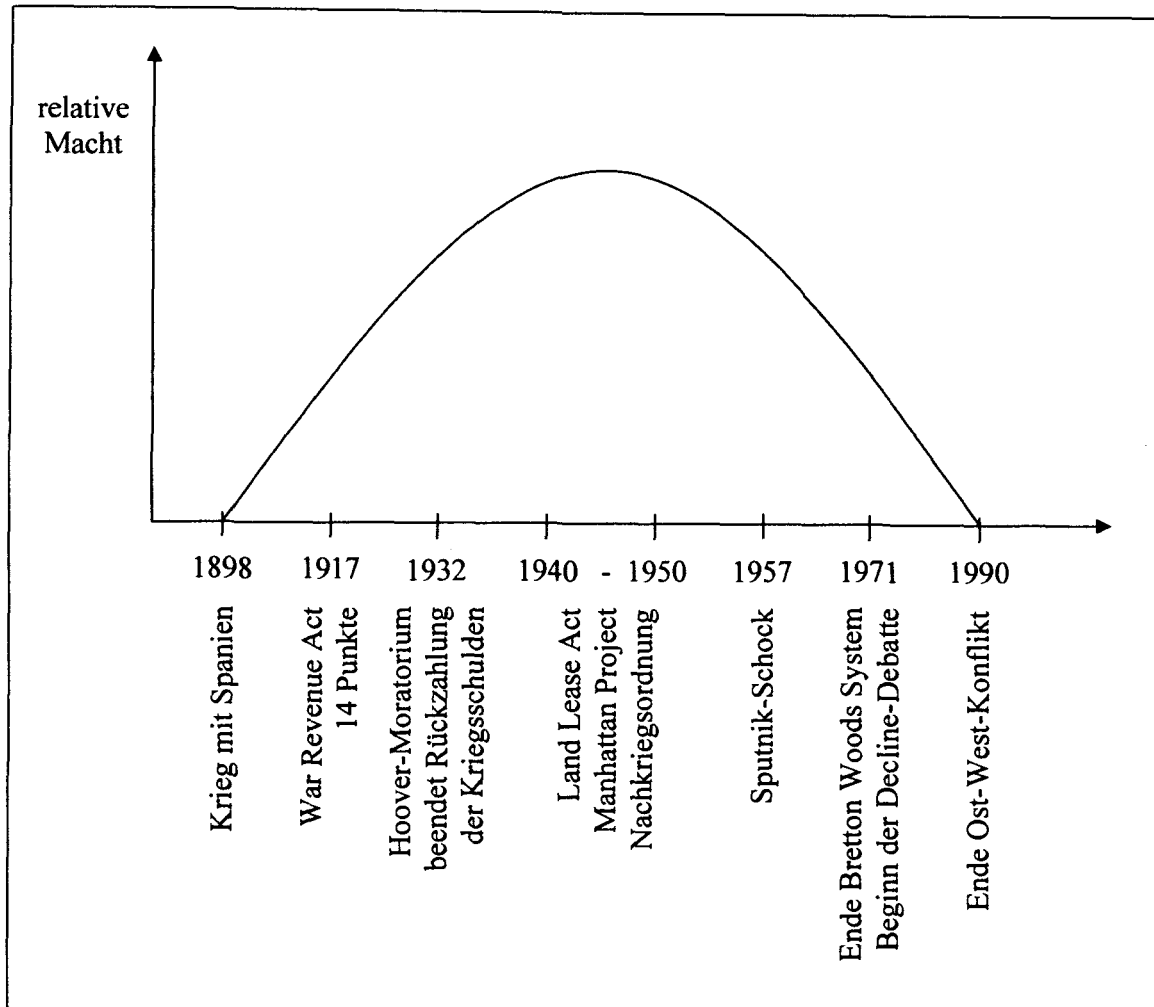
seiner „Farewell Adress“ (1796), die erste Formulierung des Neutralismus gegenüber den europäischen Konflikten. Sie wurde fortgesetzt mit der Monroe-Doktrin (1823) gegen den europäischen Kolonialismus in der Westlichen Hemisphäre, der „Manifest Destiny“ (1845) zur Legitimation der Annexion von Texas, den „Open Door-Noten“ des Staatssekretärs Hay (1899 und 1900) zur Öffnung Chinas, der Modifikation der Monroe-Doktrin durch Theodore Roosevelt (1904) zur Behauptung der Vormachtstellung in Lateinamerika, der Truman-Doktrin (1947) zur weltweiten Eindämmung der Sowjetunion, den Nixon-Doktrinen (1969-1971), die den Verbündeten mehr Eigenverantwortung zuwiesen, der Carter-Doktrin (1980) über die Zuständigkeit für den Persischen Golf bis zur Bush-Doktrin (2002) über den Anspruch auf Prävention im Kampf gegen Terrorismus und Schurkenstaaten. Mal war es die „Dollardiplomatie“, mal die „Kanonendiplomatie“, mal die militärische Intervention, um die Doktrinen durchzusetzen.

Die jeweilige Administration beanspruchte immer wieder einseitig formulierte Grundsätze, nach denen sie Weltpolitik zu betreiben gedachte. Dazu brauchte es keiner weiteren Legitimation, waren sie doch Ausfluss des eigenen Sendungsbewusstseins. Die genannten Doktrinen waren eher Ausfluss realistischen Denkens und standen im Gegensatz zu den Manifestationen idealistischen Denkens, die sich ebenso durch die Außenpolitik ziehen. Denken wir nur an die 14 Punkte Wilsons (1918), die Vier Freiheiten Roosevelts (1941), das Vier Punkte-Programm Trumans (1949), die New Frontier Kennedys (1961), die Neue Weltordnung des älteren Bush (1990) und zuletzt die Vier Säulen der globalen Entwicklungspolitik Obamas (2010). Auch Obama ist mit einer Vision angetreten. Betrachtet man die Daten der realistischen Doktrinen und idealistischen Manifeste genau, erkennt man den Zusammenhang zu großen Kriegen oder internationalen Konflikten, an deren Beginn oder Ende die USA jeweils eine globale Ordnungsfunktion beansprucht haben, wie sie nur eine Hegemonialmacht zu leisten imstande ist.

Diese Erkenntnis führt zur Periodisierung der beiden Machtzyklen, die durch fundamentale Daten wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und militärischer Macht wie durch die Bereitschaft oder Verweigerung, beide international einzusetzen, bestimmt werden. Die lange Aufstiegsphase, die mit dem Unabhängigkeitskrieg beginnt, war durch eine isolationistische Politik bestimmt. Die USA wollten sich aus den Konflikten des alten Europa heraushalten und sich ganz auf ihre eigene Entwicklung konzentrieren. Noch bis weit ins 19. Jahrhundert war die militärische Macht der USA gering, war der außenpolitische Apparat bescheiden, obwohl doch Großbritannien in den 1890er Jahren als führende Weltwirtschaftsmacht abgelöst worden war. Symbolischer Ausdruck der errungenen wirtschaftlichen Stärke jenseits des Atlantiks war die Weltausstellung von Chicago (1893), das Pendant zur Londoner Weltausstellung von 1851. Bereits 1902 prognostizierte William Thomas Stead die „Amerikanisierung der Welt“ als Trend des 20. Jahrhunderts, damit Henry R. Luce's Deklaration des „American Century“ (1941) um 40 Jahre vorausnehmend. Diese Amerikanisierung werde sich auf alle Lebensbereiche, den Handel, die Industrie, die Kunst, den Sport etc. erstrecken, weil dort alles größer, besser und schneller als in Europa sei. Das britische Empire werde von den USA aufgesogen. Auch wenn es noch rund 50 Jahre dauern sollte, so war die Vorhersage Steads doch im Großen und Ganzen zutreffend.⁴ Vor dem Hintergrund der ersten Debatte über den „British Decline“ meldete sich der erste Propagandist des „American Rise“, der bezeichnenderweise aus dem Land der alten Führungsmacht stammte. Letztlich waren es aber die großen Kriege, aus denen die USA siegreich hervorgegangen sind, die trotz sich immer wieder meldender isolationistischer Neigungen die Machtzyklen bestimmt haben.

⁴ William Thomas Stead, *The Americanisation of the World or the Trend of the Twentieth Century*. London 1902.

Abb. 13.1: Der erste US-amerikanische Machtzyklus 1898-1990



Den Beginn des ersten Machtzyklus setze ich auf das Jahr 1898. Der kurze Krieg mit Spanien um die Reste des spanische Kolonialreiches, wenn man so will der letzte Spanische Erbfolgekrieg, markierte den Höhepunkt des US-Imperialismus im klassischen Verständnis und ließ die USA in der Karibik und im Pazifik auf den Resten des spanischen Kolonialreichs zu einer verspäteten Kolonialmacht werden, wenngleich sie sich aus den innereuropäischen Rivalitäten, den Hegemonialkonflikten zwischen Großbritannien, Russland und Deutschland, lange heraushielten. Nur zögerlich und sehr spät traten die USA 1917 auf alliierter Seite in den Ersten Weltkrieg ein. Wichtiger als die aktive Kriegsteilnahme war der War-Revenue Act von 1917, um die Kriegsanleihen der Alliierten auf dem US-Kapitalmarkt

zu bedienen. Hier manifestierte sich erstmals die wirtschaftliche Macht, die zu außenpolitischen Zielen mobilisiert wurde. Umgekehrt mussten Großbritannien und Frankreich notgedrungen sich eingestehen, dass sie die Kriegslasten allein nicht mehr schultern konnten. Russland als dritter deutscher Kriegsgegner war bereits im Zuge der Oktoberrevolution ausgeschieden.

Nach Kriegsende wollten die USA die weltpolitische Rolle nicht annehmen. Der Kongress desavouierte den Entwurf einer liberalen Weltordnung seines Präsidenten Woodrow Wilson durch die Nichtratifizierung der Pariser Friedensverträge. Selbst die Weltwirtschaftskrise und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vermochten die starken isolationistischen Kräfte nicht umzustimmen. Erst die drohende Niederlage Großbritanniens brachte den Umschwung. Wieder war es zuerst die wirtschaftliche Macht, die in die Waagschale geworfen wurde. Der Lend-Lease Act des Jahres 1940, Parallele zum War-Revenue Act des Jahres 1917, regelte den hegemonialen Übergang. Großbritannien (später auch die Sowjetunion und China) wurde mit kriegswichtigen Gütern versorgt. Im Gegenzug trat es acht Stützpunkte von Neufundland bis Guyana an die USA ab. Aber erst der japanische Angriff auf Pearl Harbour brachte Ende 1941 den endgültigen Umschwung. Seitdem haben die USA die Führungsrolle angenommen und bis heute trotz immer wieder aufscheinender isolationistischer Neigungen und Mutmaßungen wirtschaftlicher Schwäche nicht mehr abgegeben.

Der erste Machtzyklus reicht demnach von 1898 bis zum Ende des Ost-West-Konflikts 1990. Am 2.12.1990 wurde die Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Bruderländer und damit der imperiale Anspruch der Sowjetunion aufgegeben, am 31.12.1991 die Sowjetunion selber offiziell aufgelöst. Den Höhepunkt des ersten Machtzyklus bildeten die Jahre 1945-1949, als die USA über das Atomwaffenmonopol verfügten, etwa 50 Prozent der Weltindustrieproduktion erzeugten,

amerikanische Soldaten in Europa und Asien stationiert waren und in deren Gefolge sich der american way of life, verstärkt durch die ätherische Präsenz des American Forces Network, über die Welt ausbreitete. Der relative Niedergang begann Anfang der 1970er Jahre, markiert durch das Ende des Bretton Wood-Systems (1971) oder die Niederlage im Vietnam Krieg (1973-1975). Danach setzte die erste American Decline-Debatte ein, die mit ähnlichen Argumenten wie die erste British Decline-Debatte 80 Jahre zuvor geführt wurde.

Da Macht im internationalen System aber ein relatives Gut ist, führte der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht nur zum Ende des Kalten Krieges, sondern auch zu einem ungeheuren Machtzuwachs der USA, die seitdem als „einzige Supermacht“⁵ übrig geblieben sind. Das Ende des Kalten Krieges war der Beginn des zweiten Machtzyklus. Die erste American Decline-Debatte verstummte 1990 abrupt. Sie wurde gut zehn Jahre später durch die American Empire-Debatte abgelöst, die nahezu das Gegenteil der American Decline-Debatte behauptete und im Anschluss an die Anschläge des 11. September 2001 (9/11) durch die präventive Militärstrategie in Afghanistan und im Irak und die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS 2002) Auftrieb bekam.

Der Zenit des zweiten Machtzyklus dürfte in der Ära des jüngeren Bush erreicht worden sein, als das Militärbudget innerhalb weniger Jahre verdoppelt wurde. Entfielen 1950 etwa 50 Prozent der Weltindustrieproduktion auf die USA, so waren es 2008 etwa 50 Prozent der weltweiten Militärausgaben – beides Kennziffern, die eine eindeutige Hegemonialposition anzeigen. Die Vorboten des Niedergangs im zweiten Machtzyklus sind aber bereits erkennbar. Die zweifelhafte militärische Situation im Irak und in Afghanistan wecken Erinnerungen an Vietnam. Die Finanzkrise des Jahres 2008 wird dereinst als eigentlicher

⁵ Samuel Huntington, The Lonely Superpower. In: Foreign Affairs 78.1999,2. S. 35-49.

Wendepunkt wahrgenommen werden, weil sie einen Sektor traf, in dem die USA trotz fortschreitender Deindustrialisierung immer noch eine überragende Position einnehmen. Prognostiziert wird ein Ende des zweiten Machtzyklus für die Mitte der 2030er Jahre. Dann etwa, so die Hochrechnung, dürfte China die USA als führende Wirtschaftsmacht abgelöst haben⁶. Anders als die Sowjetunion, die die USA nur militärisch und anders als Japan, das die USA nur wirtschaftlich herausforderte, vermag China beides. Setzt sich dort das jährliche Wachstum von 10 Prozent fort, heißt das auch jährlich 10 Prozent mehr Staatseinnahmen und jährlich 10 Prozent mehr Rüstungsausgaben. Neben den Prozess des wirtschaftlichen tritt der Prozess des militärischen Aufholens. Auf jeden Fall begann 2008 die zweite American Decline-Debatte, die wiederum die American Empire-Debatte in Frage stellte.

Tab. 13.1: Die beiden US-amerikanischen Machtzyklen

1. Zyklus 1898/1917-1990			2. Zyklus 1990-2035	
Aufstieg	19. Jhd.	Bürgerkrieg Expansion nach Westen		
Beginn	1898 1917	Sieg über Spanien Eintritt in 2. Weltkrieg	1990/91	Auflösung der Sowjetunion
Höhepunkt	1945	Konferenzen von Jalta, Potsdam, Dumbarton Oaks, Bretton Woods, San Francisco	2002	NSS 2002 Einmarsch in Afghanistan und Irak
Niedergang	1971/73	Ende Bretton Woods Niederlage in Vietnam	2008	Finanzkrise Krise in Afghanistan
Ende	1990	Ende des Ost-West- Konflikts	2035	China überholt USA wirtschaftlich

⁶ Global Trends 2025: A Transformed World. Washington D.C. 2008.

Im Vergleich zu allen anderen Fallstudien sind die USA tatsächlich eine Hegemonialmacht mit globaler Reichweite. Selbst Großbritannien war im 19. Jahrhundert alles immer nur partiell und eher in der Welt als in Europa. Es hatte durchgängig immer Rivalen in und außerhalb Europas (Frankreich, Deutschland, Russland, USA), die eine britische Hegemonie nicht akzeptieren mochten. Seit dem Ende der Sowjetunion haben die USA keinen Rivalen mehr. Der potentielle Rivale China ist noch weit davon entfernt, die USA in allen Dimensionen herauszufordern und ist schon gar nicht in der Lage, dies weltweit zu tun.

Bemerkenswert ist ferner, dass der hegemoniale Übergang von Großbritannien auf die USA in beiden Etappen, 1917 und 1940, friedlich verlief wie zuvor von den Niederlanden auf England im Zuge der Glorious Revolution, als ein Niederländer den britischen Thron bestieg. Insofern waren die USA Nutznießer der gescheiterten Ambitionen dritter, insbesondere Deutschlands, Russlands und Japans, die Großbritannien herausgefordert hatten.

Auch sind die USA die erste Führungsmacht, die nicht aus Eurasien, sondern aus Amerika stammt. Damit erübrigt sich die Frage Landmacht oder Seemacht. Geopolitisch sind die USA eine Insel fern der eurasischen Landmasse, die nach Eröffnung des Panama-Kanals auch umfahren werden konnte. Landgrenzen mit ernstzunehmenden Gegnern gibt es weder im Norden noch im Süden. Ihre Macht stützt sich auf die Flotte, während die Armee nur ad hoc zu mobilisieren ist und auch nicht der Landesverteidigung dient. Sie wird auf überseeischen Schauplätzen eingesetzt und kann immer wieder abgezogen werden, ohne dass dadurch die eigene Machtposition in Frage gestellt wird. Klassische Landmächte wie Frankreich, Deutschland, Russland oder China mit ihren Grenzen zu potentiellen Gegnern konnten das nie. Die Flotte wird seit dem Zweiten Weltkrieg durch die Luftwaffe ergänzt. Der Flugzeugträger ist Ausdruck der Hybri-

disierung von See- und Luftmacht. Und schließlich sind die USA diejenigen, die nicht nur in den alten Räumen zu Wasser, zu Lande und in der Luft, sondern auch in den neuen Räumen, dem Weltraum und dem Cyberspace, die Führungsrolle beanspruchen. Die nicht nur weltweite, sondern auch fünffach geopolitische Dominanz ist einzigartig in der Weltgeschichte.

Der alle Vorläufer so überragende Fall ist dafür verantwortlich, dass die einschlägige Literatur kaum mehr überschaubar ist, zumal neben den übergreifenden Gesamtdarstellungen, die für die Aufstiegsphase und den ersten Machtzyklus herangezogen werden können, eine große Zahl von zeitgenössischen Beiträgen zur Verfügung steht, die die jeweils aktuelle Situation behandeln. Hinzu kommen weitere Umstände. Aufgrund der Größe des Wissenschaftsbetriebs ist die US-amerikanische Literatur aus Monographien und vor allem Zeitschriftenaufsätzen riesig, aufgrund der Prominenz der USA und ihrer Bedeutung für die übrige Welt auch die ausländische Literatur sehr umfangreich⁷. Nur zum Vergleich: Im Fall Genua ist keine einzige umfassende Monographie verfügbar, zum Fall USA gibt es hunderte von historischen Abhandlungen, die jede nur denkbare Epoche und jeden nur denkbaren Aspekt thematisieren. Da wir uns im Fall USA der Gegenwart nähern, können nicht mehr nur Arbeiten von Historikern oder historisch arbeitenden Komparatisten, sondern auch von Politik- und Wirtschaftswissenschaftlern herangezogen werden. Hinzu kommt die große Zahl von Regierungspublikationen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Inhalts, die auch die absehbare Zukunft der nächsten 20 Jahre abstecken. Kein Land ver-

⁷ Allein die deutsche Literatur mit den übergreifenden Arbeiten von Herbert Dittgen, *Amerikanische Demokratie und Weltpolitik. Außenpolitik in den Vereinigten Staaten*. Paderborn 1998; Christian Hacke, *Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton*. Berlin 1997 (= Überarbeitung von ders., *Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1960-1984*. Stuttgart 1984); Detlef Juncker, *Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*. Mannheim 1995; Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart*. Paderborn 2007 ist noch so gerade zu übersehen. Die US-Literatur ist unüberschaubar. Z.B. Charles A. Beard/Mary R. Beard, *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*. Zürich 1948; William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*. New York 1972.

fügt über ein vergleichbares statistisches Berichtswesen und veröffentlicht lange Zeitreihen, die es zulassen, den Aufstieg und Niedergang anhand diverser Indikatoren auch präzise quantitativ darzustellen⁸. In allen anderen Fällen musste man sich mit groben Schätzungen begnügen, phantasievolle Hilfsindikatoren bemühen oder auf quantitative Belege fast ganz verzichten wie im Kapitel über das Mongolische Weltreich.

In keinem Land werden auch die einschlägigen theoretischen Debatten aus einer pro und kontra Decline-, aus einer pro und kontra Hegemonie-, aus einer pro und kontra Empire- und aus einer pro und kontra Neodecline-Perspektive so intensiv geführt. Dabei lassen sich sämtliche Ansätze, idealistische und realistische, neoliberale und neorealistische, scientistische und traditionalistische, rationalistische und konstruktivistische unterscheiden. Die USA sind nicht nur der eindeutige Fall einer Hegemonialmacht in der Sache, sie bestimmen auch den Diskurs über Hegemonie oder Imperium in allen seinen Facetten, sind der Hegemon von „Imperium oder Hegemonie“. Der Fall USA dient als Material der diversen Paradigmen, als Folie zur Beurteilung von früheren Fällen wie zur Formulierung von grundsätzlichen hegemonie- wie imperiumstheoretischen Beiträgen. Besonders populär sind derzeit Parallelen zu Aufstieg und Niedergang Großbritanniens⁹ oder zum Imperium Romanum¹⁰. Im Grunde

⁸ Neben dem „Statistical Abstract of the United States“, der 2010 bereits in der 128. Ausgabe erschienen ist, und dem „Historical Statistics of the United States 1789-1945. A Supplement to the Statistical Abstract of the United States“ (1949) gibt es die von Ben J. Wattenberg besorgte „Statistical History of the United States: From Colonial Times to the Present“ (New York 1976) mit Zeitreihen bis ins 18. Jhd. Nützlich ist auch Harold W. Stanley/Richard G. Niemi, „Vital Statistics on American Politics“. Washington D.C. oder der laufend erscheinende „Survey of Current Business“ des U.S. Department of Commerce.

⁹ Niall Ferguson, Empire: How Britain Made the Modern World. London 2004 versus ders.; Das verleugnerte Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht. Berlin 2004.

¹⁰ Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft - vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Rowohlt 2005; Mark Baumert/Georg Merlin Franke, Die „Grand Strategies“ des Römischen Reiches und der Vereinigten Staaten von Amerika unter besonderer Berücksichtigung der Strategietheorie von Edward N. Luttwak. Hamburg 2010.

beschäftigt sich die gesamte theoretische Literatur auf einer Metaebene mit den USA.

13.2 Die Aufstiegsphase bis 1898

Der Aufstieg der USA zur Weltmacht¹¹ ist geprägt durch das ambivalente Verhältnis von Abneigung und Zuneigung zum ehemaligen Mutterland. Die Frühphase, die mit dem Neunjährigen Krieg zwischen England und Frankreich (1754-1763) begann, durch den Konflikt der beiden Kolonialmächte in Nordamerika ausgelöst, wird hier nur gestreift, da diese im Kapitel über das Erste Britische Empire bereits aus der umgekehrten Perspektive behandelt worden ist. Nur so viel zur Rekapitulation: Nordamerika lag „beyond the line“. Hier galten die europäischen Verträge nicht. Die französische Niederlage und der Frieden von Paris (1763) sorgten dafür, dass Großbritannien sich als Kolonialmacht in Nordamerika durchsetzen konnte und damit der späteren Expansion der englischen Kolonisten nach Westen den Boden bereitete, auch wenn die Proclamation Line 1763 die Appalachen als Grenze der Kolonien markierte, um die Konflikte mit den Indianern zu dämpfen. Aus dieser Beschränkung resultierten die ersten Spannungen zwischen Kolonisten und Kolonialmacht.

Der Konflikt mit dem Mutterland begann im Jahre 1764/1765, als London mit der Besteuerung von Zucker und der Einführung der Stempelsteuer auf alle Druckerzeugnisse eine bescheidene Beteiligung der Kolonien an den wachsenden Kosten des Empire herbeiführen wollte. Zu diesem Zeitpunkt war das durchschnittliche Lebensniveau in den Kolonien bereits höher als in England, deren Besteuerung im Prinzip durchaus nicht unangemessen. Nicht zuletzt die Verletzung des Grundsatzes „No Taxation

¹¹ Dazu in Auswahl Friedrich Lenz, Die Vereinigten Staaten im Aufstieg zur Weltmacht. Stuttgart 1946; André Siegfried, USA. Aufstieg zur Weltmacht. Volk, Wirtschaft, Politik. Zürich 1955; Hans-Ulrich Wehler, Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik. Bd. I: 1750-1900. Von den englischen Kolonien zur amerikanischen Weltmacht. Frankfurt 1984; Fareed Zakaria, From Wealth to Power: The Unusual Origins of America's World Role. Princeton 1987.

without Representation“ ließ diesen Konflikt eskalieren, der in der Boston Tea Party (1773), in der Unabhängigkeitserklärung der 13 Kolonien (1776) und schließlich der Kapitulation des britischen Oberbefehlshabers im Unabhängigkeitskrieg (1775-1783), Cornwallis bei Yorktown (1781) seine markanten Stationen hatte. Der zweite Frieden von Paris (1783), in dem Großbritannien die Unabhängigkeit der 13 Kolonien akzeptierte, beendete den Konflikt keineswegs. Die heftige Feindschaft setzte sich vielmehr bis zum Zweiten Unabhängigkeitskrieg (1812-1814) fort. Als britische Truppen 1812 kurz davor standen, die Hauptstadt Washington zu erobern, stand sogar die Existenz der USA auf der Kippe. Die Rückkehr Napoleons von Elba zwang die Briten, sich wieder dem europäischen Schauplatz zuzuwenden. Erst der Frieden von Gent (1814) beendete eine nahezu fünfzigjährige Feindschaft. Die USA waren der eigentliche Nutznießer der zweiten Runde des britisch-französischen Hegemonialkonflikts im Anschluss an die Französische Revolution (1792-1815). Schon dieser erste Fall einer Lösung vom Mutterland zeigt, dass die Entkolonialisierung gefördert wird, wenn das Mutterland in Schwierigkeiten gerät.

Frankreich war seit der Revolution den USA auch im Geiste verbunden. Die Freiheitsstatue im Hafen von New York ist ein Geschenk des französischen Staates. Aus seiner Rivalität zu Großbritannien hatte es die USA seit 1775 mit Waffenlieferungen unterstützt, sich nach der Schlacht bei Saratoga 1777 sogar am Krieg beteiligt, 1778 die USA diplomatisch anerkannt, einen Freundschafts- und Handelsvertrag geschlossen und bis 1815 die Briten militärisch so sehr beschäftigt, dass diese dem nordamerikanischen Schauplatz nur begrenzte Aufmerksamkeit schenken konnten. Entzündet hatte sich der Zweite Unabhängigkeitskrieg an der britischen Blockadepolitik gegenüber dem europäischen Kontinent, die auch US-Schiffe betraf. Insofern ging es auch um die Freiheit der Meere, die sogar gegen Großbritannien durchzusetzen war. Die USA suchten aber auch die

Gunst der Stunde zu nutzen in dem vergeblichen Versuch, Kanada zu erobern. Dorthin waren die britischen Loyalisten nach der Unabhängigkeitserklärung ausgewandert. Insofern deutete sich erstmals an, dass die 13 Kolonien auf Zuwachs bedacht waren. Die Revolution der USA hatte anders als in Frankreich keine soziale Komponente, da die Elite der Kolonisten an der Macht blieb.

Die landläufige Interpretation der Außenbeziehungen seit 1776 lautet: Isolationismus und Neutralität gegenüber den europäischen Konflikten. Die erste Debatte zwischen Internationalismus und Isolationismus (1792-1815), bei der sich Thomas Jefferson (Außenminister und Expansionist) und Alexander Hamilton (Finanzminister und Isolationist) als Protagonisten gegenüberstanden, habe mit einem Sieg der Isolationisten geendet. Koautor von Washingtons „Farewell Adress“ war nicht zufällig Hamilton. Dieser Isolationismus sollte, so die landläufige These, bis 1917, dem Datum des Eintritts der USA in den Ersten Weltkrieg, die Leitlinie der Außenpolitik bestimmen¹².

Die Interpretation mag im Hinblick auf Europa einige Evidenz besitzen. Ihr Isolationismus hielt die USA aber keineswegs davon ab, auf dem nordamerikanischen Kontinent Richtung Westen und Süden immer weiter vorzudringen¹³, dabei die Schwäche der europäischen Kolonialmächte in Amerika immer wieder auszunutzen und am Ende über den Pazifik bis zur asiatischen Gegenküste, nach Süden in die Karibik und Mittelamerika, informell sogar nach ganz Lateinamerika, auszugreifen. Präsident Monroe wollte nach der Unabhängigkeit Lateinamerikas von Spanien und Portugal die europäischen Mächte ganz aus der Westlichen Hemisphäre verbannen. Die Monroe-Doktrin¹⁴ vom 2.12.1823 lässt sich

¹² Felix Gilbert, *To the Farewell Adress: Ideas of Early American Foreign Policy*. Princeton 1961.

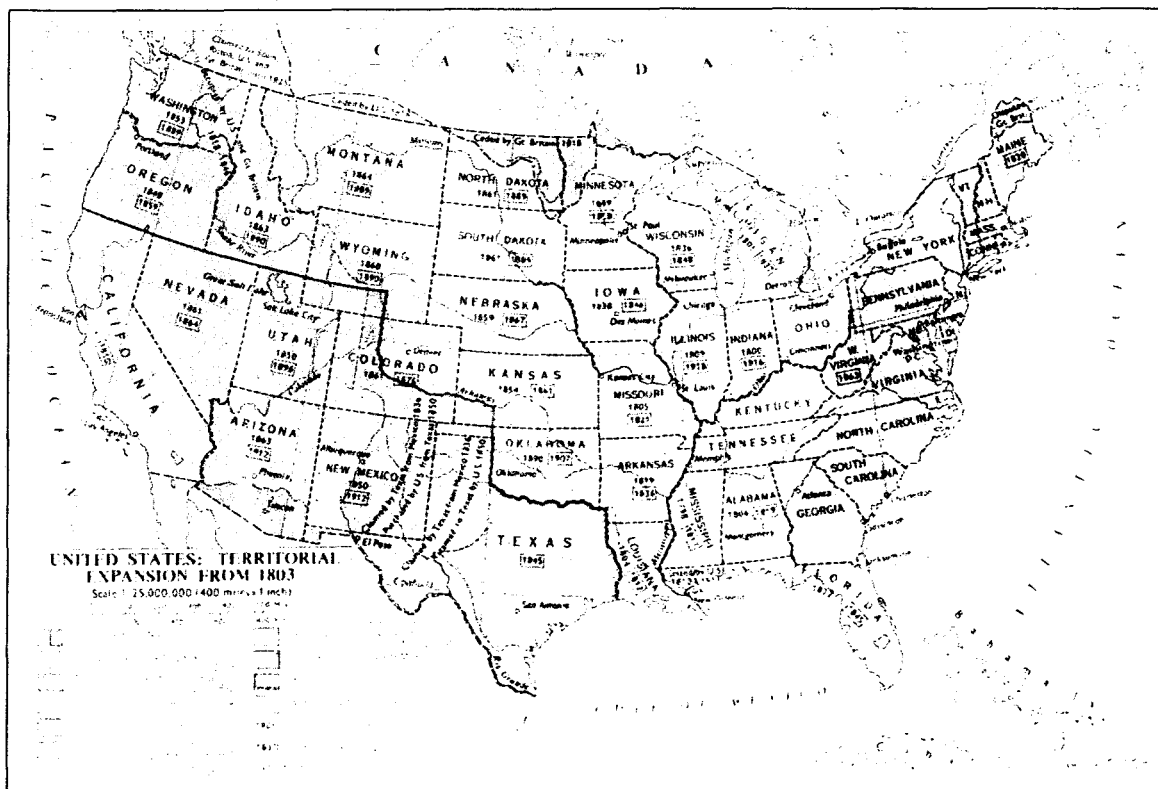
¹³ Der „revisionistische“ Historiker Williams 1972 hält die These vom Isolationsmus für eine bloße Legende.

¹⁴ Dexter Perkins, *A History of the Monroe Doctrine*. Boston 1963. Text ebd. S. 391-393.

gleichermaßen als Ausdruck des Isolationismus, der weiteren Abnabelung von Europa wie als Ausdruck des hegemonialen Anspruchs über die Westliche Hemisphäre interpretieren.

Vorbereitet wurde der „Drang nach Westen“ durch die „Land Ordinance“ des Jahres 1785 und die „Northwest Ordinance“ zwei Jahre später, die die Modalitäten der Aufnahme weiterer Staaten in die Union regelte. Einen internen Kolonialismus sollte es nicht geben. Alle neu besiedelten Gebiete hatten das Recht, in die Union aufgenommen zu werden. Seitdem verfolgten die USA, obwohl gerade erst die eigene Unabhängigkeit erkämpft war, eine ungeschminkt expansive, später sogar imperialistische Politik in Nordamerika, die sich nicht grundsätzlich von der russischen Expansion Richtung Sibirien, Kaukasus oder Zentralasien unterschied. Opfer waren vor allem die indianischen Ureinwohner.

Abb. 13.2: Territoriale Expansion der USA seit 1803



Quelle: Darby/Fullard 1970, S. 202.

In der ersten Welle der Expansion wurden die Appalachen überschritten und die Gebiete bis zum Mississippi besiedelt, die den Indianern in immer neuen Kriegen und Gefechten abgerungen worden waren. Dadurch wuchs die Union um zehn Staaten von Alabama und Mississippi im Süden bis Minnesota im Norden. Dazu gehörte der Gürtel der späteren Industriestaaten entlang der Großen Seen (Ohio, Indiana, Illinois, Wisconsin und Michigan) mit seinem Zentrum Chicago. Hier vor allem fand die Industrielle Revolution in den USA statt. Zum Auftakt der zweiten Welle wurde 1803 für die lächerliche Summe von 15 Mio. US\$ im „Louisiana-Purchase“ das Territorium der Union jenseits des Mississippi nahezu verdoppelt. Louisiana war 1802 kurzfristig von Spanien an Frankreich zurückgefallen. Es wurde von Napoleon kurzerhand an den Expansionisten Jefferson verkauft, als der Versuch, in Nordamerika ein zweites französisches Empire zu errichten, gescheitert war, nachdem sich die französische Interventionsarmee in Haiti eine Niederlage eingehandelt hatte. Die anschließende Expedition von Lewis und Clark (1804-1805) zur Erkundung der neuen Gebiete im Westen, aus denen die großen Agrarstaaten des Mittleren Westens hervorgehen sollten, machte die kontinentale Stoßrichtung der Ostküstenelite deutlich.

Die weitere Expansion wurde nicht nur käuflich vorbereitet, sondern auch militärisch erzwungen. Die französische Besetzung Spaniens 1810 löste nicht nur die Unabhängigkeit der spanischen Kolonien in Amerika aus, sie wurde auch von den USA genutzt, indem man Spanien aus Westflorida vertrieb und dieses 1810 bzw. 1813 annektierte. Im Norden war die Strategie der Ausnützung des französisch-britischen Konflikts gescheitert. Kanada, damals nur ein schmaler Streifen längs des St. Lorenz und die Ontario-Halbinsel, konnte 1812 nicht erobert werden¹⁵.

¹⁵ Zu den Konsequenzen vgl. das Kapitel „Kanada 1846-1930“ in Ulrich Menzel, *Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas*. Frankfurt 1988. S. 413-520.

Der dritte große Expansionsschritt folgte 1819. Das übrige Florida wurde dem wieder souverän gewordenen Spanien abgekauft, aber erst 1845 als weiterer Staat in die Union aufgenommen. Außerdem und viel wichtiger wurde ein Vertrag mit Spanien geschlossen, der die beiderseitigen transkontinentalen Einflusssphären bis zum Pazifik absteckte, durchaus vergleichbar der Verabredung der russischen und britischen Einflusssphären in Asien. Spanien „verzichtete“ auf den Anspruch über das Oregon-Territorium (später die Unions-Staaten Washington, Oregon und Idaho) und beschränkte sich seitdem auf den Südwesten Nordamerikas. Als Mexiko 1821 unabhängig wurde, wurde es südlich des Oregon-Territoriums zum Rechtsnachfolger Spaniens. Texas und Kalifornien wurden mexikanische Provinzen. Dieses „Großmexiko“ hatte aber nicht lange Bestand. US-amerikanische Einwanderer nach Texas brachten die geringe spanisch-mexikanische Bevölkerung rasch in die Minderheit und verkündeten 1836 die Unabhängigkeit von Texas. Wie zuvor gegenüber Frankreich waren die Briten bzw. deren amerikanische Nachfahren auch gegenüber den Nachfahren der Spanier aufgrund des Drucks der größeren Bevölkerung im Vorteil. Texas' Unabhängigkeit währte nur kurz. Nur neun Jahre später wurde der Staat annektiert. Ein Staatensystem in Nordamerika sollte es nicht geben¹⁶. 1846 folgte im Norden die vertragliche Annexion von Oregon, auf das auch Großbritannien Ansprüche erhoben hatte. Damit war die Grenze zu Kanada entlang des 49. Breitengrads definiert. Zuvor hatte Großbritannien (1818 und 1842) auf seinen Anspruch auf Teile der späteren Bundesstaaten Minnesota und North Dakota verzichtet.

Der vierte große Schritt folgte im Krieg mit Mexiko (1846-1848), in dessen Verlauf US-Truppen Mexiko-City besetzten. Im Frieden von Guadalupe Hidalgo musste Mexiko alles Land nörd-

¹⁶ Vgl. dazu den zeitgenössischen Kommentar von John L. Sullivan, Annexation. In: The United States Magazine, and Democratic Review 17.1845, Nr. 85. S. 5-10.

lich des Rio Grande abtreten. Mit Kalifornien, Nevada, Utah, Arizona und New Mexico wurden in der Folge weitere Staaten in die Union aufgenommen, vermochte Texas sein Territorium nach Westen und Süden bis zum Rio Grande auszudehnen. Bis heute bildet der Rio Grande die Grenze der USA im Süden.

Damit aber noch lange nicht genug. 1853 folgte der „Gadsen Purchase“ zur Vergrößerung von Arizona, um Eisenbahninteressen an der mexikanischen Grenze zu bedienen, 1867 der Kauf Alaskas für schäbige 7,2 Mio. US\$. Die zaristische Regierung in Moskau hatte eingesehen, dass die Westexpansion Russlands über die Beringstrasse hinaus nicht mehr zu verkraften war – auch eine Art von imperialer Überdehnung. Außerdem hatte Russland nach dem Krimkrieg finanzielle Probleme, die man durch den Verkauf lindern wollte. Immerhin hatte es zeitweilig eine gemeinsame spanisch-russische Grenze an der nordamerikanischen Westküste gegeben, Russland 1812 sogar nördlich von San Francisco eine Handelsstation gegründet. Festzuhalten bleibt, dass neben der klassischen Form der Landnahme durch Krieg fast die Hälfte des US-Territoriums gekauft wurde, eine ganz besondere Form der Dollar-Diplomatie, auch wenn es für die betroffenen einheimische Bevölkerung keinen großen Unterschied gemacht haben dürfte.

Die kontinentale Expansion, die in den 45 Jahren zwischen 1803 (Kauf von Louisiana) und 1848 (Sieg über Mexiko) ihre größte Dynamik entfaltet hatte, bedurfte, um konsolidiert zu werden, der Unterfütterung durch die Besiedlung. Frankreich, Spanien und Mexiko waren auch daran gescheitert, dass sie nicht in der Lage waren, die von ihnen beanspruchten Territorien westlich des Mississippi bzw. nördlich des Rio Grande mit Menschen zu füllen. Die Franzosen waren Pelzhändler geblieben, die die Indianer als Lieferanten benötigten. Die Spanier hatten nach Edelmetall und Seelen gesucht, sich auf eine Kette von Missionsstationen beschränkt, deren Schutzheilige noch heute in Kalifornien in den Namen der Küstenstädte fortleben. Erst die

Siedler, die über die Appalachen nach Westen zogen, machten den Indianern das Land streitig, jagten die Büffelherden und entzogen den Nomaden die Lebensgrundlage. Widerstand wurde durch das Winchester-Repetiergewehr gebrochen, gegen das Pfeil und Bogen keine Chance hatte. Neben die großen Indianerkriege, wie z.B. 1812 im Tal des Ohio, traten die vielen kleinen Gefechte. 1890 war das Ende dieser unrühmlichen Geschichte in der Schlacht am „Wounded Knee“ gekommen, auch wenn sie im Genre des klassischen Western fortlebt, in dem der heroische Siedlertreck oder die vierspännige Postkutsche sich gegen die Angriffe der barbarischen Skalpjäger verteidigt, bis das Trompetensignal der U.S. Kavallerie aus dem off erschallt und dem Überfall ein Ende macht.

Der Unterschied zu den europäischen Kolonialmächten in Amerika bestand darin, dass die Binnenexpansion der USA von einer wachsenden Immigration getragen wurde. Nicht mehr nur Einwanderer aus Großbritannien strömten ins Land, die USA wurden zum Magnet der europäischen Einwanderung schlechthin, so dass die Dynamik der Neuengland-Kolonien ihre Fortsetzung finden konnte. Die Wellen der kontinentalen Expansion schafften Raum für immer neue Wellen von Einwanderern, die diesen Raum problemlos zu füllen vermochten. War ein bestimmtes quantitatives Niveau der Besiedlung erreicht, wurde aus dem neuen „Territorium“ ein weiterer Bundesstaat. Insofern gab es für die neuen Mitgliedsstaaten der Union immer zwei Ursprungsdaten, die Zulassung als Territorium und die Zulassung als Staat, die in der landwirtschaftlich attraktiven Zone des Mittleren Westens nur wenige Jahre, im weniger attraktiven Südwesten oder Nordwesten auch etliche Jahrzehnte auseinanderliegen konnten.

Die eigentliche Masseneinwanderung setzte in den 1840er Jahren ein. Handelte es sich 1820 noch um weniger als 10.000 und 1830 gerade um 23.000 Personen jährlich, so schnellten die Zahlen 1840 auf 84.000 und 1850 auf 370.000. New York hatte bereits

1860 mehr als eine Million Einwohner. Den Löwenanteil stellten nicht mehr die Briten, sondern die Iren. In Irland hatte sich die wirtschaftliche Situation Ende der 1840er Jahre dramatisch verschlechtert und zu einer großen Hungerkrise geführt, die den Exodus auslöste.

Tab. 13.2: Immigration in die USA 1820 - 1910 in Personen

	gesamt	GB	Irland	Skandinavien	Deutschland	Russland	Italien
1820	8.385	2.095	4.888	18	450	10	75
1830	23.322	1.153	2.721	19	1.976	3	9
1840	84.066	2.613	39.430	207	29.704	-	37
1850	369.980	51.085	164.004	1.589	78.896	31	431
1860	153.640	29.737	48.637	840	54.491	65	1.019
1870	387.203	103.677	56.996	30.742	118.225	907	2.891
1880	457.257	73.273	71.603	65.657	84.638	5.014	12.354
1890	455.302	69.730	53.024	50.368	92.427	35.598	52.003
1900	448.572	12.509	35.730	31.151	18.507	90.787	100.135
1910	1.041.570	68.941	29.855	48.267	31.238	168.792	215.537

Quelle: Wattenberg 1976, S. 105-106.

Gliedert man die Einwanderung nach Herkunftsländern, erkennt man, dass deren wellenförmiger Verlauf, 1860 war die Einwanderung wieder deutlich niedriger, um erst 1870 wieder das Niveau von 1850 zu erreichen, durch den zeitlich versetzten Strukturwandel in den europäischen Herkunftsländern bestimmt wurde. Die Masse der ersten Einwanderer stellte Großbritannien, auch wenn der absolute Höhepunkt 1870 erreicht wurde. Weil sie die ersten waren, vermochten sie die USA zu prägen. Danach folgten die Iren (Höhepunkt 1851), die Deutschen und Skandinavier (Höhepunkt 1882), die Russen (Höhepunkt 1913), die Italiener

und sonstigen Mitteleuropäer (Höhepunkt 1914). 1910 überstieg die jährliche Einwanderung bereits die Millionengrenze, 1914 war der absolute Höhepunkt mit 1,22 Mio. erreicht¹⁷. Das Ende der agrarischen Aufnahmefähigkeit hatte seit den 1890er Jahren die Zunahme der Einwanderung gedämpft, durch den Ersten Weltkrieg war sie abrupt eingebrochen, um nie mehr die Spitzen der Dekade 1905-1914 zu erreichen. Auch spiegeln die Einwanderungswellen den jeweiligen Beginn der Modernisierung in den europäischen Herkunftsländern. Industrialisierung dort und daraus resultierende Mechanisierung der Landwirtschaft hatten eine ländliche Überschussbevölkerung produziert, die nicht mehr von den Städten im Herkunftsland allein absorbiert werden konnte. So verstärkten sich die push- und pull-Faktoren, die der Migration zugrundeliegen, gegenseitig. Der Druck des sozialen Elends in Europa traf auf die Hoffnung, die die „Neue Welt“ verhieß, die durch die Werbemaßnahmen der Agenten, Eisenbahngesellschaften und Schifffahrtslinien, aber auch die Briefe, die die Ausgewanderten nach Hause sandten, befeuert wurde.

Die bahnbrechende institutionelle Innovation, die auf der pull-Seite eine Signalwirkung auslöste, war der Homestead Act des Jahres 1862, der die freie Landnahme in geregelte Bahnen lenkte. Jedes neu in Beschlag genommene Land einer Größenordnung, das von einem Familienbetrieb bearbeitet werden konnte, ging nach dreijähriger Bewirtschaftung in den Besitz des Siedlers über. Auf diese Weise dehnte sich die Grenze des besiedelten Landes immer weiter nach Westen aus. Diese Regelung galt bis 1891, als mangels weiterer Flächen die Grenze (Frontier) geschlossen wurde. Die große Zeit der Binnenkolonisation waren die Jahre von 1862 bis 1891, die den Stoff für das Genre des „Western“ (Viehtrieb, Siedlertreck, Bau der Eisenbahnen, Vertreibung der Indianer, Konflikt zwischen Ranchern und Farmern) liefern. Erst danach wurden potentielle

¹⁷ Alle Daten bei Wattenberg 1976, S. 105-106.

Einwandererländer wie Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und der Süden von Lateinamerika (Argentinien, Uruguay, Chile, der Süden Brasiliens) zum Zielpunkt der späten europäischen Auswandererströme, zu denen die Briten aber nicht mehr gehörten. Gerechtfertigt und ideologisch überhöht wurde die Binnenexpansion seit den 1830er/40er Jahren durch die religiös konnotierte „Manifest Destiny“, ein fast nicht übersetzbarer Begriff (in etwa die „augenscheinliche Bestimmung“), die der Besitznahme, Erschließung und Bewirtschaftung des Landes zugrundelag. Diese „Bestimmung“ diente auch als Rechtfertigung zur Ausrottung der Indianer bzw. Abdrängung in Reservate, für den Anspruch auf die Führungsrolle in Nordamerika, 1845 zur Legitimation der Annexion von Texas und 1848 der Abtretung der mexikanischen Gebiete nördlich des Rio Grande.

Die „Manifest Destiny“ fand ihre Fortsetzung im Mythos von der „Frontier“. Die nach ihrem Autor Frederick Jackson Turner benannte „Turner-These“ hatte dieser erstmals 1893 vor der American Historical Association vorgetragen und 1896 in dem Aufsatz „The Significance of the Frontier in American History“ im *Atlantic Monthly* veröffentlicht¹⁸. Die kontinuierliche Verschiebung der Siedlungsgrenze nach Westen, der harte Kampf gegen die Unbilden der Natur und die sich widersetzenden Indianer, der für die Neusiedler in den ersten Jahren eine fragile Existenz bedeutete, habe den eigentlichen US-amerikanischen Nationalcharakter im Sinne einer ständigen Erneuerung geprägt. Dies unterscheidet den US-Amerikaner von seinen europäischen Verwandten. Parallelen zu den australischen Schafzüchtern oder den Buren in Südafrika sind augenscheinlich. Die Schließung der „Grenze“ im Jahre 1891 verlange, so Turner, als Kompensation die überseeische Expansion, die neue Grenze jenseits der pazifischen Küste. Jeder kann es immer wieder schaffen. Alles, was jeder geschafft hat, ist das Resultat seiner eigenen An-

¹⁸ Frederick J. Turner, *The Significance of the Frontier in American History*. Edited, with an Introduction by Harold P. Simonson. New York 1985.

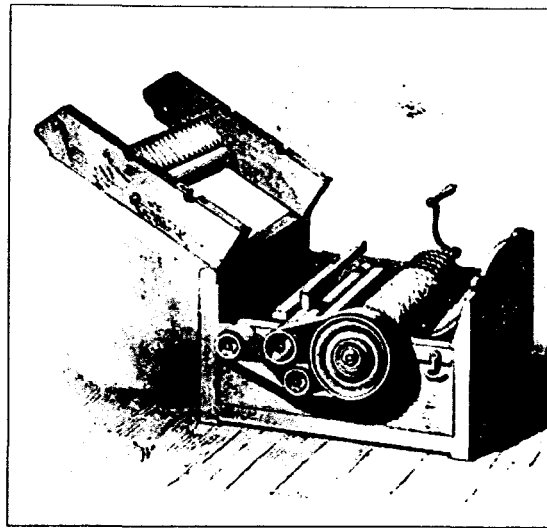
strengungen unter noch so harten Bedingungen und nicht das Resultat staatlicher Fürsorge. Der Homestead Act des Jahres 1862 war die Aufforderung „Go West, Young Man!“

Die Frontier ist aber nicht nur die verschiebbare Grenze des bebauten Landes, die Frontier stellt sich im übertragenen Sinne als Herausforderung auch der Wissenschaft und Technik, in der Industrie und anderen Berufen als immer neue Herausforderung, die es zu meistern gilt. Sie stellt sich daheim wie in Übersee, zu Lande, zu Wasser, in der Luft, sogar im Weltraum oder im Cyberspace. „Manifest Destiny“ und „Frontier“ bilden so den religiös und geopolitisch gestifteten Doppel-Mythos, der die exzeptionelle Persönlichkeit des US-Amerikaners konstituiert, die aus den USA „gods own country“ gemacht haben. Dies wiederum lässt es gerechtfertigt erscheinen, die USA zum Vorbild der ganzen Welt zu deklarieren, das in missionarischer Absicht auch durchzusetzen ist. Damit bekommt die Hegemonie der USA eine religiöse Komponente. Allerdings - die Turner-These ist auch in den USA nicht unbestritten, weil ein Teil der Gesellschaft, die Siedler im „Wilden Westen“, für das Ganze genommen werden, hingegen andere Facetten - so die aristokratischen Plantagenbesitzer des Südens, die Kapitalisten der Ostküste, die Industriearbeiter des Industriegürtels, die vielen Einflüsse der nichtbritischen Einwanderer aus Europa ausgeblendet werden.

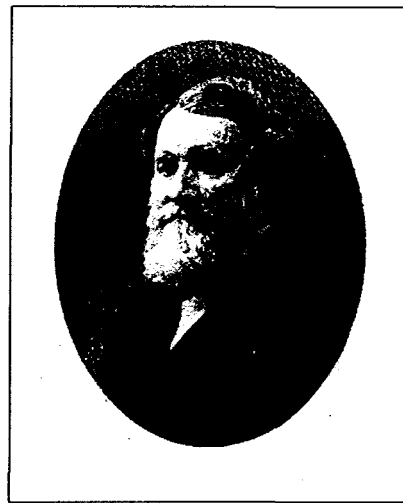
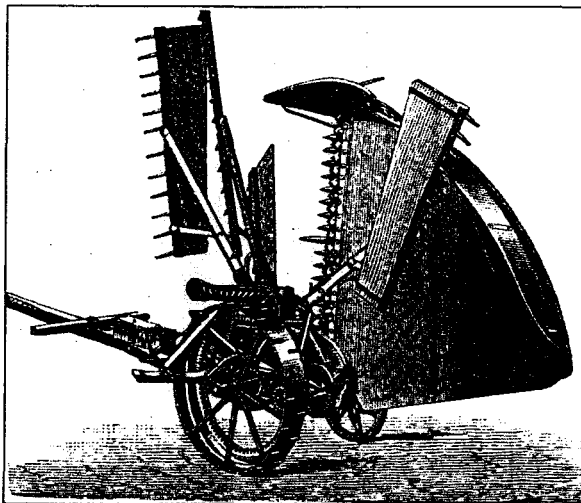
Möglich wurde die Ausdehnung der Grenze auch nur, wenn man den damit einhergehenden technischen Wandel der Agrotechnik und Infrastruktur einbezieht. Die USA wurden seit Mitte des 19. Jahrhunderts zum Vorreiter der Mechanisierung der Landwirtschaft und damit zum krassen Gegenstück der asiatischen Nassreiskultur. Nicht die Flächenproduktivität, sondern die Arbeitsproduktivität war angesichts der besonderen Faktorausstattung (viel Land und wenig Menschen in den USA vs. wenig Land und viele Menschen in China) zu steigern. Genannt sei nur

bereits in der Frühphase die Erfindung der Baumwollentkörnungsmaschine durch Eli Whitney (1793), die den Arbeitskräfteengpass auf den Baumwollplantagen der Südstaaten beseitigen half und die Expansion der Baumwollerzeugung zur Versorgung der englischen Textilindustrie ermöglichte, oder die Einführung der eisernen Flugschar (1797), die die Bodenbearbeitung wesentlich verbesserte.

Unter den vielen neuen Agrarmaschinen ist die Erfindung der automatischen Mähmaschine (1833) hervorzuheben oder die Gründung der ersten Agrarmaschinenfabrik durch Cyrus McCormick (1849) in Chicago. Bereits in den 1810er Jahren begann die Agroindustrialisierung, als Europa noch weit davon entfernt war. Chicago wurde nicht nur zum Zielpunkt des Viehtriebs und zur Stadt der Schlachthöfe, sondern auch zum Zentrum des Agrarmaschinenbaus. Bevor die Masseneinwanderung in den 1850er Jahren einsetzte, stand bereits ein technisches Angebot zur Verfügung, dass die Siedler in den Stand setzte, nur mit Hilfe der Familienarbeitskraft Farmen zu bewirtschaften, die für europäische Verhältnisse riesige Ausdehnung hatten. So war eine agrarische Überschussproduktion möglich, die weit über den Bedarf der Siedler hinausging.

Abb. 13.3: Pioniere der Agrarmechanisierung

Eli Whitney und seine Baumwollentkörnungsmaschine



Cyrus McCormick und die automatische Mähmaschine

Genauso wichtig war die Erschließung des Landes, um die Siedler heranzuschaffen und ihre Erzeugnisse an die Ostküste zu transportieren. Die Siedlertrecks konnten festen „Trails“ folgen. Ihre Züge wurden durch ortskundige Führer begleitet und durch die Forts der US-Kavallerie gesichert. Postkutschen und Stationen für den Pferdewechsel sorgten für die Nachrichtenverbindung. Der „General Store“ in den Landstädten versorgte die Siedler mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Auf die Trecks folgten die Eisenbahnen. 1831 war die erste Strecke von Charleston nach Hamburg in Betrieb, 1852 die Strecke Philadel-

phia-Pittsburgh und 1869 die erste transkontinentale Eisenbahnverbindung. Bereits 1844 errichtete Samuel Morse die erste Telegraphenverbindung zwischen Washington und Baltimore.

Abb. 13.4: Zusammenschluss der transkontinentalen Eisenbahn bei Promotory Point



Neben dem Eisenbahnbau sollte die Binnenschifffahrt nicht vergessen werden. Bereits 1797 war mit Spanien ein Vertrag über die freie Schifffahrt auf dem Mississippi geschlossen worden. Der legendäre Mississippi-Dampfer transportierte die Baumwollballen von den Plantagen der Südstaaten nach New Orleans am Golf von Mexiko, die von dort nach Europa verschifft wurden. Im Norden waren der St. Lorenz und der Verbund der großen Seen das Einfallstor, das Chicago am Ende des Michigan-Sees zum wichtigsten Ausfuhrhafen für Agrargüter machte. 1807 baute Robert Fulton das erste Dampfschiff, das auf dem Hudson zwischen Albany und New York verkehrte. 1825 verband der Erie-Kanal New York mit den großen Seen. Damit konnte der St. Lorenz, der durch britisches Territorium verlief, umgangen werden.

1866 wurde die National Labor Union gegründet, 1868 der National Board of Trade, 1875 die American Bankers Association, 1880 die National Farmer's Alliance und 1885 die Farmers and Laborers Union. Die Herausbildung der Zivilgesellschaft ging der Nationalstaatsbildung voran. 1874 bestand das US-Militär aus lediglich 25.000 Mann. Wichtigste Waffengattung war die Kavallerie mit der Aufgabe, die Indianer in Schach zu halten.

All dies dauerte nur wenige Jahrzehnte und ging auch deshalb so rasch, weil keine feudalen Restriktionen der Siedlungstätigkeit entgegenstanden. Bauernbefreiung und Bodenreformen waren nicht notwendig. So ergab sich die welthistorisch einzigartige Konstellation von riesigen Flächen fruchtbaren Ackerlands, einem ständigen Strom von siedlungswilligen Einwanderern, die von zu Hause ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse mitbrachten, einer Gesetzgebung, die die freie Landnahme ermunterte, einem Angebot von Agrotechnik aber auch reichlich Weideland und einer rasch ausgebauten Eisenbahninfrastruktur, die nicht nur immer neue Siedler heranschaffte, sondern es ihnen auch ermöglichte, ihre über die Subsistenzproduktion hinausgehenden Erzeugnisse in den Städten der Ostküste und weltweit zu vermarkten. Für die Vermarktung war auch die Erfindung und der frühe Einsatz des Gefrierverfahrens wichtig, das den Bau von Kühlwaggons, Kühlhäusern und Kühlschiffen ermöglichte, so dass auch verderbliche Produkte wie Fleisch, Obst, Gemüse und Milchprodukte über lange Entfernungen transportiert werden konnten.

Tab. 13.3: Agrarentwicklung 1839 - 1910

	Hafer		Mais		Weizen		Milchkühe Mio. Stück
	Fläche in 1000 acres	Produktion Mio. bush.	Fläche in 1000 acres	Produktion Mio. bush.	Fläche in 1000 acres	Produktion Mio. bush.	
1839		378		85		123	
1849		592		100		147	6,38 ^a
1859		839		173		173	8,58 ^b
1867	32.116	794	16.738	211	8.176	223	8,26
1870	38.388	1.125	20.945	254	10.348	268	8,93,
1880	62.545	1.707	38.096	502	16.414	418	12,44
1890	74.785	1.650	36.686	449	28.275	609	16,51
1900	94.852	2.662	49.203	599	31.049	945	17,13
1910	102.267	2.853	45.793	625	36.844	1.106	20,62

Quelle: Wattenberg 1976, S. 511-512, 523-524

^{a)} 1850, ^{b)} 1860

Die skizzierten Faktoren erklären auch den welthistorisch einzigartigen Agrarboom, der der Industrialisierung in den USA voranging. Die Anbaufläche für Mais, Weizen und Hafer wurde zwischen 1867 und 1910 in etwa verdreifacht, die Produktion vervierfacht. Allein die Zahl der Milchkühe stieg von 6,4 Mio. (1849) auf 20,6 Mio. (1910). Wichtig für die Dynamik der Binnenexpansion war auch die Verteilung der Agrareinkommen. Im Unterschied zum Plantagensektor der Südstaaten hatte die Heimstättengesetzgebung im Westen zu einer homogenen Boden- und damit auch Einkommensverteilung geführt. Dies setzte die Farmer in Stand, ihre Agrarinvestitionen auch finanzieren und Konsumgüter nachfragen zu können. Trotz ihrer Exportorientierung wurde die Landwirtschaft früh zu einem rasch expandierenden Markt für Massenkongsumgüter und nicht nur für Luxusgüter wie in der Plantagenwirtschaft der Südstaaten. Hier war der Ausgangspunkt, dass sich in den USA bis heute der größte Markt der Welt herausbildete und die Industrie früh die Vorteile der

Großserienproduktion wahrnehmen konnte. Dass dort das Fließband erfunden wurde, kann nicht überraschen.

Für unseren Zusammenhang ist die Außenwirkung dieser Dynamik von besonderer Bedeutung. Die Revolutionierung des Transportwesens betraf nicht nur die USA selber, sondern auch die Überseeschifffahrt. In dem Maße, wie Eisenbahnbau, Dampfschifffahrt und Gefrierverfahren sich seit den 1860er/70er Jahren auf den Transatlantikrouten fortsetzten, das eiserne Dampfschiff, womöglich in der Version des Kühlschiffs, das hölzerne Segelschiff ersetzte, wurde der Frachtraum auf den langen Routen ins Unermessliche gesteigert und reduzierten sich die Fahrtzeiten zwischen Chicago im Norden oder New Orleans im Süden nach Europa dramatisch. Folge war der drastische Rückgang der Transportkosten. Damit war es erstmals in der Weltgeschichte rentabel, nicht nur Luxusgüter mit hohem spezifischem Wert, sondern Massenfrachtgüter wie Kohle, Erz, Holz, aber auch Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse, Milchprodukte über lange Entfernungen zu transportieren und so neben den heimischen Märkten in den Städten der Ostküste auch Europa zu beliefern. Seit 1862 produzierten die USA Agrarüberschüsse für den Export. Der aus dem Konkurrenzdruck der US-Landwirtschaft resultierende Preisverfall auf den europäischen Agrarmärkten verstärkte wiederum den Druck auf die europäischen Landwirtschaften, der neue Wellen von Auswanderern auslöste, die auf jungfräuliches Land in den USA hoffen konnten. Aus dieser Perspektive löste die Auswanderung selber mit Zeitverzögerung neue Auswanderung aus.

Gegenstück zum wachsenden Wohlstand in der US-amerikanischen Landwirtschaft war in Europa seit 1873 eine Krise, die als „Große Depression“ bezeichnet wird. Auch hier erscheint wieder das Nullsummenspiel. Im Verlauf der „Großen Depression“ rückten die meisten europäischen Länder wieder vom Freihandel ab, den Großbritannien seit 1846 einseitig praktizierte und seit

1861 durch bilaterale Verträge, die über die Meistbegünstigungsklausel miteinander verknüpften waren, zum System gemacht hatte. Auch die USA waren 1846 mit dem liberalen Walker-Tarif in Reaktion auf die Abschaffung der Kornzölle in Großbritannien zum Freihandel übergegangen. Dahinter stand die Koalition der Plantagenbesitzer der Südstaaten und der Familienbetriebe in den Agrarstaaten des Mittleren Westens, beide zur Wählerschaft der Demokraten gehörend. Beide wollten Nahrungsmittel und Plantagenerzeugnisse, allen voran Baumwolle, in Großbritannien absetzen und im Gegenzug preisgünstig britische Fertigwaren importieren, die die US-amerikanische Industrie noch nicht liefern konnte. Die Übernahme der Freihandelslehre durch die USA (1846-1861) lässt sich als Ausdruck britischer Hegemonie interpretieren¹⁹. Von 1842-1846 wurde aus einer klaren protektionistischen Mehrheit im Kongress eine knappe freihändlerische Mehrheit. Der Walker-Tarif verletzte allerdings die Schutzzollinteressen der sich seit den 1830er Jahren regenden Industrie in den Staaten des Nordostens, vertreten durch die „Whigs“ in der Tradition Hamiltons. Bereits hier offenbarte sich ein Keim des späteren Nord-Süd-Konflikts innerhalb der USA zwischen Protektionisten und Freihändlern, der sich im Bürgerkrieg entladen sollte. Aber auch innerhalb des freihändlerischen Lagers gab es einen strukturellen Gegensatz zwischen der bäuerlichen Familienwirtschaft in den Staaten des Mittleren Westens und den mit Sklaven bewirtschafteten Plantagen des Südens, der schließlich die Demokratische Koalition sprengte.

Während große europäische Länder wie Deutschland und Frankreich zum Protektionismus zurückkehrten, in Deutschland das berühmte Bündnis von Stahl und Roggen von rheinisch-westfälischer Schwerindustrie und ostelbischen Junkern zur Abwehr von britischem Bessemer-Stahl und US-Weizen, verblieb Großbritannien beim Freihandel. Damit offenbarte sich erstmals

¹⁹ James C. Scott C./David A. Lake, The Second Face of Hegemony: Britain's Repeal of the Corn Laws and the American Walker Tariff of 1846. In: International Organization 43.1989,1. S. 1-29.

das hegemoniale Dilemma²⁰. Großbritannien hätte sich dem Schwenk zum Protektionismus anschließen können, damit aber seine Führungsrolle im Hinblick auf ein liberales Weltwirtschaftsregime aufgeben. Indem man daran festhielt, gab es, anders als die kontinentaleuropäischen Länder, seine Landwirtschaft preis und versorgte sich seitdem mit überseeischen Nahrungsmitteln und nicht nur Kolonialwaren wie Tee und Kaffee oder Wein aus Portugal, dem berühmten Beispiel Ricardos zur Illustration des Theorems der komparativen Kosten. Jetzt ging es nicht mehr nur um eine Arbeitsteilung zwischen Industrieländern und Kolonien oder um eine Spezialisierung für den Weltmarkt, sondern erstmals um massiven Verdrängungswettbewerb und Strukturwandel in einem Land, das Vorreiter in Industrie und Landwirtschaft gewesen war. Die Globalisierung schlug erstmals auf Europa zurück. Da auch die USA mit Beginn des Bürgerkriegs 1861 wieder zum Protektionismus zurückkehrten, war die erste Ära des transatlantischen Freihandels schon wieder zu Ende. Die USA blieben aber Freerider der liberalen Orientierung des ehemaligen Mutterlandes und profitierten damit von einer Position gegenüber Großbritannien, die sie gut hundert Jahre später erst gegenüber Japan und später gegenüber China unter umgekehrten Vorzeichen beklagen sollten. Hier offenbart sich ein systematisches Element, das für die Theorie des hegemonialen Übergangs fruchtbar gemacht werden kann.

Damit erhellt sich auch der Hintergrund der US-amerikanischen Außenbeziehungen in der Aufstiegsphase des 19. Jahrhunderts, die nur aus der innenpolitischen Konstellation verständlich werden. Seit der Unabhängigkeit hatte es bis 1815 eine Debatte zwischen Isolationisten und Internationalisten gegeben. Hamiltons isolationistisches Argument in seinem berühmten „Report on Manufactures“ (1791) lautete, dass die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit

²⁰ Arthur A. Stein, The Hegemon's Dilemma: Great Britain, the United States, and the International Economic Order. In: International Organization 38.1984, 2. S. 355-386.

erfordere, die nur durch eine eigenständige Industrialisierung erreicht werden könne.²¹ Dazu bedürfe es der protektionistischen Absicherung. Hier haben wir es mit der ersten Formulierung der Importsubstitutionsindustrialisierungsstrategie zu tun, die nicht nur von Friedrich List gut 50 Jahre später im Hinblick auf die „Länder der zweiten Stufe“ wieder aufgegriffen wurde, sondern auch die entwicklungspolitische Diskussion der 1950er Jahre beherrschte. Nach dem Frieden von Gent gingen die USA zum Protektionismus über und verhängten 1824, 1826 und 1828 weitere Zollerhöhungen. Die Frühphase der Industrialisierung begann im Zeichen des Protektionismus, bis der Walker-Tarif 1846 die liberale Wende einleitete. Diesem Schwenk war 1846-1848 die zweite Internationalismus/Isolationismus-Debatte vorangegangen, bei der sich erstmals die Internationalisten durchsetzen konnten. 1854 folgten ein Freihandelsvertrag mit Kanada und 1857 weitere Zollsenkungen. Die USA folgten damit dem liberalen Mainstream, der im Begriff war, von Europa Besitz zu ergreifen.

Allerdings sollte der Bürgerkrieg (1861-1865) zu einer neuen innenpolitischen Koalition führen und die neuerliche handelspolitische Wende bringen. Dessen Hintergründe gehören hier nicht zum Thema. Verwoben mit der Sezession der Südstaaten, die auf den Wahlsieg des Republikaners Abraham Lincoln 1860 folgte, war nicht nur die Sklavenfrage, sondern auch der wirtschaftspolitische Interessengegensatz der Plantagenbesitzer des Südens und der Industriellen des Nordostens. Die wachsende Zahl der Unionsmitglieder warf jedes Mal die Frage auf, ob die Sklaverei auf den neuen Staat ausgedehnt und damit die Mehrheitsverhältnisse im Kongress zwischen Sklaven- und Nichtsklavenstaaten berührt würden. Damit war auch die Frage betroffen, ob die freihändlerisch orientierten Südstaaten oder die protektionistisch gesinnten Nordstaaten die Oberhand gewinnen

²¹ Alexander Hamilton, *Industrial and Commercial Correspondence of Alexander Hamilton Anticipating His Report on Manufactures*. New York 1968.

sollten. Den Ausschlag gaben am Ende die neuen Agrarstaaten des Mittleren Westens, die mit dem Nordosten eine gemeinsame Basis fanden, seit der Nordosten in der Lage war, sie mit Industrieerzeugnissen zu beliefern und deren Nahrungsmittel abzunehmen, während die Südstaaten nur Baumwolle oder Tabak hätten bieten können.

Im Kern ging es darum, dass sich die aus der Kolonialzeit resultierende Außenorientierung der US-Wirtschaft zwischen 1850 und 1870 in eine vorrangige Binnenorientierung transformierte und wie dieser Prozess handelspolitisch flankiert wurde. An dieser Stelle erschließt sich noch ein anderer Zusammenhang. Die USA waren der erste Fall der Welt, bei dem die Demokratisierung der Industrialisierung voranging, weil die ersten Emigranten politisch und religiös motiviert waren. Frühzeitige Demokratie heißt aber auch Partizipation der Masse der Bevölkerung und Druck, dass am Wirtschaftswachstum viele partizipieren und dass gerade die Einkommen aus dem Export breit gestreut sind.

Die Rückkehr zum Protektionismus 1861, die Heimstätten-gesetzgebung 1862, die Eisenbahngesetze 1862 und 1864, die Sklavenbefreiung 1863 und die Blockade der Häfen der Südstaaten durch die Flotte des Nordens wirkten Hand in Hand. Nicht nur die größere Bevölkerung (23:9 Millionen) und das industrielle Fundament des Nordens, auch die Schwächung der Exportwirtschaft des Südens brachen den Südstaaten trotz Unterstützung durch Großbritannien und Frankreich das Genick. Nach Gettysburg (1863) war der Bürgerkrieg entschieden. Frankreich ließ den Plan zur Intervention fallen und wandte sich stattdessen nach Mexiko, was neue Konflikte produzieren sollte.

Die Kapitulation der Südstaaten (1865) brachte die Aufhebung der Sklaverei durch den 13. Verfassungszusatz. 1868 gab es weitere Zollerhöhungen, eine Politik, die in den Folgejahren

noch gesteigert wurde. Der McKinley-Tarif des Jahres 1890 war der höchste in der US-Geschichte überhaupt. Während sich das hohe Agrarwachstum nach dem Bürgerkrieg fortsetzte, traten die USA in das Industriezeitalter ein. Erst nach dem Bürgerkrieg wurden die später weltbekannten Großbetriebe gegründet. Die gesamte Wirtschaft konnte im Schutz prohibitiver Zölle im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts expandieren. Hinzu kamen der Aufschwung des Bergbaus, etwa in Minnesota, und die Ölförderung. 1859 wurde erstmals in Pennsylvania Öl gefunden und 1870 die „Standard Oil“, der erste große Ölkonzern der Welt, gegründet. Neben das große Binnenmarktvolumen tritt die nahezu komplette Ausstattung mit natürlichen Ressourcen als Erklärung, warum die vorrangige Binnenorientierung möglich war.

Tab. 13.4: Relation von Landwirtschaft und Industrie 1869 - 1929 in Prozent

Jahr	Anteil am Volkseinkommen		Jahr	Anteil an der Gesamtbeschäftigung	
	Landwirtschaft	Verarb. Industrie Bauindustrie Bergbau		Landwirtschaft	Verarb. Industrie Bauindustrie Bergbau
1869	22,2	21,8	1869	48,3	23,8
1879	19,0	20,4	1879	48,9	23,9
1889	14,2	27,0	1889	41,6	25,5
1899/1903	18,2	25,8	1899	36,9	27,4
1903/1907	17,5	26,8			
1907/1910	19,4	25,8	1909	30,4	30,2
1910/1913	18,9	27,5			
1913/1918	19,0	27,9			
1918/1920	18,9	29,3	1919	24,6	31,4
1920/1923	13,2	29,3			
1923/1926	12,5	29,8			
1926/1929	11,5	29,4	1929	21,2	29,4

Quelle: Wattenberg 1976, S. 240 (Schätzungen).

Alle diese Umstände trugen dazu bei, dass in den 1870er Jahren, etwa 50 Jahre später als in Großbritannien, der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft vollzogen wurde. Bereits 1879 entfielen etwa 20 Prozent des Sozialprodukts auf Verarbeitende Industrie, Bauindustrie und Bergbau, am Ende des Ersten Weltkriegs etwa 29 Prozent. Doch schon Mitte der 1920er Jahre war der relative Zenit im Industrialisierungsgrad mit knapp 30 Prozent erreicht. Danach setzte der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ein. In Großbritannien hatte das so definierte Industriezeitalter etwa 1815 begonnen, um die Jahrhundertwende seinen Zenit erreicht, wobei dort der relative Anteil maximal 40 Prozent ausgemacht hatte. Großbritannien war also nicht nur früher, sondern auch länger und viel stärker

ker industriell geprägt als die USA mit ihrem starken Primär- und frühen Tertiärsektor.

Das Bild wird allerdings differenzierter, wenn man einzelne Regionen der USA mit den viel kleineren Regionen Großbritanniens vergleicht. Die Zeit nach dem Bürgerkrieg war nämlich durch einen doppelten Expansionsprozess gekennzeichnet. Einerseits ging die Ausdehnung der Landwirtschaft bis zur Schließung der Grenze 1890 immer noch weiter, kamen im Westen reine Agrarstaaten hinzu, andererseits traten die Staaten des Nordostens nach 1860 bereits in die Hochphase der Industrialisierung ein. Die Industrialisierung war also nicht mit einem Wanderungsprozess aus der Landwirtschaft verbunden. Die USA wurden, welthistorisch einzigartig, gleichzeitig zur führenden Agrar- und zur führenden Industriemacht der Welt. Relativ zurück blieben die alten Südstaaten mit ihren Plantagen, die durch die Aufhebung der Sklaverei ernste Bewirtschaftungsprobleme hatten. Damit waren die USA, wieder einzigartig auf der Welt, alles zugleich: klassische Kolonialökonomie der Plantagen im Süden, hochproduktive Landwirtschaft der Grundnahrungsmittel auf Basis des Familienbetriebes im Mittleren Westen, Industrieland im Nordosten und sogar Rohstoffökonomie (z.B. Bergbau in Minnesota und Ölförderung in Texas). Alle Segmente waren so groß und so leistungsstark, dass sie sowohl für den expandierenden Binnenmarkt wie für einen expandierenden Exportmarkt produzieren konnten. In den 1850er Jahren war das wirtschaftliche Fundament der späteren Weltmacht gelegt.

Mit Zeitverzögerung machte sich der Strukturwandel auf der Beschäftigungsseite bemerkbar. Noch 1879 entfielen fast 50 Prozent auf die Landwirtschaft und erst 1910 war mit je 30 Prozent die Parität zwischen Industrie und Landwirtschaft erreicht. Schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war die relative Bedeutung der Industriearbeiterschaft wieder rückläufig. Mehr als 31-32 Prozent der Gesamtbeschäftigung hat diese

nie erreicht, eine der vielen Erklärungen, warum die Sozialdemokratie in den USA nie eine politische Kraft wurde. Die Weltausstellung des Jahres 1893 in Chicago geriet zu einer triumphalen Selbstdarstellung der neuen Wirtschaftsmacht, durchaus vergleichbar der Londoner Weltausstellung von 1851. Anders als das ehemalige Mutterland bedurfte es dazu nicht der überseeischen Expansion und des Außenhandels als Wachstumsmotor.

Abb. 13.5: Weltausstellung Chicago 1893

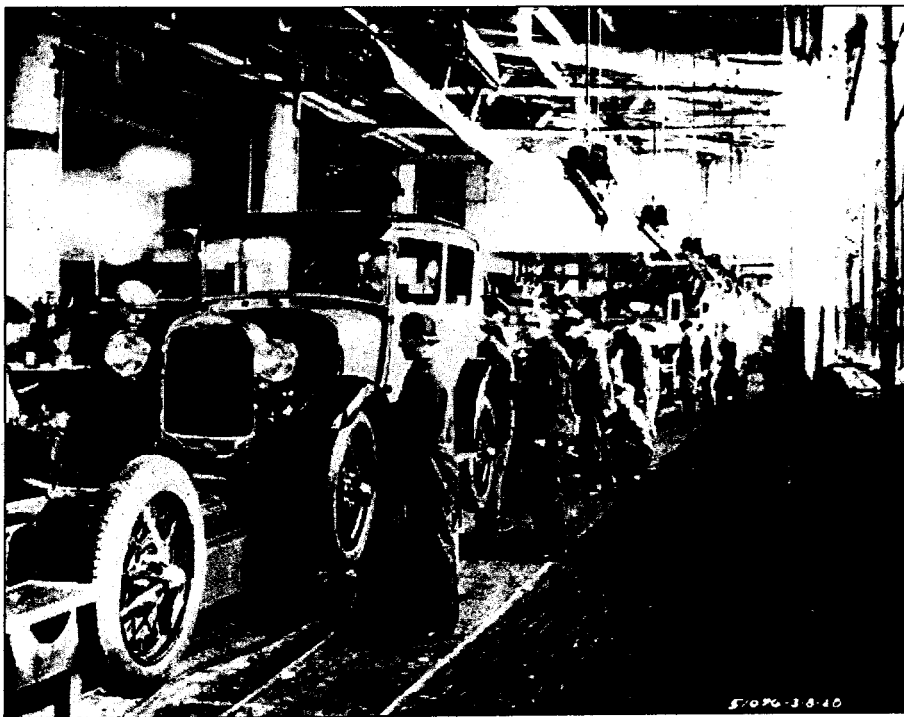


Neben den klassischen Branchen der Montanindustrie waren es die neuen Branchen des Zweiten Industriezeitalters, Chemie und Elektrotechnik, die die US-Industrie prägen sollten. 1892 wurde General Electric gegründet. 1896 folgte die Ford Motor Company, Vorboten des dritten Industriezeitalters. Bereits 1902 hatte Ransom Eli Olds zur Montage seines „Oldsmobile“ Holzgestelle eingesetzt, auf denen die Fahrzeuge zu den verschiedenen Fertigungsstufen gezogen wurden²². Henry Ford hatte die Me-

²² Genau genommen war die Idee einer fließbandmäßigen Fertigung erstmals Ende des 19. Jhs. im Arsenal von Venedig zur Ausrüstung der dort gelagerten Galeeren realisiert worden.

thode 1913 weiterentwickelt, indem er die Holzgestelle durch ein Fließband ersetzte. Damit war eine revolutionäre Prozessinnovation gelungen, die die Produktivität in der noch jungen Automobilindustrie stärkte und die Stückkosten senkte. Fords Anspruch war, ein so preiswertes Auto zu bauen bzw. seinen Arbeitern so hohe Löhne zu zahlen, dass sie in der Lage waren, das Produkt ihrer Arbeit, einen Ford T (Tin Lizzy), zu kaufen. Zwischen 1908 und 1927 wurden 15 Millionen Exemplare nur dieses Modells gebaut.

Abb. 13.6: Fließbandfertigung bei Ford



Das Zeitalter des Fordismus, benannt nach Fords bahnbrechenden Leistungen auf der Angebots- wie der Nachfrageseite, begann in den USA in den 1920er Jahren, als in Europa Automobile noch reine Luxusgüter waren. Damit erstreckte sich die US-Ökonomie über die gesamte Palette wirtschaftlicher Aktivitäten von der Landwirtschaft (Grundnahrungsmittel und Plantagenprodukte) über den Bergbau, den Ölsektor, die Eisen- und Stahlindustrie bis zur Elektrotechnischen Industrie, der Chemischen Industrie, der Automobilindustrie und den nachgelagerten Infrastruk-

tur- und Dienstleistungstätigkeiten. Die Schließung der Grenze musste nicht zur Reduzierung der Einwanderung führen, die immer noch wachsende Zahl der Immigranten fand problemlos Beschäftigung in der expandierenden Industrie des Nordwestens. Stahl, Eisenbahn, Erdöl und später Automobil waren die Branchen, in denen riesige Vermögen erworben wurden, später die Grundlage der großen Stiftungen wie Carnegie, Ford und Rockefeller. Die großen Firmen wurden zu Weltmarktführern und trugen dazu bei, dass die bereits USA über ein wirtschaftliches Druckpotential verfügten, bevor sie ihre militärische Macht entfalteten. Diese Beobachtung steht in völligem Gegensatz zu typischen Militärmächten, die ihre ganze wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf den Rüstungssektor zu konzentrieren hatten.

Damit kommen wir zur Außenpolitik, die in der Zusammenschau nur schwerlich als isolationistisch bezeichnet werden kann. Neutral waren die USA eigentlich nur gegenüber den innereuropäischen Konflikten, nicht aber gegenüber den europäischen Mächten trotz der drei großen außenpolitischen Debatten der Jahre 1792-1815, 1846-1848 und 1890-1898. Die USA waren Ende des 19. Jahrhunderts eine ganz normale imperialistische Macht, die ihren europäischen Konkurrenten in nichts nachstand. Während des gesamten 19. Jahrhunderts verhielten sie sich im Inneren des Halbkontinents wie gegenüber den Nachbarn im Norden und Süden aggressiv und expansiv. Dennoch gibt es einen eklatanten Unterschied zu ihrem ehemaligen Mutterland. Großbritannien war auf dem Höhepunkt des Ersten Empire, bevor die Industrielle Revolution und der wirtschaftliche Aufstieg eingesetzt hatten, bereits Weltmacht. Die USA standen wirtschaftlich an der Spitze, bevor sie über die Grenzen Nordamerikas expandierten und zur Weltmacht wurden. Noch 1890 bestand die US-Armee aus lediglich 25.000 Soldaten und stand damit auf Platz 14 in der Rangliste der Armeen noch hinter Bulgarien²³. Die Militärausgaben beliefen sich auf gerade 0,5 Prozent des

²³ Zakaria 1998, S. 47.

Sozialprodukts. Das Außenministerium hatte nur einen winzigen Apparat. Bis 1892 gab es keinen Diplomaten im Rang des Botschafters.

Über den gescheiterten Versuch, im Verlauf des zweiten Unabhängigkeitskrieges Kanada zu erobern, war bereits berichtet worden. 1818 konnte man immerhin im Zuge der Grenzziehung entlang des 49. Breitengrades einen erheblichen Gebietszuwachs verbuchen. Im Süden begann seit der Unabhängigkeit Mexikos (1821) die Auswanderung nach Kalifornien und Texas, die die späteren Annexionen vorwegnahmen. Auftakt auf der Bühne der Weltpolitik war die Monroe-Doktrin des Jahres 1823, das erste Manifest eines „American Empire“. Anlässe für die Doktrin, deren Text von John Adams formuliert worden war, gab es genug: die spanischen Versuche, die verlorenen Kolonien in Lateinamerika zurückzugewinnen, die russischen Bestrebungen, von Alaska aus an der Pazifik-Küste weiter nach Süden vorzudringen und die britische Idee eines Kanal-Projekts durch den Isthmus zwischen Nord- und Südamerika. Die Westliche Hemisphäre insgesamt wurde zur US-amerikanischen Einflusszone erklärt, aus der sich die Europäer künftig herauszuhalten hatten. Lediglich bestehende koloniale Rechte wurden nicht angetastet.

Der Konflikt um das Kanalprojekt schwelte allerdings weiter und führte 1850 zum Clayton-Bulwer-Vertrag, in dem geregelt wurde, dass ein Kanal durch den Isthmus nur unter gemeinsamer britisch-US-amerikanischer Kontrolle stehen könne. Dieser Vertrag stand zwar im Widerspruch zur Monroe-Doktrin, doch dürften die USA angesichts der starken britischen Präsenz in der Karibik um einen Kompromiss nicht herumgekommen sein.

Die Expansion über den Pazifik begann im Anschluss an den Ersten Opiumkrieg (1839-1842) zwischen Großbritannien und China. 1844 wurde der Vertrag von Wanghia geschlossen, der die Öffnung chinesischer Häfen vorsah, Vorgeschichte zur späteren Po-

litik der „offenen Tür“. US-amerikanische Geschäftsleute nutzten die Gunst der Stunde und gründeten in Shanghai, einem der von den Briten im Vertrag von Nanking geöffneten treaty ports, eine Amerikanische Niederlassung, die später im International Settlement aufging. Exklusiv war die Kanonenboot-Expedition des Commodore Perry nach Japan (1853-1854). Der Druck seiner „Schwarzen Schiffe“ und die Erfahrung der chinesischen Niederlage im Opium-Krieg waren so stark, dass die japanische Regierung die 250-jährige Selbstisolation des Landes aufgab und im Vertrag von Kanagawa das Land öffnete. 1857 schloss der US-Konsul Townsend Harris einen Handelsvertrag. Damit begann auch in Japan eine US-amerikanische Präsenz, die zunächst auf vier für den Außenhandel geöffneten Orte (u.a. Yokohama) beschränkt war, seit 1945 durch die Okkupation massiv ausgeweitet wurde und bis heute nicht beendet ist.

Im Jahre 1854 richteten sich weitere Begehrlichkeiten Richtung Norden und Süden. Der britischen Regierung wurde ein Kaufangebot für Kanada, der spanischen Regierung ein erstes Kaufangebot für Kuba unterbreitet. Beide Male wurden 130 Mio. US\$ geboten. Als Frankreich sich entschieden hatte, nicht im US-amerikanischen, sondern im mexikanischen Bürgerkrieg (1858-1871) zu intervenieren und 1864 den Erzherzog Maximilian von Österreich als Kaiser von Mexiko inthronisierte, intervenierten die USA auf der republikanischen Seite und trugen so zum raschen Ende der französischen Präsenz in Mexiko bei. Der unglückliche Maximilian wurde 1867 hingerichtet.

1867 war auch das Jahr der Annexion der Midway-Inseln, erste überseeische Besitzung im Pazifik auf halbem Weg nach Japan und China. Das aufziehende Zeitalter der Dampfschiffahrt verlangte eine globale Infrastruktur aus „Kohlenstationen“, die nicht nur von den europäischen Seemächten, sondern auch von den USA eingerichtet wurden. Ohne die Möglichkeit, unterwegs immer wieder Kohlen aufzunehmen, hätte der Vorteil des großen

Frachtraums der Dampfer sich nicht realisieren lassen. 1875 wurde erstmals Interesse an Pearl Harbour bekundet und ein Handelsvertrag mit Hawaii geschlossen. Die Jahre 1884/85, gerade als Großbritannien wirtschaftlich überholt wurde, waren der Auftakt zur Seemacht mit der Gründung des „Naval War College“ und dem Beginn des Flottenbaus. Zuvor hatte die US-Marine eher der Küstenverteidigung gedient, war die Expedition des Commodore Perry ein einmaliger Kraftakt gewesen. 1887 wurde Pearl Harbour Flottenstützpunkt und in Samoa eine dritte Kohlenstation errichtet. 1889 folgte das Naval War Board. Alfred Thayer Mahan, Admiral und Ausbilder am „Naval War College“, veröffentlichte 1890 „The Influence of Sea Power upon History“. Damit wurde er zum Protagonisten der US-Herrschaft über die Meere mit großem Einfluss auf das Denken Theodore Roosevelts. Nicht nur in seinem Heimatland, sondern unter allen großen Mächten lösten die Ideen Mahans einen maritimen Rüstungswettlauf aus. Der spätere Präsident Theodore Roosevelt wurde als Marineminister zur treibenden Kraft der Flottenpolitik. Das Programm der Jahre 1885-1899 sah den Bau von 30 Schiffen vor, zu denen auch vier Schlachtschiffe gehörten, die auf eine atlantische und eine pazifische Flotte verteilt wurden.

Nicht nur die verspätete Aufrüstung, auch der Aufbau staatlicher Strukturen mit einem Apparat der Exekutive begann erst 1877. Zuvor hatte der Kongress immer wieder den Ausbau der Exekutive gebremst. Großen Einfluss auf diesen Prozess nahm der spätere Präsident Woodrow Wilson mit seiner Kritik an der Rolle des Kongresses, die besonders in seiner Schrift „Congressional Government“²⁴ (1885) zum Ausdruck kam. Bis 1908 und sogar noch 1917 verfügten die USA im Vergleich zu den europäischen Mächten²⁵ im Sinne des Ausbaus staatlicher Strukturen über einen ausgesprochen schwachen Staat. Hierin liegt ein

²⁴ Roland Young, Woodrow Wilson's Congressional Government Reconsidered. In: Latham 1958. S. 201-213.

²⁵ Zakaria 1998, S. 93.

ganz praktischer Grund, warum die Abkehr vom „Isolationismus“ erst nach 1890 vollzogen werden konnte, auch wenn er streng genommen nie bestanden hatte.

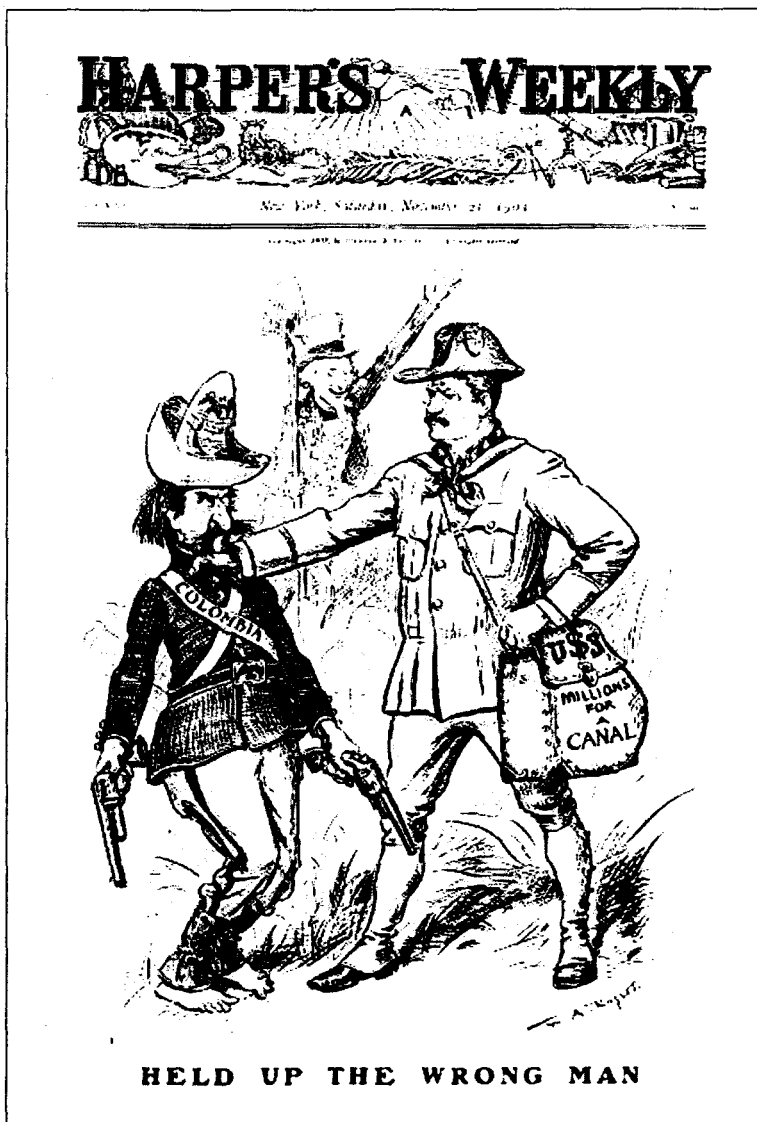
Die neue maritime Stärke zeigte sich erstmals nach der Kubanischen Revolution zur Unabhängigkeit von Spanien (1895), die von den USA unterstützt wurde. Weil Spanien sich widersetzte, kam es zum kurzen Krieg mit den USA, der in kubanischen und philippinischen Gewässern ausgetragen wurde. Spanien verlor den letzten Rest seines einst riesigen Kolonialreichs im Westen. Im Frieden von Paris (1898) hatten die USA ihren ersten großen Auftritt. Hawaii, Guam und Puerto Rico wurden annektiert, die Philippinen von Spanien gekauft. Kuba blieb bis 1902 besetzt und bis 1934 US-Protectorat. Damit waren die USA in der Karibik und im Pazifik zu einer veritablen Kolonialmacht geworden und auch gleich in einen dreijährigen Guerillakrieg auf den Philippinen (1899-1902) geraten, der nur unter hohem Einsatz von zwei Dritteln der US-Armee niedergeschlagen werden konnte. Auch auf den Philippinen hatte eine Unabhängigkeitsbewegung nach dem Muster der Lateinamerikaner gehofft, von der Schwäche des Mutterlandes profitieren zu können. Stattdessen waren sie in den Fokus einer verspäteten Kolonialmacht geraten, die wie Japan zeitgleich in Asien Umverteilung von Kolonialbesitz betreiben wollte.²⁶

Rudyard Kiplings Gedicht „The White Man's Burden. The United States and the Philippines Islands“ erschien am 5.2.1899 in der N.Y. Tribune & Sun als Aufruf an die USA, die „Bürde des weißen Mannes“ auf sich zu nehmen, der philippinischen Bevölkerung auf eine höhere Zivilisationsstufe zu verhelfen. The Manifest Destiny als überseeische Mission. Die Ambivalenz der neuen Weltmachtrolle schlug sich nieder in der China-Politik. Gewarnt durch den verlustreichen Kolonialkrieg auf den Philip-

²⁶ Vgl. dazu J.Arthur Lower, Ocean of Destiny: A Concise History of the North Pacific, 1500-1978, Vancouver 1978.

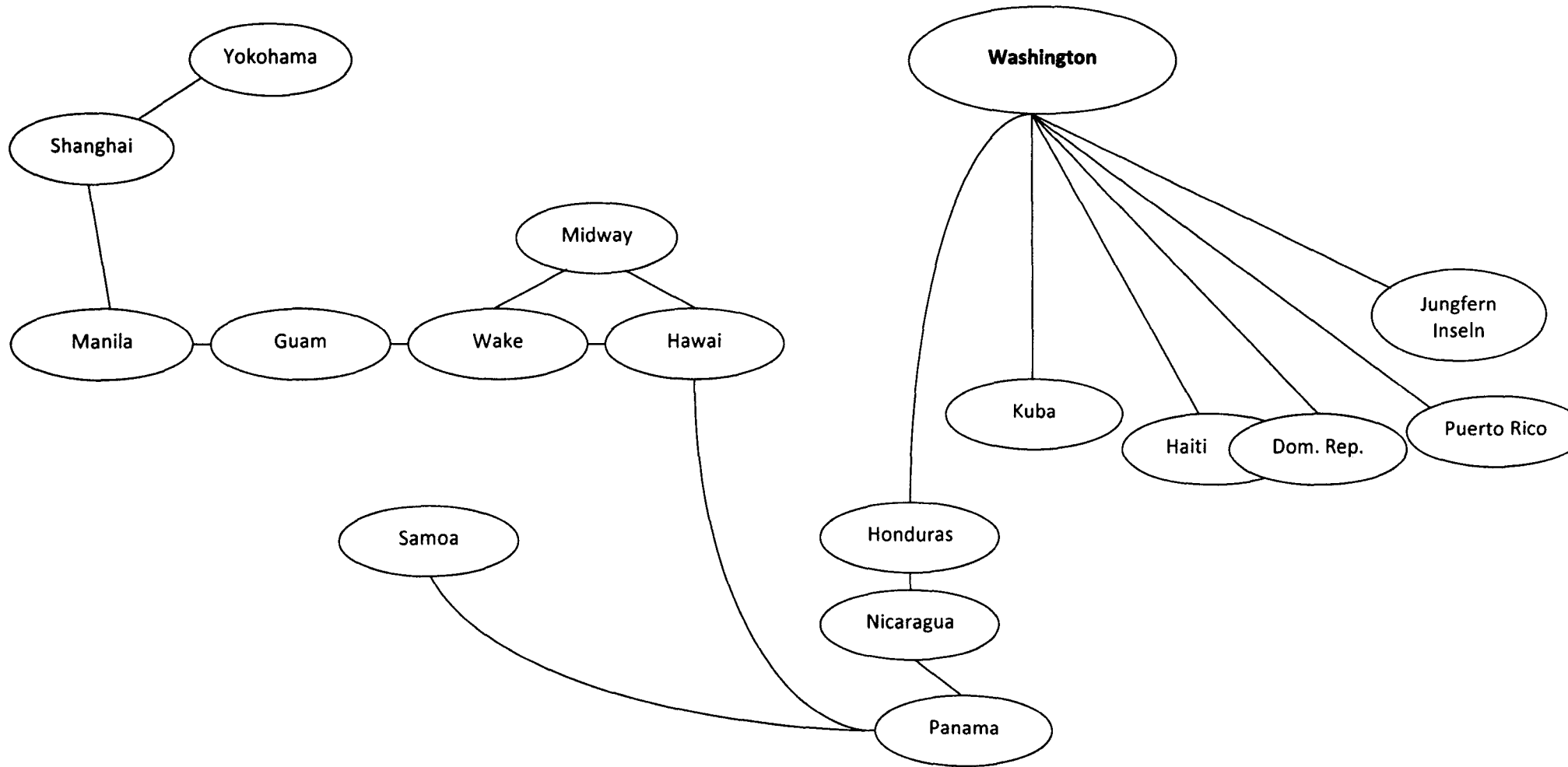
pinen plädierten die USA gegenüber China, das seitdem in den Fokus geraten war, für eine liberale Form der Durchdringung. Staatssekretär Hay richtete 1899 und 1900 die beiden berühmten Noten an die europäischen Mächte, um sich gegen deren Aufteilung Chinas in Einflusszonen zu wenden und dagegen das Prinzip der „offenen Tür“ zu setzen. Trotzdem beteiligte man sich 1900 an der militärischen Niederschlagung des „Boxer-Aufstandes“, der zur 55-tägigen Belagerung des Gesandtschaftsviertels in Peking geführt hatte, um die imperialistischen Vorrechte zu behaupten.

Abb. 13.7: Held up the wrong man



Quelle: Carroll/Herring 1996, S. 12.

Die Amtszeit Theodore Roosevelts (1901-1909) markierte den Höhepunkt des klassischen US-Imperialismus. 1901 wurde mit Großbritannien der Hay-Pauncefote-Vertrag geschlossen, der den Clayton-Bulwer-Vertrag ersetzte und den USA den alleinigen Bau des Panama-Kanals erlaubte. Der Vertrag war der Grund für die Intervention in Kolumbien. Die USA unterstützten die Sezession der Provinz Panama, die die Besetzung der Kanalzone erlaubte. Das Platt-Amendement zur Kubanischen Verfassung erlaubte die Intervention in Kuba. 1903 zogen die US-Truppen zwar aus Kuba ab, pachteten dafür dauerhaft die Militärbasis Guantanamo. 1904 wurde die Panama-Kanalzone für 99 Jahre gepachtet. Roosevelt erweiterte die Monroe-Doktrin dahingehend, dass die USA eine Kontrollfunktion über Lateinamerika beanspruchten.

Abb. 13.8: Das erste US-Weltsystem

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die USA ihr erstes Weltsystem errichtet, das in die Karibik, nach Mittelamerika und weit über den Pazifik bis zur asiatischen Gegenküste reichte. Strategische Punkte in Karibik und Mittelamerika waren besetzt, die Kanalzone für 99 Jahre gepachtet, eine Kette von pazifischen Inselstützpunkten (Samoa, Hawaii, Midway, Wake, Guam) in Besitz genommen und in Manila, Shanghai und Yokohama erste Einfallstore nach Asien bezogen. Die modifizierte Monroe-Doktrin reklamierte die alleinige Zuständigkeit für die gesamte Westliche Hemisphäre, die programmatisch dazu im Widerspruch stehenden Open door-Noten den freien Zugang nach China und meinten im Grunde die gesamte Welt bzw. alle Territorien, die zur Einflusssphäre anderer Kolonialmächte gehörten. In der Westlichen Hemisphäre erhob man einen exklusiven Anspruch, für die übrige Welt handelte man in dem Bewusstsein, dass bei freiem Spiel der Kräfte der wirtschaftlich Stärkste sich durchsetzen würde.

13.3 Die Grundlagen der Macht im 20. Jahrhundert

Die USA als Teil der Neuen Welt sind auch im geographischen Sinne fern der Alten Welt. Aus dieser Distanz zu den Mächten der eurasischen Landmasse, die im Verlauf der Jahrhunderte die Geschicke der Welt bestimmt haben, besitzen die USA zwei einzigartige Vorteile.²⁷ Die „Tiefe des Raumes“ bot den großen eurasischen Landmächten wie Russland oder China immer die Möglichkeit zum Rückzug, war ein wesentlicher Grund, warum die Armeen der Angreifer wie die Napoleons und Hitlers oder der japanischen Armee durch die Überdehnung der Frontlinien und die Unbilden der Natur gestoppt wurden. Trotz der vielen Einzelsiege konnte die entscheidende Schlacht nicht geschlagen werden.

²⁷ Dazu grundsätzlich John Agnew/Stuart Carbridge, *Mastering Sapce: Hegemony, Territory and International Political Economy*. London 1995; Schon früher mit ähnlicher Argumentation Karl Haushofer, *Weltmeere und Weltmächte*. Berlin 1937.

Dieser Faktor hat im Falle der USA ein noch stärkeres Gewicht, weil die beiden Nachbarländer Kanada und Mexiko nie militärische Herausforderung gewesen sind, selbst wenn Großbritannien oder Frankreich mitgemischt haben, und vor allem, weil die räumliche Distanz zu den tatsächlichen Kriegsgegnern immer so groß war. Der Atlantik gegenüber Europa und der Pazifik gegenüber Asien stellten nahezu unüberwindliche Hindernisse dar. Wenn schon der schmale Ärmelkanal für Großbritannien ein beträchtlicher Schutz war und drei Gegner, Spanien, Frankreich und Deutschland, an den Schwierigkeiten einer Invasion gescheitert sind, welchen Aufwandes hätte es erst bedurft, um an der US-amerikanischen Atlantik- oder Pazifikküste eine Invasion zu versuchen? Der japanische Nadelstich von Pearl Harbour hatte zwar große symbolische Wirkung, aber wenig tatsächliche militärische Bedeutung und war ein hohes Risiko für die japanische Flotte. Geopolitisch sind die USA kein Halbkontinent, sondern eine Insel, deren Schwäche der zwei Küstenlinien durch den Panama-Kanal und die Pacht der Kanalzone behoben wurde. Insofern waren und sind die USA eine Seemacht und trotz ihres großen Territoriums keine wirkliche Landmacht. Wer die USA angreifen wollte, hätte eine überlegene Flotte besitzen und eine Expeditionsarmee in Marsch setzen müssen. Selbst das war keine Garantie für den Erfolg, wie die Briten im Ersten und Zweiten Unabhängigkeitskrieg erfahren mussten. Die langen Nachschublinien quer über den Atlantik waren schon damals ein großes Problem. Auch die Revolutionsarmeen konnten sich im Zweifelsfalle zurückziehen und die britische Interventionsarmee ins Leere laufen lassen.

Die geopolitische Konstellation änderte sich wenig durch den Beginn des Luftfahrtzeitalters. Auch Flugzeuge haben einen begrenzten Operationsradius und müssen wieder zurückkehren. Die schützende Distanz der Ozeane schwand erst 1957, als die Sowjetunion mit einer Interkontinentalrakete einen Satelliten, den Sputnik, in eine Erdumlaufbahn schoss und damit demons-

trierte, dass sie in der Lage war, das US-Territorium direkt zu erreichen. Der daraus resultierende „Sputnik-Schock“ war tatsächlich ein Schock, da er den US-Strategen demonstrierte, dass die Tiefe des Raums sich auf bloße 30 Minuten reduziert hatte. Seitdem wurde die „Zweitschlagsfähigkeit“ zum Kern des strategischen Denkens, konnte nur so glaubwürdige Abschreckung betrieben werden.

Zumindest bis 1957 befanden sich die USA also in der einzigartig komfortablen Situation, dass sie dank ihrer Flotte zwar selber überall auf der Welt intervenieren konnten, selbst große Landunternehmen zu Wasser oder aus der Luft auf den pazifischen Inseln, in Nordafrika, in Süditalien, in der Normandie, in Südkorea, in Vietnam, im Irak oder Afghanistan bewältigen konnten, umgekehrt dies aber für jeden denkbaren Gegner nahezu ausgeschlossen war. Die große Distanz zu den Kriegsschauplätzen, die seit dem Krieg mit Mexiko immer weit entfernt vom eigenen Territorium lagen, erlaubte es auch, nach einem Krieg wieder abzuziehen. Selbst im Falle einer militärischen Niederlage wie 1973-1975 in Vietnam war der Rückzug immer eine realistische Option ohne weitere Folgen. Die Mächte auf der eurasischen Landmasse mussten auch bei einem Rückzug immer gegenwärtig sein, dass der Gegner nachrückte und der Krieg ins eigene Land getragen wurde. Im Falle der USA bestand diese Gefahr nie. Nach den beiden Unabhängigkeitskriegen haben die USA nur noch im Ausland gekämpft. Die Eurasier mussten selbst im Falle des Sieges eine starke Armee unterhalten, um ihre Grenzen zu schützen, große Mauern, Maginot-Linien oder Atlantikwälle bauen, um gegen künftige Angriffe gewappnet zu sein, im Falle der Niederlage gar die Besetzung des eigenen Territoriums hinnehmen. Die USA hatten neben der Option Besatzungsmacht immer die Option Abzug mit anschließender Reduzierung der Armee, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Daraus resultierte umgekehrt die Konsequenz, dass man, wollte man eine globale Rolle spielen, auch weltweit militärisch präsent sein musste. Da war nicht nur mit erheblichen Kosten verbunden, sondern hieß auch immer, in die innenpolitischen Verhältnisse anderer Länder involviert zu sein. Hier liegt ein wesentlicher Grund, warum die USA trotz ihrer überragenden softpower und der Attraktivität ihrer internationalen öffentlichen Güter auch immer die Rolle des Schurken zu spielen haben. Die USA sind noch eindeutiger eine Seemacht als die klassischen Seemächte Großbritannien, Niederlande oder Portugal. Die Flotte und nicht die Armee ist das eigentliche Instrument ihrer Weltmacht. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts traten die Luftwaffe als offensive und die Raketenstreitkräfte als defensive Waffengattungen hinzu. Aber auch hier spielt die Marine mit, handelt es sich genau genommen um eine Hybridisierung der Waffengattungen, die im Flugzeugträger und in den auf U-Booten gestützten Interkontinentalraketen zum Ausdruck kommt.

Die Geographie hat weitere Konsequenzen. Die Fläche des Landes ist so groß, dass eine nahezu komplette Ausstattung mit natürlichen Ressourcen gegeben ist. Ob Erze, Kohle, Öl, Edelmetalle (Gold!), Wasser, Holz, Weide- und Ackerland - es gibt fast nichts, was nicht in den USA im Überfluss vorhanden ist. Hinzu kommt die geografische Lage, die fast alle Klimazonen abdeckt und alle Typen von Landwirtschaft und Viehzucht zulässt. Die USA sind potentiell nicht nur in nahezu jeder Hinsicht autark, sie sind mit natürlichen Ressourcen so reichlich gesegnet, dass sie, wenn sie wollen, auch die Welt mit Getreide, Fleisch, Milchprodukten, Holz, Baumwolle, Erzen, Kohle, Öl oder Geld beliefern können. Damit verfügen sie auch über die weltweit einzigartige Möglichkeit, über Lieferungen wie Boykotte politischen Einfluss zu nehmen. Allenfalls Russland steht diese Möglichkeit in vergleichbarem Maße offen. China, obwohl von ähnlicher Ausdehnung des Territoriums, hat diese

Möglichkeit nicht, weil dort angesichts der riesigen Bevölkerung Acker- und Weideland knapp sind und auch die Rohstoffe zur Selbstversorgung nicht ausreichen. Das gilt gerade auch für Erdöl!

Weil die USA so groß sind, weil sie über diesen Ressourcenreichtum verfügen, weil die fruchtbaren Böden in gemäßigten Klimazonen liegen, deshalb waren (und sind) sie so attraktiv als Einwanderungsland für die ganze Welt, konnten sie so viele Einwanderer aufnehmen und dabei die großen und kleinen Talente der ganzen Welt einsammeln. Der bis heute unvermindert anhaltende Zustrom mobiler, risikobereiter, unternehmerischer Menschen, nicht zuletzt der brain drain der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Intelligenz der ganzen Welt, bildet ein einzigartiges Potential. Die immer wieder den USA zugeschriebenen isolationistischen Tendenzen rühren auch daher, dass die USA eines der wenigen Länder sind, die tatsächlich eine eigene Welt bilden können, weit weg von den Konflikten und Problemen der übrigen Welt, dass sie die Menschen und Ressourcen besitzen, diese Option auch zu realisieren. Selbst das „Zeitalter der Globalisierung“ hat für die USA viel geringere Bedeutung als für die übrige Welt, wie sich beispielsweise an der niedrigen Außenhandelsquote ablesen lässt.

Während Großbritannien die innovative Führung im ersten und zweiten Kondratieff (Textil, Eisen und Stahl, Eisenbahnbau) hatten, ging die Führungsrolle im dritten (Chemie und Elektrotechnik) und erst recht im vierten Kondratieff (Automobilbau, Ölindustrie) an die USA über. Auch im derzeit fünften Kondratieff, der durch die Informationstechnik, die Nano- und die Biotechnik getragen wird, konnte die innovative Führerschaft behauptet werden. Der Aufholprozess der Konkurrenten (Japan in den 1970er/1980er Jahren) oder China heute ist weniger durch besondere innovatorische Leistungen als die Übernahme der US-Innovationen gekennzeichnet.

**Tab. 13.5: Bruttosozialprodukt nach Ländern 1000 – 1998 in
Mrd. US \$ (von 1990)**

	Welt	USA	UK	Deutsch- land	Frank- reich	Russ- land/SU	Japan	China	Indien
1000	116,8	-	-	-	-	2,8	3,2	26,6	33,8
1500	247,1	0,8	2,8	0,8	10,9	8,5	7,7	61,8	60,5
1600	329,4	0,6	6,0	12,4	15,6	11,4	9,6	96,0	74,3
1700	371,4	0,5	10,7	13,4	21,2	16,2	15,4	82,8	90,8
1820	694,4	12,5	36,2	26,3	38,4	37,7	20,7	228,6	111,4
1870	1.101,4	98,4	100,2	71,4	72,1	83,6	25,4	189,7	134,9
1913	2.704,8	517,4	224,6	237,3	144,5	232,4	71,7	241,3	204,2
1950	5.336,1	1.455,9	347,9	265,4	220,5	510,2	161,0	239,9	222,2
1973	16.059,2	3.536,6	676,0	944,8	684,0	1.513,1	1.242,9	740,0	494,8
1998	33.725,6	7.394,6	1.108,6	1.460,1	1.150,1	1.132,4	2.581,6	3.873,4	1.702,7

Quelle: Madison 2001, S. 261

Alle genannten Faktoren zusammen waren dafür verantwortlich, dass die USA im Verlauf des 19. Jahrhunderts vom Nachzügler zum Vorreiter wurden. Ihr Wachstum war so hoch, dass es die ganze übrige Welt in den Schatten stellte. Bis etwa 1800 war die Wirtschaftsleistung marginal. Erst seitdem stieg sie (zu konstanten Preisen von 1990) von 12,5 (1820) über 98,4 (1870), 517,4 (1913), 1.455,9 (1950) und 3.536,6 (1973) auf 7.394,6 Mrd. US\$ (1998). Obwohl auch die Wirtschaftsleistung der wichtigsten Konkurrenten nicht unerheblich gestiegen ist, verschoben sich doch die relativen Gewichte. 1820 lagen die USA noch auf dem letzten Platz von acht Vergleichsländern hinter Japan. 1870 hatte das US-amerikanische das britische Sozialprodukt fast erreicht, das deutsche, französische und russische übertraffen. 1913, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, war die US-Ökonomie schon fast doppelt so groß wie die britische, die ihrerseits hinter die deutsche zurückgefallen war. 1950, auf dem ersten Höhepunkt des Ost-West-Konflikts, war die US-Wirtschaft

etwa dreimal so groß wie die der Sowjetunion. 1973, als die Debatte über den US-Decline einsetzte und wenig später Japan als möglicher Herausforderer ins Blickfeld geriet, übertraf die US-Wirtschaft die japanische noch um das Doppelte. Seit etwa 1980 ist lediglich China in der Lage, durch sein zweistelliges Wachstum über mehr als drei Jahrzehnte hinweg gegenüber den USA aufzuholen.

Noch aussagekräftiger und zugleich verblüffend sind die relativen Werte aus einer Millenniums-Perspektive, über die Angus Maddison²⁸ dankenswerterweise Schätzungen vorgelegt hat. Millennium heißt, dass sie bis zum Jahre 1000 zurückreichen. Konzediert ist dabei: Je weiter man zurückgeht, desto grober sind die Schätzungen. Doch bessere als die von Maddison gibt es nicht.

Tab. 13.6: Anteile am Welt-Bruttosozialprodukt 1700 – 1998 in Prozent

	USA	GB	Deutsch- land	Frank- reich	Russland/ SU	Japan	China	Indien
1700	0,1	2,9	3,6	5,7	4,4	4,1	22,3	24,4
1820	1,8	5,2	3,8	5,5	5,4	3,0	32,9	16,0
1870	8,9	9,1	6,5	6,5	7,6	2,3	17,2	12,2
1913	19,1	8,3	8,8	5,3	8,6	2,6	8,9	7,6
1950	27,3	6,5	5,0	4,1	9,6	3,0	4,5	4,2
1973	22,0	4,2	5,9	4,3	9,4	7,7	4,6	3,1
1998	21,9	3,3	4,3	3,4	3,4	7,7	11,5	5,0

Quelle: Maddison 2001, S. 263

Zuerst springt ins Auge, wie klein selbst die großen europäischen Volkswirtschaften noch um 1700 gemessen an den großen asiatischen Volkswirtschaften waren. China und Indien erreich-

²⁸ Angus Maddison, *The World Economy: A Millennial Perspective*. Paris 2001.

ten zusammen knapp 47 Prozent und noch 120 Jahre später fast 49 Prozent des Weltsozialprodukts. Indien war damals wohlge-merkt zu großen Teilen Kolonie, China gerade dabei, die McCartney-Gesandtschaft abzuweisen. Beide waren, wirtschaft-lich gesehen, etwa achtmal so groß wie England. Während der „Indian Decline“, nicht zuletzt dank des Verdrängungswettbe-werbs der britischen Baumwollindustrie, im 18. Jahrhundert schon eingesetzt hatte, konnte China bis 1820 aufgrund seines hohen Bevölkerungswachstums den Anteil am Weltsozialprodukt noch ganz erheblich von 22,3 auf 32,9 Prozent steigern. Obwohl die Industrielle Revolution 1820 in Großbritannien schon längst stattgefunden hatte, betrug der britische Anteil schma-le 5,2 Prozent und 1870 auf dem relativen Höhepunkt der briti-schen Wirtschaftsleistung gerade 9,1 Prozent. Selbst das war fast nur die Hälfte Chinas. Dennoch war es den Briten 30 Jahre zuvor im Ersten Opiumkrieg möglich gewesen, mit wenigen Schif-fen das riesige Land zu öffnen und ihm ungleiche Verträge auf-zuzwingen. Der Umstand macht deutlich, dass quantitative Rela-tionen allein nur wenig aussagen. Aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit und der Fähigkeit, ihr Wirtschaftspotential auf strategische Belange zu konzentrieren, konnten sie Europäer, sogar das kleine Portugal, selbst großen asiatischen Ländern immer wieder ihren Willen aufzwingen.

Nur der relative Zuwachs der USA ist aus der Millenniums-Perspektive wirklich beeindruckend. Zum Zeitpunkt des Unabhän-gigkeitskrieges dürfte sie kaum ein Prozent des Weltsozialpro-dukts erzeugt haben. 100 Jahre später hatten sie zu Großbri-tannien aufgeschlossen. 1913 war der US-Anteil mit 19,1 Pro-zent bereits deutlich mehr als doppelt so groß wie der briti-sche Anteil von 8,3 Prozent. Die Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende erste Debatte über den British Decline, eher auf das relative Aufholen Deutschlands gemünzt, und die 1900 ein-setzenden Prognosen, dass das 20. Jahrhundert das amerikani-sche sein werde, finden eine eindrucksvolle Bestätigung.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs waren die USA die mit Abstand größte Wirtschaftsmacht der Welt, weil im 19. Jahrhundert auch der „Chinese Decline“ mit voller Wucht stattgefunden hatte. Zwischen 1870 und 1913 waren die USA nicht nur an Großbritannien, sondern auch an China vorbeigezogen. Der „Chinese Decline“ ist das eigentliche Gegenstück zum „American Rise“ im 19. Jahrhundert! Die USA waren 1913 wirtschaftlich mehr als doppelt so stark wie die größten Kriegsparteien des Ersten Weltkriegs Deutschland, Russland und Großbritannien. Der Zenit wirtschaftlicher Überlegenheit wurde 1950 mit 27,3 Prozent des Weltsozialprodukts erreicht. Der große Herausforderer Sowjetunion kam 1950 lediglich auf ein Drittel der US-Wirtschaftsleistung, wenn man den sowjetischen Zahlen trauen darf. Bis 1973 konnte die Sowjetunion gegenüber den USA zwar Boden gut machen, doch nicht, weil die eigene Position sich verbessert, sondern weil die relative Position der USA sich verschlechtert hat. Danach setzte der „Soviet Decline“ ein, ohne dass die Welt davon Notiz nahm. Seit 1973 bis zum Ende des 20. Jahrhunderts pendelte sich der US-Anteil bei etwa 22 Prozent ein. Damit ergibt sich der paradoxe Befund, dass der relative wirtschaftliche Abstieg der USA bereits zwischen 1950 und 1973 stattgefunden hat und nicht erst nach 1973, als die American Decline-Debatte einsetzte. Alle europäischen Mächte, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Frankreich, Russland, liegen seitdem fast gleichauf mit 3-4 Prozent, während die relativen Gewinner aus Asien, zuerst Japan, dann China und neuerdings Indien, kommen. Die drei letztgenannten hatten zusammen 1998 die USA bereits deutlich übertroffen. Bereits Ende des 20. Jahrhunderts war absehbar, dass Asien im Sinne des „ReOrient“²⁹ wieder in die Position von 1700 oder 1820 zurückkehrt.

²⁹ Andre Gunder Frank, ReOrient: Global Economy in the Asian Age. Berkeley 1998.

Noch deutlicher wird die relative Stärke der USA, wenn man nur die Weltindustrieproduktion berücksichtigt. Hier stieg der US-Anteil von 23,3 Prozent (1870) über 28,6 Prozent (1880), erstmals Großbritannien übertreffend, 35,8 Prozent (1913), 42,2 Prozent (1920er Jahre) bis auf etwa 50 Prozent (1950)³⁰. Die industrielle Hegemonie der USA im Jahre 1950 ist auch deshalb so bemerkenswert, weil zu diesem Zeitpunkt die Industrie in den USA selber gegenüber dem Dienstleistungssektor schon seit 20 Jahren rückläufig war. Die relative Dominanz im Tertiären Sektor gegenüber der Welt dürfte mehr als 50 Prozent betragen haben. Es kann mithin kein Zweifel bestehen, dass die USA in den 1940er bis 1950er Jahren wirtschaftlich gesehen eine wirkliche Hegemonialmacht waren.

Ein Blick zurück auf die absoluten Zahlen macht noch etwas anderes deutlich. Die wirtschaftliche Leistung des Fernen Ostens, wo etwa 1000 Jahre lang weit mehr als 50 Prozent des Weltsozialprodukts erzielt wurden, war absolut nach heutigen Maßstäben ganz gering. Eine dauerhafte Beherrschung der Welt wäre für Indien oder China gar nicht möglich gewesen. Die sieben großen Flottenexpeditionen des Admirals Zheng He Anfang des 15. Jahrhunderts waren ein außerordentlicher, aber punktueller Kraftakt, der eine dauerhafte Präsenz im Becken des Indik nicht zuließ. Das galt umso mehr für die chinesischen Expeditionen nach Zentralasien. Für die USA ist heute beides - dauerhafte maritime wie territoriale Präsenz weltweit - ohne weiteres möglich, weil hinter dem relativen Zuwachs ein exponentieller absoluter Zuwachs steht. Auch die portugiesischen, spanischen, niederländischen und selbst die britischen Anstrengungen, seit etwa 1500 die Welt zu beherrschen, lassen angesichts der dahinterstehenden absoluten wie der relativen Zahlen Zweifel aufkommen, welche Tiefenwirkung die europäische Herrschaft in den großen asiatischen Ländern damit tatsächlich gehabt hat. Für China waren es sicher nur Nadelstiche. Inso-

³⁰ Daten bei White 1996, S. 55/56.

fern bringt das Etikett von den USA als der ersten wirklichen Supermacht die Sache auf den Punkt.

Halten wir fest: Wenn das Schild „Workshop of the World“ für Großbritannien für das Jahr 1850 zutreffend war, dann haben die USA diese Rolle 100 Jahre später übernommen. Es spricht vieles dafür, dass sie derzeit auf China übergeht. Sie waren aber nicht nur Werkstatt, sondern auch Bauernhof und Bergwerk der Welt und damit deren Lieferant für Industriewaren, Nahrungsmitteln und Rohstoffe. Dies wiederum hieß, dass die USA mehr exportiert als importiert haben. Eine positive Handelsbilanz bedeutet wachsende Einnahmen gegenüber dem Ausland bzw. wachsende Verschuldung des Auslands gegenüber den USA, die durch den Export von US-Kapital ausgeglichen werden muss. Dass die USA seit 1917 zum Gläubiger der Welt geworden sind, findet nicht nur Erklärung in der Notwendigkeit, den Krieg der deutschen Kriegsgegner zu finanzieren, sondern auch in der positiven Handelsbilanz, die diesen Kapitalexport überhaupt ermöglichte. An dieser Stelle wird die politische, gar die militärische Bedeutung der Wirtschaftskraft deutlich. Egal, ob in einer Weltwirtschaftskrise oder in einer Kriegssituation: Wenn den Kriegsparteien die Mittel ausgehen, den Krieg weiter finanzieren zu können, bedarf es eines letzten Kreditgebers, der dies übernehmen kann. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg waren die USA dazu in der Lage, noch bevor sie selber aktiv in den Krieg eingetreten waren. Und sie waren in der Lage, die Rüstungsgüter zu produzieren und zu liefern, für deren Bezahlung sie zuvor die Kredite eingeräumt hatten. Die These ist nicht übertrieben, dass selbst ohne aktive Kriegsteilnahme Deutschland zweimal den Krieg verloren hätte, weil das überragende Wirtschaftspotential auf der anderen Seite stand.

Zwangsläufige Folge einer hohen Wirtschaftskraft sind hohe Staatseinnahmen, die sich potentiell in hohe Militärausgaben umsetzen lassen, mindestens kurzfristig durch Steuererhöhungen

oder über staatliche Kreditaufnahme enorm steigern lassen. In der Fähigkeit, das Industriepotential in kürzester Zeit für eine außerordentliche Rüstungsfertigung zu mobilisieren, ohne auf die Zulieferung anderer Länder angewiesen zu sein, lag die eigentliche Ursache, warum die USA im Verlauf des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zur eigentlichen Weltmacht aufgestiegen sind. Nicht die laufende Produktion, sondern die Fähigkeit, die Rüstungsgüterproduktion in kürzester Zeit vervielfachen zu können, noch dazu ohne Einbuße bei der zivilen Fertigung, war die eigentliche Machtressource. Wir erinnern uns. Nicht die Zahl der aktiven Kriegsgaleeren, sondern die Fähigkeit, in kürzester Zeit mit Hilfe des Arsenalts viele Kriegsgaleeren mobilisieren zu können, war die eigentliche Machtressource Venedigs.

Wie hat sich die wirtschaftliche in militärische Leistungsfähigkeit umgesetzt? Auch hierzu mögen einige absolute und relative Daten genügen. Aufgrund des Charakters als Seemacht wird eher die Flotte herangezogen. Der letzte große Schiffstyp, der der Logik Mahans folgte, war das Schlachtschiff der Dreadnought-Klasse, das in der Lage sein sollte, Seeschlachten zu gewinnen. Ein Schiff dieser Klasse war erstmals 1906 von Großbritannien in Dienst gestellt worden, hatte aber weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg eine kriegsentscheidende Rolle gespielt. Alle Seemächte, ob tatsächlich oder nur ambitioniert, waren Mahan gefolgt, im Grunde aber nur einer gewaltigen Fehlallokation von Ressourcen aufgesessen. Als Indikator für einen, wenn auch fehlgeleiteten Machtaufwand, eignen sich die Schlachtschiffe dennoch.

Tab. 13.7: Schlachtschiffe der Dreadnought-Klasse 1906–1945

	USA	GB	Deutschland	Japan	gesamt
1906	-	1	-	-	1
1910	4	10	5	-	19
1914	10	34	22	4	78
1917	15	44	25	9	106
1920	18	39	-	10	78
1925	18	21	-	10	58
1930	15	20	-	9	56
1935	15	15	2	9	49
1940	15	15	5	10	55
1944	25	14	2	5	49
1945	20	14	-	1	40

Quelle: Modelski/Thompson 1988, S. 78.

Großbritannien vermochte letztmalig bei diesem Schiffstyp eine überragende, kurzzeitig sogar eine hegemoniale Position zu erringen. Zwischen 1906 und 1917 stellte es 44 Schlachtschiffe der Dreadnought-Klasse in Dienst, während das rivalisierende Deutschland es zwar auf beachtliche 25 Einheiten dieses Typs brachte, die aber fast den ganzen Krieg über vor Anker lagen. Als sie am Ende doch noch auslaufen sollten, löste der Befehl den Matrosenaufstand in Kiel und die Novemberrevolution aus. Nach der Kapitulation wurde die deutsche Hochseeflotte in Scapa Flow interniert und hat sich dort selber versenkt.

Weil Großbritannien nach Kriegsende die Zahl seiner Schlachtschiffe deutlich reduzieren und dieser Abrüstung 1922 mit dem Washingtoner Flottenabkommen auch Tribut zahlen musste, konnten Japan und die USA aufholen. 1935 schlossen die USA auf und lagen ab 1942/43 vor Großbritannien und vor allem vor Japan, das 1941 die Pazifik-Flotte in Pearl Harbour herausgefordert

hatte. Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die USA bei diesem Schiffstyp mit 20 von 40 Einheiten weltweit eine klare Hegemonialposition, obwohl der strategische Wert von Schlachtschiffen längst obsolet geworden war. Die verbliebenen Schlachtschiffe wurden deshalb nach 1945 komplett ausgemustert. Aussagekräftiger als Indikator und in der Sache auch viel wichtiger ist deshalb eine Aufstellung, die die neuen „Hauptkampfschiffe“ berücksichtigt.

Tab. 13.8: US-Kriegsschiffe 1899–1990

	Flugzeugträger	Atom-U-Boote	Nukleare Sprengköpfe ^a
1899	-	-	
1905	-	-	
1909	-	-	
1915	-	-	
1920	-	-	
1925	1	-	
1930	3	-	
1935	4	-	
1940	6	-	
1945	23	-	
1950	27	-	
1955	19	1	
1960	13	8	48
1965	15	22	528
1970	15	46	1232
1975	15	64	4688
1980	13	74	5040
1985	13	88	5728
1990	15	88	4448

^{a)} Schätzungen

Quelle: Modelski/Thompson 1988, S. 238, 239

Im Zweiten Weltkrieg hatte sich herausgestellt, dass ein ganz neuer Schiffstyp, der Flugzeugträger, zum eigentlichen Rückgrat der Marine geworden war und es bis heute geblieben ist. Nicht die Gefechte der Schlachtschiffe, sondern die Gefechte

der Flugzeugträger, z.B. bei Midway, waren kriegsentscheidend im Pazifik, da es nicht nur um die Hoheit zur See, sondern auch in der Luft ging. 1925 stellte die US-Marine den ersten Flugzeugträger in Dienst. Die hohe Leistungsfähigkeit der Werften wird deutlich aus dem Umstand, dass die Zahl der einsatzbereiten Flugzeugträger während des Krieges in nur fünf Jahren von 6 (1940) auf 23 (1945) gesteigert werden konnte. Die USA konnten Verluste problemlos ausgleichen, der Gegner Japan im Pazifik nicht. Seit dem Gipfel des Jahres 1950 mit 27 Einheiten war ein Rückgang auf 15 bis 1990 zu verzeichnen. Dies entspricht aber der Logik, sich nach dem Krieg zurückziehen zu können, zumal die Kampfkraft der Träger seitdem erheblich gesteigert wurde. 15 Träger der Nimitz-Klasse mit den dazugehörigen Begleitschiffen sind ausreichend, eine globale Rolle zu spielen.

Der Flugzeugträger wurde seit den 1960er Jahren ergänzt durch einen neuen Typ von U-Booten. U-Boote waren im Ersten und Zweiten Weltkrieg die strategische Antwort der Landmacht Deutschland auf die britische Überlegenheit der Flotte, zumal die deutsche Marine nur einen ganz beschränkten Zugang zur Hohen See besitzt. Die Eroberung Norwegens und Frankreichs diente auch dem Ziel, den Zugang zu den Weltmeeren zu verbreitern.

Aus britischer oder US-amerikanischer Sicht hingegen hatte die U-Boot-Waffe bis in die 1950er Jahre keinen besonderen Vorrang. Das änderte sich erst im Nuklearzeitalter und der Entwicklung von Fernraketen. Um nach dem Sputnik-Schock des Jahres 1957 auf einen atomaren Angriff der Sowjetunion antworten und so eine abschreckende Wirkung behaupten zu können, war es nötig, das eigene Nuklearpotential unverletzlich zu machen. Neben der Verbunkerung der Raketen und der Taktik, einen Teil der Strategischen Bomberflotte mit Atombomben bestückt permanent in der Luft zu halten, lag die langfristig sicherste Lösung darin, die eigenen Atomraketen auf U-Booten zu stationie-

ren. Diese kreuzten zuerst in der Nähe der sowjetischen Küste, operierten, seitdem sie auch Interkontinentalraketen abschießen können, weltweit und können, da nuklear angetrieben, bis zu einem Jahr unter Wasser bleiben. Während also die Flugzeugträger den Kern der US-Interventionsmacht und damit der Offensivkraft stellen, bilden die nuklearen U-Boote den Kern der Abschreckung und damit der Defensivmacht. Nuklear bezieht sich hier sowohl auf die Antriebsenergie wie die Bewaffnung. Seit 1960 setzte in diesem Segment eine rasche Aufrüstung ein. Bis zum Ende des Kalten Krieges verfügten die USA über 88 Boote dieses Typs, deren Wirkung durch die Vervielfachung der Sprengköpfe noch weiter gesteigert wurde. Hegemonietheoretisch entscheidend geht es auch bei den neuen Hauptkampfschiffen um die relative Verteilung.

Tab. 13.9: Flugzeugträger 1917–1990

	USA	GB	Japan	SU	ges.
1917	-	1	-	-	1
1920	-	4	-	-	4
1925	1	4	1	-	6
1930	3	6	3	-	13
1935	4	6	3	-	14
1940	6	7	7	-	21
1945	23	8	2	-	32
1950	27	6	-	-	34
1955	19	5	-	-	25
1960	13	3	-	-	17
1965	15	3	-	-	21
1970	15	2	-	-	19
1975	15	1	-	-	18
1980	13	-	-	-	13
1985	13	-	-	-	13
1990	15	-	-	1 ^a	15

^{a)} 1991

Quelle: Modelski/Thompson 1988, S. 331–332

Bis 1940 gab es mit Großbritannien und Japan zwei den USA ebenbürtige Mächte mit sechs bzw. sieben Flugzeugträgern. Man erkennt, warum Japan es überhaupt wagen konnte, die USA in Pearl Harbour anzugreifen in der Hoffnung, die beiden dort stationierten Flugzeugträger durch den Überraschungsangriff auszuschalten und so im Pazifik zumindest vorübergehend eine strategische Überlegenheit zu gewinnen. Das Manöver schlug bekanntlich fehl, weil beide Flugzeugträger zum Zeitpunkt des Angriffs nicht im Hafen lagen. Angegriffen wurden nur Schlachtschiffe, die ihre strategische Bedeutung schon verloren hatten. Der Umstand gibt Anlass zur Spekulation, dass die US-Regierung doch vorgewarnt war. Sie sei zwar bereit gewesen, einen Teil der Schlachtschiffe zu opfern, um die Öffentlichkeit für den Kriegseintritt zu mobilisieren, nicht aber, die Flugzeugträger zu riskieren.³¹

Die Überlegenheit gegenüber Japan wird allein schon durch den Umstand demonstriert, zwischen 1940 und 1945 die Zahl der Flugzeugträger von 6 auf 23 zu erhöhen, selbst ein Verlust der beiden Träger in Pearl Harbour rasch zu verschmerzen gewesen wäre, während Japan umgekehrt bei Kriegsende nur noch über 2 der anfänglich 7 Träger verfügte und im Verlauf des Krieges keinen neu in Dienst stellen konnte. Die japanische war ähnlich der deutschen Rüstungsindustrie weit davon entfernt, mit der US-amerikanischen mithalten zu können. Das Projekt eines einzigen deutschen Flugzeugträgers musste unvollendet während des Krieges aufgegeben werden. Auch Großbritannien war nicht annähernd in der Lage, seine Trägerflotte wie die USA auszubauen. Entscheidend war wie so oft nicht die bloße Stückzahl eines Waffensystems, sondern die Fähigkeit, im Bedarfsfall die Stückzahl auf eine entscheidende Größenordnung ausdehnen zu können. Zwar haben die USA auch bei den Trägern nach 1945 abgerüstet, da aber Japan ganz ausgeschieden ist und Großbritan-

³¹ Zu dieser Kontroverse vgl. Robert B. Stinnett, Pearl Harbor. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ. Frankfurt 2003.

nien wirtschaftlich bei einem so kostspieligen Projekt wie dem Bau eines Flugzeugträgers nicht mehr mithalten konnte, erreichten die USA trotz absoluten Rückgangs seit 1980 mit ihren 13 Trägern sogar die 100 Prozent-Marke. Nicht der Indikator obsolet gewordener Schlachtschiffe, sondern der Indikator der Flugzeugträger unterstreicht, dass Großbritannien 1945 keine Seemacht erster Ordnung mehr war und dass die aufstrebende Seemacht Japan zu kurz gesprungen ist. Hinzu kam noch der Mangel an Treibstoff, da Japan über keine eigene Erdölförderung verfügt, während Erdöl in den USA in den 1940er Jahren im Überfluss vorhanden war. Erst 1990, als der Ost-West-Konflikt gerade vorbei war, vermochte die Sowjetunion den ersten Träger in Dienst zu stellen! Der erste chinesische Flugzeugträger ist derzeit im Bau.

Bei den nuklearen Angriffs-U-Booten sah die Relation ganz anders aus, weil die Sowjetunion als Landmacht nur über begrenzten Zugang zur Hohen See verfügt. Die vier Ausgänge der Ostsee, des Schwarzen Meeres, des Weißen Meeres und des Ochotskischen Meeres lassen sich leicht blockieren. Ähnlich wie Deutschland setzte man deshalb auf die U-Boot-Waffe.

Tab. 13.10: Nukleare Angriffs-U-Boote 1955-1990

	USA	SU	GB	Frankreich	gesamt
1955	1	-	-	-	1
1960	8	15	-	-	23
1965	22	28	-	-	50
1970	46	55	3	-	104
1975	64	76	7	-	147
1980	74	96	10	-	180
1985	88	117	14	2	221
1990	88	105	17	4	214

Quelle: Modelski/Thompson 1988, S. 333

Bei diesem Schiffstyp begann die Indienststellung zwar 1955 in den USA, die Landmacht Sowjetunion konnte aber nicht nur mithalten, sondern seit 1960 bis zu ihrem Ende zumindest einen quantitativen Vorsprung behaupten. Auch Großbritannien (seit 1970) und sogar Frankreich (seit 1985) haben ihren Status als Atommacht durch die seegestützte Zweitschlagsfähigkeit untermauert. 88 US-U-Booten standen 1990 105 sowjetische, 17 britische und 4 französische gegenüber. Allerdings ist der strategische Stellenwert ein anderer als im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Hinter den mit interkontinentalen Atomraketen bestückten U-Booten steht die Erhaltung der Zweitschlagsfähigkeit und damit die Logik der Abschreckung. Hier lag der Kern des atomaren Patts zwischen den Supermächten seit den Erfahrungen der Kubakrise.

In der monopolistischen Verfügung über Flugzeugträger erscheint eine andere Logik. Nur die USA sind in der Lage, die Weltmeere zu beherrschen, die Schifffahrtslinien zu sichern, die Rohstoff-, insbesondere die Ölversorgung aus Krisengebieten wie am Persischen Golf zu garantieren. Nur die USA sind in der Lage, weltweit militärisch zu intervenieren, indem sie ihre schwimmenden Flugplätze überall dort in Stellung bringen, wo es gilt, die Luftüberlegenheit zu sichern, militärische Ziele am Boden zu bekämpfen und Interventionstruppen zu unterstützen. Damit ergeben sich strukturelle Parallelen zur portugiesischen Galeone, die Anfang des 16. Jahrhunderts in asiatischen Gewässern aufkreuzte, um den Estado da India zu erzwingen oder 100 Jahre später zur niederländischen Fleute in der Karibik, vor Brasilien oder in der Malacca-Strasse, um den Mare clausum-Anspruch des Tordesillas-Vertrages zu brechen. Obwohl die Portugiesen und später die Niederländer den Indern oder Chinesen wirtschaftlich weit unterlegen waren, vermochten sie ihre überlegenen Kanonen vor Ort zu transportieren, zumindest die Seeverbindungen zu kontrollieren, die Küstenstädte zu

beschießen und die Häfen zu blockieren. Einer ähnlichen Logik folgen heute die US-Flugzeugträger.

Zwar besitzt die Armee für eine Hegemonialmacht nur nachrangige Bedeutung, dennoch sei noch ein abschließender Blick auf die Truppenstärke im internationalen Vergleich geworfen.

Tab. 13.11: Armeestärke 1900-1989 in 1000 Mann

	USA	Frankreich	GB	Deutschland	Russland/SU	Japan
1900-1904	85	673	276	495	1.000	577
1905-1909	75	678	257	601	1.225	625
1910-1914	94	1.075	1.447	2.296	1.282	498
1915-1919	1.252	2.128	2.072	2.075	5.050	371
1920-1924	171	675	251	125	3.014	244
1925-1929	138	588	230	100	617	250
1930-1934	139	626	208	300	1.093	325
1935-1939	204	1.650	652	2.075	2.150	544
1940-1944	4.269	155	2.013	4.066	4.840	3.118
1945	8.268	500	2.920	-	6.289	5.500
1950	593	525	527	-	3.200	-
1955	1.109	565	523	-	2.425	-
1960	873	812	317	230	2.100	-
1965	969	350	208	246	2.000	172
1970	1.323	328	198	281	2.000	169
1975	767	332	178	294	1.800	154
1980	772	321	176	308	1.825	155
1985	648	300	163	314	1.995	155
1989	776	281	158	320	1.900	156

Quelle: Rasler/Thompson 1994, S. 197-198.

Gemessen an den großen Landmächten Frankreich, Deutschland, Russland, selbst anderer Seemächte wie Großbritannien oder Japan war die US-Armee bis 1914 allenfalls drittrangig. Was hätte sie auch für eine Funktion haben sollen? Das änderte sich erst im Verlauf des Ersten Weltkriegs. Innerhalb kürzester

Zeit konnte die Armee von knapp 100.000 Mann auf 1,25 Mio. aufgestockt werden und im Sommer 1918, in Frankreich in Stellung gebracht, das entscheidende Übergewicht auf alliierter Seite ausmachen, obwohl die zahlenmäßig viel größere russische Armee (gut 5 Millionen) bereits ausgeschieden war. Die Reduzierung der Armee nach 1919 war deshalb auch viel radikaler als die der Marine. 1941 wiederholte sich der Vorgang in noch dramatischerer Weise. Über die Einführung der Wehrpflicht wurde eine professionelle Friedensarmee von 200.000 Mann (1939) auf 8,3 Mio. (1945) aufgestockt. Sie war in der Lage, zwei Kriege gleichzeitig in Europa und in Asien zu führen und zu gewinnen, obwohl Deutschland und Japan zusammen am Ende 9,5 Mio. Mann unter Waffen hielten, und sie war in der Lage, die besiegten Länder auch zu besetzen.

Hier geht es nicht um die Analyse des Zweiten Weltkrieges, sondern um das strukturelle Argument. Nur die USA konnten 1942-1945 aus dem Stand heraus 8 Mio. Mann mobilisieren, diese mit modernen Waffen ausrüsten, mit Nachschub ohne Ende versorgen, die Soldaten, flankiert von einer überlegenen Marine und Luftwaffe, nach Europa und Asien transportieren und vor Ort die Entscheidung herbeiführen lassen. Umgekehrt wäre die deutsche oder japanische Armee allein an der Logistik gescheitert. Auch wenn der Rückgang nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ganz so radikal war wie nach dem Ersten Weltkrieg, weil die USA die Rolle der Weltmacht jetzt angenommen hatten und viele Soldaten im Ausland stationiert blieben und weil der Korea- wie der Vietnamkrieg immer wieder zu einem Anstieg geführt haben, so genügte doch eine im Vergleich zur Sowjetunion in Friedenszeiten bescheidene Armee von 600-700.000 Mann gegenüber deren 2 Mio. Die quantitative Unterlegenheit gegenüber der sowjetischen Armee konnte locker durch die Überlegenheit der anderen Waffengattungen kompensiert werden.

Tab. 13.12: Seemacht versus Landmacht 1950

	Marine	Armee
USA	27 Flugzeugträger	593.000 Mann
SU	0 Flugzeugträger	3,2 Mio. Mann

Der Unterschied zwischen der Seemacht USA und der Landmacht Sowjetunion im Jahre 1950, auf dem ersten Höhepunkt des Kalten Krieges, könnte nicht deutlicher sein. Den knapp 600.000 Mann der US-Armee standen 3,2 Mio. der sowjetischen Armee, den 27 Flugzeugträgern der US-Marine kein einziger sowjetischer gegenüber. Während die Masse der sowjetischen Truppen im eigenen Land bzw. in unmittelbar angrenzenden osteuropäischen Ländern stationiert war, lagen die Garnisonen der US-Truppen in Europa und Asien.

13.4 Das amerikanische Jahrhundert: Der erste Machtzyklus 1898-1990

Der erste Machtzyklus der USA, vielfach als das „Amerikanische Jahrhundert“ apostrophiert, dauerte etwa 90 Jahre und reichte von 1898-1990³². Ein exzellenter Indikator, der diesen ersten Machtzyklus und die dazugehörigen Unterströmungen einer eher isolationistischen oder eher internationalistischen Grundposition abbildet, ist der relative Aufwand, den die USA für ihr Militär getätigt haben. Dieser lässt sich berechnen durch die Höhe des Verteidigungshaushalts (ab 1947 Department of Defense, davor Summe aus Heeres- und Marineministerium) in Relation zum BSP über den Zeitraum von 1897 (Jahr vor dem Krieg mit

³² Zu dieser Periode grundlegend Frank Ninkovich, *The Wilsonian Century: U.S. Foreign Policy since 1900*. Chicago 1999; Donald W. White, *The American Century: The Rise and Decline of the United States as a World Power*. New Haven 1996; David A. Lake, *Etangling Relations. American Foreign Policy in It's Century*. Princeton 1999.

Spanien) bis 1990 (Ende des Ost-West-Konflikts). Der Indikator soll anzeigen, wie hoch in den einzelnen Perioden die Bereitschaft war, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in militärische Leistungsfähigkeit umzusetzen. Geringes militärisches Engagement ausgedrückt in einer Quote von bis zu zwei Prozent, soll ein Indikator für Isolationismus, hohes militärisches Engagement, ausgedrückt in einer Verteidigungsquote von bis zu fünf Prozent, ein Indikator für Internationalismus sein. Übersteigt die Quote die Fünf Prozent-Marke deutlich, drückt sie nicht mehr nur eine Grundposition, sondern Kriegsbereitschaft aus. Vergleicht man die Entwicklung der Quote mit den absoluten Werten der Militärausgaben, die im Untersuchungszeitraum von 0,8 Mrd. US\$ (1897) auf 299,3 Mrd. US\$ (1990) gestiegen sind, wird klar, dass die relative Belastung zwar eine Aussage macht über die Bereitschaft zum militärischen Engagement in Übersee. Der absolute militärische Aufwand hingegen ist eher ein Indikator, der das internationale Gewicht der USA zum Ausdruck zu bringt.

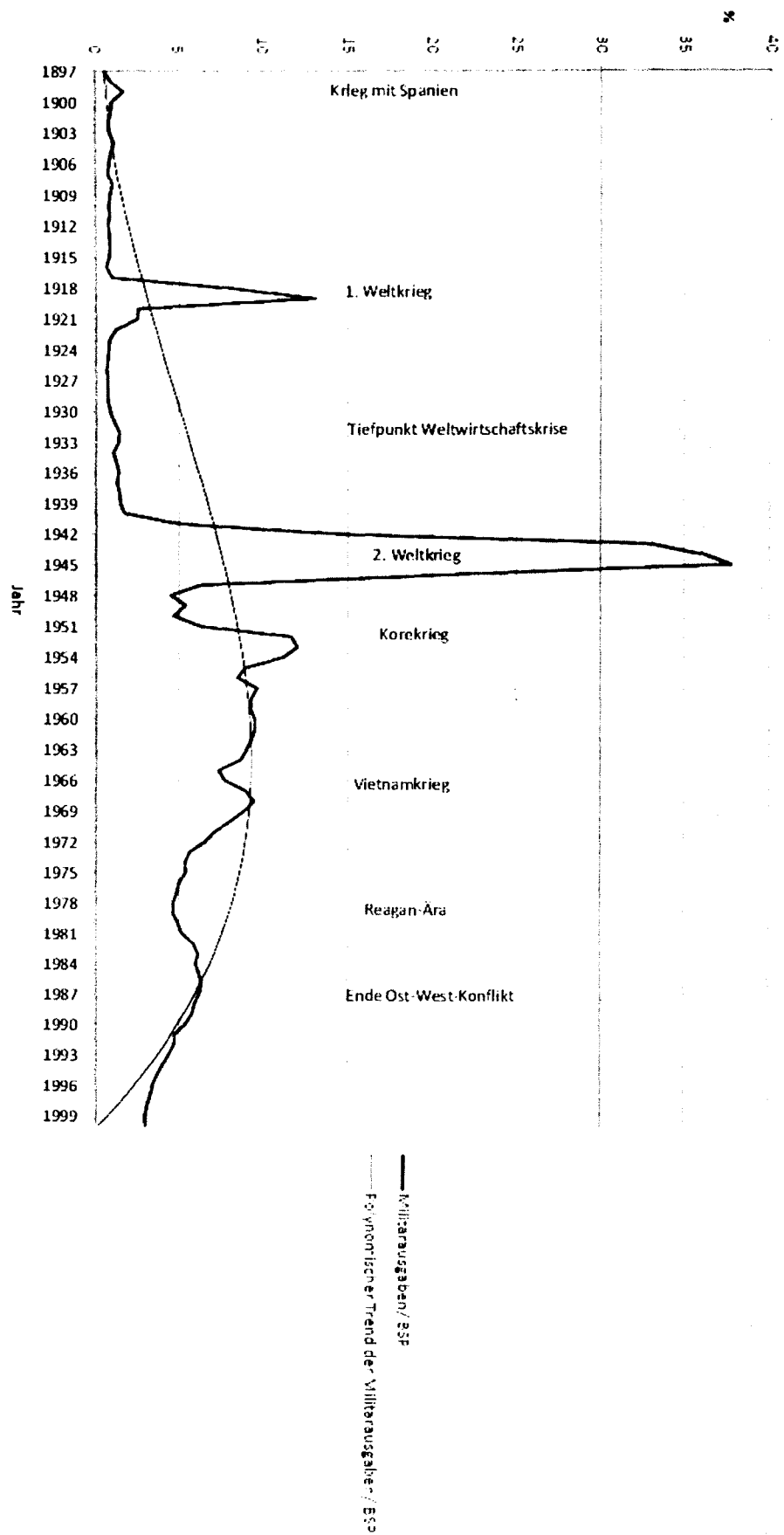
Tab.13.13: BSP und Militärausgaben 1897-1990 (laufende Preise)

Jahr	BSP	Mrd. US\$ Militärausg. ^a	Quote	Jahr	BSP	Mrd. US\$ Militärausg. ^a	Quote
1897	14,6	0,084	0,58	1946	211,1	43,151	20,44
1898	15,4	0,151	0,98	1947	233,3	14,769	6,33
1899	17,4	0,294	1,69	1948	259,4	11,783	4,54
1900	18,7	0,191	1,02	1949	258,1	13,988	5,42
1901	20,7	0,205	0,99	1950	287,0	13,440	4,68
1902	21,6	0,180	0,83	1951	329,0	20,857	6,34
1903	22,9	0,200	0,87	1952	347,0	40,536	11,68
1904	22,9	0,268	1,17	1953	365,4	44,014	12,05
1905	25,1	0,244	0,97	1954	363,1	40,626	11,19
1906	28,7	0,248	0,86	1955	397,5	35,630	8,96
1907	30,4	0,247	0,81	1956	419,2	35,693	8,51
1908	27,7	0,294	1,06	1957	401,0	38,719	9,66
1909	33,4	0,308	0,92	1958	428,0	39,917	9,33
1910	35,3	0,303	0,85	1959	482,7	44,603	9,24
1911	35,8	0,317	0,89	1960	502,6	48,1	9,53
1912	39,4	0,320	0,81	1961	520,1	49,6	9,54
1913	39,6	0,335	0,85	1962	560,3	52,3	9,33
1914	38,6	0,348	0,90	1963	590,5	53,4	9,04
1915	40,0	0,344	0,86	1964	632,4	54,8	8,67
1916	48,3	0,337	0,70	1965	684,9	50,6	7,39
1917	60,4	0,618	1,02	1966	749,9	58,1	7,75
1918	76,4	6,149	8,05	1967	793,9	71,4	8,99
1919	84,0	11,011	13,11	1968	864,2	81,9	9,48
1920	91,5	2,358	2,58	1969	929,1	82,5	8,88
1921	69,6	1,768	2,54	1970	1.010,7	81,7	8,08
1922	74,1	0,935	1,26	1971	1.102,7	78,8	7,15
1923	85,1	0,730	0,86	1972	1.212,8	79,2	6,53
1924	84,7	0,689	0,81	1973	1.359,3	76,7	5,64
1925	93,1	0,717	0,77	1974	1.472,8	79,3	5,38
1926	97,0	0,677	0,70	1975	1.598,4	86,5	5,41
1927	94,9	0,688	0,72	1976	1.782,8	89,6	5,03
1928	97,0	0,732	0,75	1977	1.990,5	97,2	4,88
1929	103,1	0,791	0,77	1978	2.249,7	104,5	4,65
1930	90,9	0,839	0,92	1979	2.508,2	116,3	4,64
1931	75,9	0,840	1,11	1980	2.708,0	134,0	4,95
1932	58,3	0,834	1,43	1981	3.030,6	157,5	5,20
1933	55,8	0,784	1,41	1982	3.149,6	185,3	5,88
1934	64,9	0,706	1,09	1983	3.405,0	209,9	6,16
1935	72,2	0,924	1,28	1984	3.777,2	227,4	6,02
1936	82,5	1,147	1,39	1985	4.038,7	252,7	6,26
1937	90,2	1,185	1,31	1986	4.268,6	273,4	6,40
1938	84,7	1,240	1,46	1987	4.539,9	282,0	6,21
1939	90,4	1,368	1,51	1988	4.900,4	290,4	5,93
1940	100,5	1,799	1,79	1989	5.250,8	303,6	5,78
1941	125,3	6,252	4,99	1990	5.522,2	299,3	5,42
1942	159,6	22,905	14,35				
1943	192,6	63,412	32,92				
1944	210,6	75,976	36,08				
1945	213,4	80,537	37,74				

^{a)} Bis 1953 Department of the Army bzw. War Department + Department of the Navy + Department of the Air Force

Quelle: Statistical Abstract of the United States, div. Jahrgänge; Wattenberg 1976; eigene Berechnungen.

Abb. 13.9: Anteil der Militärausgaben am BSP in Prozent 1897–2000



Die Graphik über den Verlauf der Militärquote offenbart ein niedriges Niveau bis 1940 und ein hohes Niveau seitdem, unterbrochen von hohen Ausschlägen, die durch die diversen Kriege der USA seit 1898 bedingt sind.³³ Durch die Berechnung der polynomischen Trendlinie bekommt der relative militärische Aufwand ein zyklisches Aussehen, wobei sich der Scheitelpunkt des Zyklus auf die 1960er Jahre verschiebt. Von 1897 bis 1940 bewegte sich das Militärbudget in der Größenordnung von etwa 1 Prozent des BSP, nur unterbrochen von einem kleinen Ausschlag zur Finanzierung des kurzen Kriegs mit Spanien im Jahre 1898, dem anschließenden längeren Kolonialkrieg auf den Philippinen und dem drastischen Anstieg der Quote 1917/18 auf stattliche 13 Prozent, als die USA verspätet in den Ersten Weltkrieg eintraten. Danach sank die Quote genau so abrupt wieder auf das Vorkriegsniveau, ein deutlicher Beleg für die Rückkehr zum Isolationismus. Bis 1940 ist ein kaum merklicher Anstieg auf knapp 2 Prozent zu verzeichnen, der durch die Weltwirtschaftskrise, die 1934 in den USA ihren dramatischen Tiefpunkt erreichte, verzögert wurde. Die Explosion der Militärausgaben in den Jahren 1941-1945 von 1,8 Mrd. (1940) auf 80,5 Mrd. (1945) ließ die Quote auf sage und schreibe fast 38 Prozent ansteigen. Beide Zahlen machen die außerordentliche Mobilisierungsfähigkeit (Quote) und das große Gewicht (absolute Höhe) deutlich. Beide konnten die USA in die Waagschale werfen, um den Zweiten Weltkrieg zugunsten der Alliierten zu entscheiden. 1919 reichte der Einsatz von 11 Mrd. US\$, um zu dem gleichen Ergebnis zu kommen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der enorme Anstieg der Rüstungsausgaben jeweils wie ein grandioses Konjunkturprogramm gewirkt hat, das durch staatliche Kreditaufnahme finanziert wurde. Das aus dem Rüstungsboom resultierende außerordentliche Wirtschaftswachstum hat wiederum dämpfend auf die Quote der

³³ Eine ähnliche Berechnung für den Zeitraum 1947-1998 findet sich bei Dittgen 1998, S. 306.

Militärausgaben gewirkt. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und militärische Anforderungen haben sich gegenseitig verstärkt. Nicht in der Stärke eines stehenden Heeres oder einer großen Flotte, die unterhalten wird, sondern in der Fähigkeit, in kürzester Zeit eine gewaltige Armee, Marine und im Zweiten Weltkrieg auch Luftwaffe mobilisieren zu können, in der Potenz zur Machtentfaltung und nicht in den unterhaltenden Machtmitteln drückt sich die eigentliche Macht der USA aus.

Wie nach dem Ersten Weltkrieg war der Rückgang der Militärausgaben und damit auch der Quote nach dem Zweiten Weltkrieg drastisch. Der Unterschied zur Zwischenkriegszeit bestand darin, dass die US-Wirtschaft und damit die Bezugsgröße zu den Militärausgaben auch nach 1945 weiter wuchs und dass eine Rückführung der Quote auf bloß ein Prozent aufgrund der neuen Weltmachtrolle des Kalten Krieges und des Rüstungswettlaufs mit der Sowjetunion nicht mehr möglich war. Alles zusammen verlangte seitdem dauerhaft eine Quote von immerhin 4-5 Prozent. Das Thema Isolationismus war damit ad acta gelegt. Seit 1945 waren die USA internationalistisch, selbst wenn das Ausmaß des Internationalismus Schwankungen unterlag, die gleichermaßen innen- wie außenpolitisch bedingt waren. Die weitere Eskalation des Ost-West-Konflikts verlangte zusätzliches militärisches Engagement. Im Koreakrieg und im Vietnamkrieg wurden neue Gipfel der Quote von 12 Prozent (1954) und 9,5 Prozent (1968) erreicht. Mit dem Abzug aus Vietnam und der Wirkung der Rüstungskontrollverhandlungen war eine deutliche Absenkung in der Carter-Ära auf unter 5 Prozent (1979) möglich. Mit Antritt der Reagan-Administration und der letzten Runde im Kalten Krieg, dem sog. Zweiten Kalten Krieg, ist ein letzter Anstieg auf 6,5 Prozent (1986) zu verzeichnen. Danach sank die Kurve bis 1990 auf 5 Prozent, obwohl die Militärausgaben zwischen 1973-1989 beständig von 76,7 auf 303,6 Mrd. US\$ gestiegen sind. Damit war der Abschwung aber noch nicht zu Ende. Der eigentliche Tiefpunkt von nur noch 3 Prozent wurde erst zur

Jahrtausendwende erreicht, weil die Militärausgaben bei etwa 300 Mrd. US\$ eingefroren wurden, zugleich die Bezugsgröße BSP weiter anstieg. Erst nach den Anschlägen des 11. September 2001 sollte die Quote wieder zulegen. Anhand dieses Indikators reicht der erste Machtzyklus nicht bis 1990, also dem Ende des Ost-West-Konflikts, sondern bis 2001. Bush Senior und Clinton konnten tatsächlich zehn Jahre lang eine „Friedensdividende“ kassieren, die sich in der Halbierung der relativen Belastung der US-Volkswirtschaft durch das Militärbudget geäußert hat.

Der Verlauf der Kurve über den gesamten Zeitraum zeigt ein fast symmetrisches Bild. Der Zenit wurde exakt zur Halbzeit 1942-1945 erreicht. Die Abschwungphase ist ausgeprägter als die Aufschwungphase, weil der Isolationismus bis 1941 als Bremse und der Internationalismus nach 1945 als Verstärker gewirkt haben. Isolationismus war nach 1945 nicht mehr möglich. Der Internationalismus forderte seinen militärischen Preis. Dass die Berechnung der Trendlinie eine Verschiebung des Zeniths in die 1960er Jahre markiert, findet seine Erklärung im Isolationismus der Zwischenkriegszeit und in der zehnjährigen Friedensdividende nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Von einer Rückkehr zum Isolationismus zu sprechen, verbietet sich allerdings angesichts eines Militärhaushalts von etwa 300 Mrd. US\$.

Trotz der Symmetrie des relativen militärischen Aufwands verlief der tatsächliche Verlauf des ersten Machtzyklus keineswegs so gradlinig wie es die szientistische Darstellung nahelegt. Dies liegt daran, dass die relative Position der USA nicht nur bestimmt wurde durch die internationalen Konkurrenten, die absteigende Führungsmacht Großbritannien und die gescheiterten Anläufe der Herausforderer Deutschland (1918 und 1945) und Japan (1945) und Sowjetunion (1945-1990), sondern hing auch ab von der Innenpolitik. Im gesamten Zeitraum standen sich nicht nur die zwei Grundpositionen des Internationa-

lismus und Isolationismus gegenüber, sondern in Wirklichkeit vier, da beide eine konservative und eine liberale Variante aufweisen. Alle vier sind Ausdruck der alten Debatte, die bis die Gründungsphase der USA zurückreicht. Die eine Frontlinie verläuft zwischen Exekutive und Legislative, wobei der Präsident eher für Internationalismus und der Kongress eher für Isolationismus stehen. Die andere ist parteipolitisch aufgeladen, wobei heute die Republikaner außenpolitisch eher eine realistische und die Demokraten außenpolitisch eher eine idealistische Grundlinie verfolgen. Noch komplexer wird die Angelegenheit, weil der Präsident je nach Bühne mal als „Anführer“ der USA, mal als „Hegemon“ des westlichen Bündnisses, mal als „Imperator“ des „American Empires“ auftritt, Rollen, die selbst ein US-Präsident nicht widerspruchsfrei spielen kann.

In Anlehnung an Gebhard Schweigler³⁴ lässt sich eine Vierfeldertafel konstruieren, die das Auf und AB im Außenverhalten sowohl der Aufstiegs- wie der Abstiegsphase des ersten Zyklus aufklären hilft.

Abb. 13.14: Grundmuster der außenpolitischen Orientierung der USA im 20. Jhd.

	Republikaner (Realismus)	Demokraten (Idealismus)
America first	Fortress America	Great Society
America as No. 1	Battleship America	Global Society

Allen vier Positionen gemeinsam ist das Bewusstsein einer Überlegenheit der USA gegenüber der übrigen Welt in **jeder** Hinsicht. Diese kommt in den beiden Begriffen „America first“ und „America as No. 1“ zum Ausdruck. Trotz der semantischen Ver-

³⁴ Gebhard Schweigler, Außenpolitik. In: Lösche 2008, S. 341-470, hier S. 350 ff.

wandtschaft meinen sie etwas Unterschiedliches. „America first“ heißt, dass erst die amerikanischen Belange zu bedienen sind und erst dann die der übrigen Welt. Hinter diesem „Egoismus“ steht allerdings auch, dass nur die USA in der Lage sind, autonom, wenn es sein muss, sogar autark, zu handeln. Die Ressourcen sind vorhanden, dass beide, die eigenen und die Bedürfnisse der Welt, wenn es sein muss, erfüllt werden können. „America as No. 1“ heißt hingegen, dass die USA die Führungsmacht in der Welt sind und nicht nur aus eigener Kraft in der Lage sind, ihre Interessen durchzusetzen, sondern auch mit dem Anspruch auftreten, das Modell für die Welt zu sein. „America first“ entspricht eher isolationistischem, „America as No. 1“ eher internationalistischem Denken.

Die republikanische Interpretation von „America first“ führt zum Begriff „Fortress America“. Dahinter steht ein konservativer Isolationismus, der in der radikalen Version die Abwehr aller schädlichen Einflüsse von außen und die Nichteinmischung in die Konflikte der Welt, insbesondere in Europa, meint. Diese Grundposition zu erschüttern, bedarf massiver Herausforderungen von außen, wie paradigmatisch durch den japanischen Angriff auf Pearl Harbour geschehen. Die Versenkung der Lusitania durch ein deutsches U-Boot im Ersten Weltkrieg, die Formosa (Taiwan)-Krise 1955, der Sputnik-Schock 1957, die Kuba-Krise 1963, der Tonking-Zwischenfall 1964 oder der Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 waren ähnlich mobilisierende Ereignisse, die den Kongress veranlassten, dem Präsidenten große Handlungsfreiheit einzuräumen. Die bis heute verfolgte Weigerung, sich internationalen Konventionen zu unterwerfen, ist Ausdruck des konservativen Isolationismus, der immer die Facette des Unilateralismus in sich birgt. Im Innern bedeutet diese Position konsequenterweise, dass jeder für seine Geschicke selber verantwortlich ist.

Die demokratische Interpretation von „America first“, eine Art idealistischer Isolationismus (eigentlich eine *contradictio in adjecto*) führt zum Begriff „Great Society“. Vorrang haben soll die Entwicklung der US-amerikanischen Gesellschaft vor der Entwicklung der Welt. Im Zweifelsfalle soll Sozialpolitik (Butter) Vorrang haben vor Rüstungspolitik (Kanonen). Hier trifft sich ein pazifistischer Neutralismus mit einer Reformpolitik, die auf den Staat setzt. Roosevelts „New Deal“, Höhepunkt einer linken Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Geschichte der USA, Johnsons „Great Society“ oder auch Obamas „Yes we can“ zur Reform des Gesundheitswesens stehen in dieser Tradition.

„America as No.1“ führt aus republikanischer Sicht zum Begriff „Battleship America“. Seit den Zeiten Thomas Jeffersons über den Krieg gegen Mexiko, die „Schwarzen Schiffe“ des Commodore Perry zur Öffnung Japans, die Eroberung des Pazifiks durch den Krieg mit Spanien unter Theodore Roosevelt, die Star Wars-Idee Ronald Reagans bis zum Irak-Krieg des jüngeren Bush gibt es eine interventionistische Tradition in der Außenpolitik, die auf die militärische Karte setzt und den US-Führungsanspruch mit Gewalt durchsetzen möchte. Im Kalten Krieg mischten sich realistische und idealistische Motive. Die Politik des *Containment* war der praktische Kompromiss. Der Interventionismus der Neokonservativen in der Ära des jüngeren Bush war der letzte Ausdruck dieses Denkens.

Bleibt schließlich die demokratische Variante von „USA as No. 1“, die in dem Begriff „Global Society“ zum Ausdruck kommt. Die Great Society der USA soll zum Muster für die ganze Welt werden. Die USA betreiben Weltordnungspolitik, die nicht nur durch US-Interessen, sondern auch idealistisch motiviert ist. Dafür stehen die 14 Punkte Präsident Wilsons, die „Four Freedoms“ Präsident Roosevelts oder „Point Four“, das Programm zur Entwicklungshilfe von Präsident Truman. Auch wenn der Kon-

gress die Ratifizierung internationaler Abkommen blockiert (z.B. Seerechtskonvention, Internationaler Strafgerichtshof, Kyoto-Protokoll), so hält sich die Regierung faktisch doch daran.

Die Wirklichkeit entspricht nie diesen Idealtypen, ist immer ein Kompromiss der vier Grundpositionen, wobei je nach internationalen oder innergesellschaftlichen Herausforderungen die eine oder andere Variante größeren Einfluss hat. So lässt sich erklären, warum es trotz des Aufstiegs zur Hegemonialmacht immer wieder Phasen des Rückzugs aus der Welt gab, so nach dem Ersten Weltkrieg, als die Ratifizierung der Versailler Verträge im Kongress scheiterte, im Verlauf der Weltwirtschaftskrise, als die USA 1930 einen protektionistischen Kurs verfolgten und nicht die Rolle des letzten Kreditgebers von Großbritannien übernahmen. Obwohl die USA 1944/45 viele internationale Organisationen und Abkommen ins Leben riefen, gab es immer wieder auch die Weigerung, sich solchen Abkommen anzuschließen, wurden die USA gar zum Hauptkritiker der UNO, die sie selber gegründet hatten. Es war kein Selbstläufer, sondern bedurfte immer wieder massiver Herausforderungen von außen, bis die USA bereit waren, ihre potentielle Führungsrolle tatsächlich wahrzunehmen. Ernst Fraenkel spricht sogar von der „Weltmacht wider Willen“³⁵. Wenn sie es aber taten, weil sie, um Joseph S. Nye zu zitieren, „Bound to Lead“³⁶ sind, dann war die Wirkung aufgrund des großen Potentials, das mobilisiert werden konnte, jeweils immens.

Ganz grob lassen sich die Phasen des ersten Zyklus an den Amtszeiten der US-Präsidenten festmachen, bei denen alle vier Grundpositionen in Erscheinung treten³⁷. Theodore Roosevelt

³⁵ Ernst Fraenkel, USA - Weltmacht wider Willen. Berlin 1957.

³⁶ Joseph S. Nye, Bound to Lead: The Changing Nature of American Power. New York 1990.

³⁷ Vgl. dazu Frank L. Klingberg, Cyclical Trends in American Foreign Policy Moods: The Unfolding of America's World Role. Lanham 1983.

(1901-1909) war der klassische imperialistische Präsident der USA und kommt der Metapher „Battleship America“ am nächsten. Nach dem Krieg mit Spanien (1898) traten die USA mit großem Sendungsbewusstsein auf die Bühne der Weltpolitik und reihten sich ein in die imperialistischen Mächte³⁸. Die „manifest destiny“ wurde global umgedeutet. Pazifik und Karibik sollten Teil eines „US-Imperiums“ werden. In diesem Sinne wurden die Dominikanische Republik von 1905-1941 US-Protectorat, 1912-1919 Honduras, 1912-1925 Nicaragua, 1915-1934 Haiti und 1912 Kuba erneut besetzt.

Nach dem Russisch-japanischen Krieg (1904/1905) um die Kontrolle der Mandschurei trat Roosevelt in Portsmouth als Vermittler auf und dämpfte so die japanischen Ambitionen nach dem Sieg über Russland. Bei Tsushima hatte die Flotte der aufstrebenden Seemacht Japan die Flotte der russischen Landmacht, die mühevoll von der Ostsee nach Fernost gedampft war, vernichtend geschlagen. Japan wurde als kommender Rivale in Asien wahrgenommen. Die USA demonstrierten, dass sie in Zukunft neben Lateinamerika auch in Ostasien ein gewichtiges Wort beanspruchten. Das Taft-Katsuhara-Abkommen war der Kompromiss aus den Ambitionen beider Länder. Japan bekam die Garantie seiner Kolonie Korea, die USA die Garantie der US-Besitzungen im Pazifik. Beide Länder gingen in Stellung. Sogar in der ersten Marokko-Krise 1906 traten die USA auf der Konferenz von Algeci-ras als Vermittler auf. 1907-1909 unterstrich die erste Weltreise einer US-Flotte den neuen Weltmachtanspruch.

Die USA waren nicht nur größte Wirtschaftsmacht der Welt, sondern seit der Jahrhundertwende auch imperialistische Macht im klassischen Sinne. Großbritannien war weitgehend aus der Karibik und Mittelamerika verdrängt. Die in Asien auf Kosten Chinas expandierenden Großmächte sollten in ein Gleichgewicht ge-

³⁸ Joseph A. Fry, In Search of an Orderly World: U.S. Imperialism, 1898-1912. In: Carroll/Herring 1996. S. 1-23.

bracht werden. Es galt, der Expansion Japans Einhalt zu gebieten, das schwächelnde Russland im Spiel zu halten und dem Open door-Prinzip freie Bahn zu verschaffen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren die USA zusammen mit Japan zum sechsten und siebten Mitglied des bis dato auf die fünf europäischen Mächte beschränkten „Konzerts“ geworden. Allerdings sollten die anderen sechs Mitglieder aus Amerika herausgehalten werden. Die USA hielten sich zwar in Europa zurück, beanspruchten jedoch in Asien eine besondere Rolle, die sich gleichermaßen gegen russische, japanische und britische Interessen richtete. Die Einweihung des Panama-Kanals (1913) am Vorabend des Ersten Weltkriegs markiert den Abschluss der kontinentalen Expansion der USA. Seine internationale Bedeutung war vergleichbar mit der des Suez-Kanals, da er den Traum des Kolumbus erfüllte und die Fahrtzeit von Europa nach Asien auf der Westroute halbierte. Für die USA war es eher eine Binnenwasserstraße, die die Ost- mit der Westküste verband und dazu von eminenter strategischer Bedeutung, da er die Zusammenführung der atlantischen mit der pazifischen Flotte erlaubte.

Die Amtszeit des nächsten großen Präsidenten, Woodrow Wilson 1913-1921, bedeutete zwar nicht die Abkehr von der Weltpolitik, sehr wohl aber die Abkehr vom Imperialismus³⁹. Stattdessen verfolgten die „Wilsonianer“ die idealistische Idee einer Weltordnung. Im Sinne des „America first“ hielten sie, solange es ging, Distanz zum europäischen Krieg der imperialistischen Mächte.⁴⁰ Die Jahre 1917-1921 erlebten die vierte große außenpolitische Debatte, bei der sich erneut Isolationisten und Internationalisten gegenüber standen. Wieder waren die vier Grundpositionen vertreten. Bemerkenswert ist nämlich, dass die Zurückhaltung gegenüber dem europäischen Kriegsschauplatz die USA nicht davon abhielt, 1914 und 1916 in Mexiko, 1915 in Hai-

³⁹ Zur politischen Programmatik von Wilson vgl. Earl Latham (Hrsg.), *The Philosophy and Policies of Woodrow Wilson*. Chicago 1958.

⁴⁰ Charles Seymour, *Woodrow Wilson and the World War: A Chronicle of Our Own Times*. New Haven 1921.

ti und 1916 in Nicaragua zu intervenieren. Die Befürworter einer Kriegsteilnahme auf alliierter Seite in Europa benötigten zusätzliche Argumente, die ihnen die deutsche Führung mehr oder weniger unfreiwillig lieferte.

Der tiefere Grund war eine Paradoxie. Die deutsche Hochseeflotte lag die längste Zeit des Krieges trotz des großen Bauprogramms in der Ära Tirpitz in den Häfen fest. Dieses hatte zwar wesentlich zur Eskalation des hegemonialen Konflikts mit Großbritannien beigetragen, in der militärischen Austragung des Konflikts hatte die Flotte aber kaum eine Rolle gespielt. Stattdessen musste die deutsche Marine wie im Zweiten Weltkrieg auf die U-Boot-Waffe setzen. Nur so konnte die Blockade durch die britische Flotte buchstäblich unterlaufen werden. U-Boot-Krieg hieß aber Wirtschaftskrieg, also Angriff auf Frachtschiffe, um die überseeische Versorgung von Großbritannien zu unterbinden. Wie zu früheren Zeiten griff der maritim Schwächere zum Mittel des Kaperkriegs. Damit stellte sich, auch wie zu früheren Zeiten, das Problem der Neutralen, die die Gegner des Kaperkrieges mit Handelsgütern beliefern, insbesondere dann, wenn eine klare Trennung zwischen Handels- und Kriegsgütern nicht vorgenommen werden kann. Im Krieg hat alles militärische Bedeutung. Die Strategie der USA, die eigene Flotte in der Chesapeake-Bay in Erwartung eines möglichen deutschen Angriffs zu versammeln, ging völlig an der Realität vorbei⁴¹.

Da die USA zum wichtigsten Lieferanten Großbritanniens geworden waren, weil dieses in der großen Depression am Freihandel festgehalten hatte, während Deutschland seitdem einen protektionistischen Kurs verfolgt hatte, das Freihandelsland Großbritannien aus einer Versorgungsperspektive verwundbar geworden war, mussten zwangsläufig auch US-Frachter ins Visier der

⁴¹ Vgl. dazu Holger H. Herwig, Strategische Unbestimmbarkeitsrelation? Die US-Navy im Ersten Weltkrieg. In: Duppler 1999. S. 173-183.

deutschen U-Boote geraten. Der Konflikt mit den USA eskalierte. Die Versenkung des britischen Passagierdampfers Lusitania am 7.5.1915 vor Irland, der womöglich auch militärisches Gut geladen hatte, empörte die US-Öffentlichkeit besonders, weil auch 128 US-Bürger unter den 1200 Opfern waren. Der Vorfall verschaffte den Befürwortern des Kriegseintritts großen Auftrieb. Die Isolationismus-/Interventionismusdebatte gewann an Fahrt. Deutschland machte einen Rückzieher, stellte den U-Boot-Krieg wieder ein, um der Friedensnote Wilsons vom 18.12.1916 eine Chance zu geben.

Als dessen Bemühungen 1917 gescheitert waren, offenbarte sich ein beiderseitiges Dilemma. Wilson trat nach der Ablehnung durch Deutschland an die Öffentlichkeit und plädierte in seiner Senatsrede vom 22.1.1917 für einen Frieden ohne Sieg. Damit brachte er sowohl die Isolationisten wie die Imperialisten gegen sich auf. Wenn die Senatsrede der Vorgriff auf seine 14 Punkte sein sollte, dann war die Reaktion der Vorgriff auf die Negativkoalition, an der die Wilsonsche Utopie einer Nachkriegsordnung scheiterte. Auch die deutsche Führung sah sich vor einem Dilemma, einer regelrechten No Win-Situation. In einem sich immer weiter hinziehenden Abnutzungskrieg musste am Ende derjenige die Oberhand gewinnen, dessen Versorgung am besten gesichert war. Hier hatten die Alliierten aufgrund des freien Zugangs zur See, der Lieferungen aus den USA und der Blockade der deutschen Häfen alle Trümpfe auf der Hand. Japan sollte sich 1941 in einem ähnlichen Dilemma befinden. Das Gegenmittel zur britischen Versorgungssicherheit war der U-Boot-Krieg, der aber die Kriegsteilnahme der USA provozierte und die Gewichte noch mehr auf die alliierte Seite verschieben würde. Die deutsche Führung entschied sich am 1.2.1917 aus Borniertheit über die rasche Wirkung des US-Rüstungspotentials für die Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges (die japanische Führung Ende 1941 für den Angriff auf Pearl Harbour). Entweder unterschätzte man die Wirkung eines Kriegseintritts der USA

oder man glaubte, den Krieg beendet zu haben, bevor dieser Faktor USA wirksam werden konnte. Auf jeden Fall lieferte man den Internationalisten in den USA die letzten Argumente. Präsident Wilson wurde vom Vermittler, der Deutschland in das „Konzert“ zurückholen wollte, zum Parteigänger der Alliierten.

Hinzu kam ein grober taktischer Fehler. Auf der Suche nach neuen Verbündeten wurde eine Initiative Richtung Mexiko gestartet. Mexiko war der alte Feind der USA und hatte gerade wieder eine Intervention hinnehmen müssen. Die deutsche Regierung versprach Mexiko im Falle des Kriegseintritts die Rückgabe aller Territorien, die es 1848 an die USA verloren hatte. Die britische Regierung hatte die Depesche mit der Offerte, das sog. Zimmermann-Telegramm, aus dem deutschen Außenministerium abgefangen und den Text veröffentlicht. Das Angebot auf Kosten der USA, obwohl Mexiko gar nicht darauf einging, hatte einen solchen Mobilisierungseffekt, dass die Isolationisten in die Minderheit gerieten.

Wilson und seinen Anhängern ging es aber um mehr als nur den Eintritt in den Krieg und die Niederringung Deutschlands⁴². Sie wollten nicht „Schlachtschiff Amerika“ sein, das im übertragenen Sinne durch den „Naval Appropriations Act“ vom 29.8.1916, über den Flottenbau vom Stapel lief, sondern im Sinne der „Global Society“ auch eine bessere Welt. „To make the world safe for democracy“ lautete der berühmte Ausspruch des Präsidenten. Dazu dienten die 14 Punkte vom 8.1.1918, seine Vorstellung einer liberalen Weltordnung nach dem Krieg, die sich gegen den Imperialismus der europäischen Großmächte insgesamt wandte. Die 14 Punkte richteten sich zuerst an die eigene Öffentlichkeit und lieferten neben der Provokation des Zimmermann-Telegramms die positive Begründung für den Kriegseintritt der USA am 6.4.1917. Die darin formulierten Prinzipien richtete-

⁴² Melvin Small, Woodrow Wilson and U.S. Intervention in World War I. In: Carroll/Herring 1996. S. 25-39.

ten sich erst danach an die Weltöffentlichkeit, sollten zum Maßstab der Kriegsziele werden.

Zum besseren Verständnis der 14 Punkte muss berücksichtigt werden, dass mittlerweile die Oktoberrevolution in Russland stattgefunden hatte und der Führer der Bolschewiki, Wladimir Iljitsch Lenin, ein ganz anderes Verständnis von Weltordnung verfolgte als Wilson. Seine neue Welteroberung sollte auf dem Wege der Weltrevolution errichten werden⁴³. Auch hier hatte Deutschland mitgemischt, indem es den Transfer Lenins und seiner Genossen aus dem Schweizer Exil via Finnland nach St. Petersburg organisierte mit dem zutreffenden Kalkül, so die Revolution in Russland zu befeuern, die russische Kriegsteilnahme zu beenden, Ruhe an der Ostfront zu bekommen, um dann mit allen Kräften an der Westfront doch noch zu siegen. So entwickelte sich eine komplexe Gemengelage der Interessen der handelnden Akteure. Auf der einen Seite Großbritannien und die USA, zwar eng im Krieg kooperierend, aber jenseits des gemeinsamen Ziels der Niederringung Deutschlands mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen über die Nachkriegsordnung. Großbritannien wollte seine Führungsposition behaupten und war nicht im Entferntesten bereit, seinen Kolonialbesitz in Frage stellen zu lassen, während die USA genau dies beabsichtigten. Frankreich, auf dessen Territorium der Krieg weitgehend ausgetragen worden war, wollte eine Schwächung Deutschlands, um künftige Angriffe zu verhindern und Kompensation für die erlittenen Kriegsschäden. Clemenceau war deshalb der realistische Gegenspieler des Idealisten Wilson. Deutschland im Verbund mit Österreich/Ungarn und dem Osmanischen Reich hatte die Hoffnung auf den Sieg noch nicht aufgegeben, war sogar bereit zum Pakt mit dem Teufel trotz der Gefahr, dass die Revolution, wie von den Bolschewiki beabsichtigt, nach Deutschland über-

⁴³ N. Gordon Lewin, Woodrow Wilson and World Politics: America's Response to War and Revolution. New York 1968.

schwappen und so die Monarchie hinwegfegen würde. Va Banque - am Ende ist es fast so gekommen.

Die USA hingegen wollten Russland unbedingt im Krieg halten⁴⁴. Deswegen war der sechste der 14 Punkte ein Angebot an Russland, in dem die Akzeptierung der Revolution und die Unterstützung gegen Deutschland in Aussicht gestellt wurden. Diese Variante war sicherlich eine Kröte für die Republikaner und dürfte den Isolationisten wieder Zulauf gebracht haben. Das Angebot stand jedenfalls in krassem Gegensatz zu den harten deutschen Forderungen in den Verhandlungen mit Russland. Lenin entschied sich im Frieden von Brest Litowsk (3.3.1918) dennoch für Deutschland und gegen die USA, weil er kalkulierte, dass durch die rasche Beendigung des Krieges der Erfolg der Oktoberrevolution eher zu erreichen sei. Die russischen Bauernsoldaten würden von der Front davonlaufen, um bei der Bodenverteilung im Heimatdorf nicht zu kurz zu kommen. Allerdings war Wilson bereits im Februar 1918 von seinem Angebot wieder abgerückt, nachdem die Konstituierende Versammlung in Russland von den Bolchewiki im Januar aufgelöst wurde und so die Hoffnung auf ein liberales politisches System geschwunden war.

Umgekehrt waren etliche der 14 Punkte, in denen eine liberale Weltordnung skizziert wurde, als Wilsons bürgerlicher Gegenentwurf zu Lenins Weltrevolution gedacht. Insofern stand sein Programm insgesamt im Widerspruch zur Konzessionsbereitschaft gegenüber Lenin. Es gipfelte in dem 14. Punkt, der die Gründung eines Völkerbundes vorsah. Dies gab wiederum der Kriegsfraktion unter den Bolschewiki um Bucharin und Radek Auftrieb, die eine Kooperation mit den USA um den Preis einer liberalen Ordnung in Russland ablehnten und die Fortsetzung des Krieges als revolutionären Krieg wollten. So würde die Revolution in Deutschland, das eigentliche Instrument zur Stabilisierung der Revolution in Russland, ausgelöst. Umgekehrt konnte Wilson

⁴⁴ Dazu Lewin 1968, S. 61 ff.

keinen revolutionären Krieg unterstützen. Am ehesten war Trotzki zur Kooperation bereit, weil er als Oberbefehlshaber der Roten Armee die sibirische Intervention fürchtete. Nach Brest-Litowsk konnte Wilson freier handeln, weil die Rücksichtnahme auf Russland entfallen war, und sich tatsächlich an der Intervention in Sibirien beteiligen, um nicht Japan allein das Feld zu überlassen.

Der Völkerbund war wiederum für die isolationistische Opposition im eigenen Land eine schwer verdaubare Forderung. Auch in Deutschland konnten die 14 Punkte wegen der territorialen Komponenten selbst von den Moderaten nicht akzeptiert werden. Insofern machte Wilson Front gegen alle, gegen den europäischen Imperialismus, gegen den britischen Hegemonialanspruch, gegen französische Realpolitik, gegen die europäischen Feudalmächte, gegen den proletarischen Internationalismus, gegen den japanischen Expansionismus in Sibirien und nicht zuletzt gegen die Isolationisten im eigenen Land.

Am Ende kriegsentscheidend war das Gewicht der US-Wirtschaft und nicht so sehr das der US-Truppen, die zunächst mobilisiert werden mussten und erst spät im Sommer 1918 mit zwei Millionen Mann auf dem Kriegsschauplatz eintrafen, als der Krieg schon entschieden war. Die Friedensverhandlungen begannen am 6.10.1918 auf der Basis der 14 Punkte. Insgesamt kostete der Krieg etwa 209 Mrd. US\$ an direkten Ausgaben⁴⁵. Der eigentliche Beitrag zum Krieg war der War Revenue Act des Jahres 1917 zur Einrichtung eines Fonds, mit dem die Kriegsanleihen der Alliierten bedient wurden. Ohne diesen Fonds, ohne die im Unterschied zu den US-Truppen sofort zu mobilisierende Finanzkraft der US-amerikanischen Anleger, wäre es für die deutschen Kriegsgegner nur schwer möglich gewesen, den Krieg fortzuset-

⁴⁵ Michael Hudson, *Super Imperialism: The Origin and Fundamentals of U.S. World Dominance*. London 2003.

zen. Dafür war es gar nicht nötig, die US-Steuerzahler zur Kasse zu bitten.

Insofern wurde 1917 der erste Schritt zum hegemonialen Übergang von Großbritannien auf die USA getan. Erstmals in der Weltgeschichte vollzog sich dieser Übergang nicht durch militärische Siege und Niederlagen – die USA und Großbritannien waren in beiden Weltkriegen Verbündete – sondern über den Finanzierungsmechanismus. Die neue Hegemonie der USA stützte sich auf Kredit! Die USA waren wirtschaftlich schon lange an Großbritannien vorbeigezogen. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war die US-amerikanische Wirtschaft bereits doppelt so groß wie die britische. Zwar vermochte Großbritannien bei der Flotte immer noch einen Vorsprung zu behaupten, doch war die massive Flottenrüstung der USA erst gerade angelaufen. Ein Nebeneffekt der Kredite aus den USA bestand in der stillschweigenden Einsicht, dass Großbritannien aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage war, seine Führungsrolle zu behaupten. Zwar konnte der Herausforderer Deutschland noch abgewehrt werden, doch um den Preis, dass die USA als „lachender Dritter“ übrig blieben. Mit der Sowjetunion trat eine ganz neue Macht auf die Weltbühne, die wenige Jahrzehnte später zum eigentlichen Herausforderer der neuen Führungsmacht USA werden sollte. Damit waren die europäischen Mächte insgesamt, gleichviel ob Gewinner oder Verlierer des Ersten Weltkriegs, in die zweite Reihe versetzt. Das Konzert hatte ausgespielt. Aus dieser Perspektive begann der Ost-West-Konflikt nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern bereits im Jahre 1917. Er wurde aber nicht nur ideologisch durch Lenins Programm der revolutionären versus Wilsons Programm einer liberalen Weltordnung ausgetragen, sondern bereits 1918 auch militärisch. Nach dem Vertrag von Brest-Litowsk intervenierten die Alliierten und damit auch US-

Truppen auf weißrussischer Seite im Bürgerkrieg und marschierten mit 16.000 Mann in Sibirien ein.⁴⁶

Wilson hatte nicht nur mit den Alliierten einen Kompromiss zu finden, er sah sich auch daheim mit Widerspruch zu seiner Vorstellung von der „Global Society“ konfrontiert. Diese Debatte wird häufig als Debatte zwischen Isolationismus und Internationalismus interpretiert. David Lake⁴⁷ weist darauf hin, dass die Etikettierung Unilateralismus versus Multilateralismus besser passt, ging es doch um den Widerstand gegen die Einschränkung der Souveränität durch den Völkerbund. Auch der Unilateralismus ist eine Form des Isolationismus. Die Wilsonianer erlitten noch vor Kriegsende einen Dämpfer, weil bei den Midterm-Wahlen am 5.11.1918 die Demokraten in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit verloren und damit die Realisierung der 14 Punkte auch innenpolitisch zu scheitern drohte. Kritisiert wurde auch die Weigerung des Präsidenten, in Berlin einzumarschieren. Obwohl Wilson persönlich an den Pariser Friedensverhandlungen teilnahm, zu seiner Vermittlerrolle vor dem US-Kriegseintritt zurückfand, Deutschland in die antibolschewistische Koalition einbinden wollte und sein ganzes Prestige in die Waagschale gelegt hatte, war der Versailler Vertrag nur ein Kompromiss zwischen den heterogenen Interessen der verhandelnden Parteien. Frankreich wollte harte Reparationen durchsetzen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte zwar gegenüber Deutschland zur Anwendung kommen, da man so dessen Territorium reduzieren konnte, es sollte aber nicht für die Kolonien der Siegermächte gelten. Im Gegenteil, der Kolonialbesitz der Sieger des Ersten Weltkriegs auf Kosten der Verlierer nahm in der Zwischenkriegszeit sogar noch zu, obwohl die USA bereits Druck in Richtung Entkolonialisierung gemacht hatten.

⁴⁶ Zur Frühphase des Ost-West-Konflikts vgl. Die ausführliche Studie von George F. Kennan, *Amerika und die Sowjetmacht*. Bd.1: Der Sieg der Revolution; Bd.2: Die Entscheidung zur Intervention. Stuttgart 1956, 1958.

⁴⁷ Lake 1999, S. 79.

Insofern war der Versailler Vertrag aus Sicht der US-Regierung⁴⁸ ein Kompromiss zwischen Anti-Imperialismus und Anti-Bolschewismus, der durch die harten Reparationsforderungen auch noch die Gefahr des Revisionismus heraufbeschwor. Daraus hatten die USA 1945 gelernt, als die Kriegsgegner Deutschland und Japan sehr schnell in die antisowjetische Koalition eingebunden wurden. Wilson war zu vielen Konzessionen bereit, um seine Lieblingsidee, den Völkerbund, durchzusetzen. Der Koalitionsbildung gegen die Bolchewiki diene auch das Lansing-Ishii-Abkommen vom November 1917, das einen Kompromiss zwischen der Open-door-Vorstellung der USA und der japanischen Vorstellung einer exklusiven Einflusszone in Nordostchina darstellte.

Parallelen zur Konstellation am Ende des Zweiten Weltkriegs sind eklatant. Die mögliche Kooperation zwischen Wilson und Lenin scheiterte an den widerstrebenden Interessenlagen und dem gegenseitigen Misstrauen wie später die Kooperation zwischen Roosevelt/Truman und Stalin. Beide Male ging es aus US-Sicht darum, Deutschland und Japan möglichst rasch in die antisowjetische Koalition einzubinden, beide Male stieß genau das auf Widerstand der Alliierten Frankreich und Großbritannien. Wilson bzw. Roosevelt waren im Kern Idealisten, die französischen und britischen Verbündeten Realisten.

Immerhin gelang ein kleiner Erfolg, die Verabredung der US-amerikanischen und der britischen Delegation, ein Institute of International Affairs mit zwei Dependancen in New York und London zu gründen. Das Institut sollte Agenda Setting und Politikberatung betreiben. Daraus sind der Council on Foreign Relations⁴⁹ in New York und das Britisch später Royal Institute

⁴⁸ William C. Widenor, The United States and the Versailles Peace Settlement. In: Carroll/Herring 1996. S. 41-60.

⁴⁹ Vgl. zur Geschichte und Wirkung Michael Wala, Winning the Peace: Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations 1945-1950. Stuttgart 1990.

of International Affairs (Chatham House) in London hervorgegangen. Der Council wurde von den Beratern Wilsons ins Leben gerufen, die sich aus der liberalen Ostküstenelite rekrutierten⁵⁰. Seit 1939 wandelte er sich vom „Herrenclub“ zur Denkfabrik des State Department. Damit wurde eine neue Tradition, die wissenschaftliche Politikberatung der „Think Tanks“ begründet, die bis heute in den USA auf etwa 1000 Einrichtungen der unterschiedlichsten fachlichen, institutionell angebundenen und weltanschaulichen Orientierungen angewachsen sind. Die von ihnen produzierte Expertise zu jedem Problem der Welt und die weltweiten Einflussmöglichkeiten durch Beratung und Publizistik liefern wichtige Beiträge zum globalen Führungsanspruch der USA⁵¹.

Den zweiten Dämpfer erhielt der Wilsonsche Idealismus, als die Ratifizierung des Versailler Vertrags im Senat (mit 49:35 Stimmen) scheiterte. Die linken Kritiker Wilsons fanden den Friedensvertrag zu hart gegenüber Deutschland, die rechten Kritiker sahen durch den Artikel 10 des Völkerbundvertrages die Unabhängigkeit der USA gefährdet. Insofern kann tatsächlich von einer isolationistischen Wende nach dem Ersten Weltkrieg gesprochen werden, die bis 1941 anhielt. Dies führte zum paradoxen Ergebnis, dass der Völkerbund zwar gegründet wurde und in Genf seinen Sitz nahm, dass die USA aber nicht Mitglied wurden. Da auch dem revolutionärem Russland die Mitgliedschaft verwehrt blieb, der Völkerbund geradezu als Gegenmodell zur Komintern in Moskau dienen sollte, und auch der Kriegsverlierer Deutschland nicht Gründungsmitglied werden durfte, war die Organisation, die doch den Weltfrieden stiften sollte, von Anfang an zu weitgehender Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die aktuell oder potentiell mächtigsten Staaten durften oder woll-

⁵⁰ Zur frühen Programmatik des Council vgl. Elihu Root, A Requisite for the Success of Popular Diplomacy, erster Aufsatz in der Gründungsnummer von Foreign Affairs, der Zeitschrift des Council. Ebd. 1.1922,1. S. 3-10.

⁵¹ Vgl. dazu James Allen Smith, The Idea Brokers: Think Tanks and the Rise of the New Policy Elite. New York 1991.

ten nicht Mitglied sein. Wilson war auf seiner Gratwanderung zwischen Antiimperialismus und Antibolschewismus gescheitert und saß am Ende zwischen allen Stühlen.

Die Präsidentenwahlen des Jahres 1920 gerieten zu einem Referendum über den Völkerbund. Der republikanische Wahlsieg bestätigte die Nichtratifizierung durch den Kongress und begrub bis auf weiteres die Hoffnungen auf die „Global Society“. Stattdessen kamen in den republikanischen Präsidentschaften Harding, Coolidge und Hoover die Isolationisten des „Fortress America“ wieder an die Macht⁵², die den Kongress bis etwa 1938 beherrschten. Isolationistische Kerntruppe waren die republikanischen Senatoren aus den Staaten des Mittleren Westens mit dem Senator William E. Borah aus Idaho (1907–1940) an der Spitze. Über dem Konflikt standen klassische Grundsätze: Primat der Außenpolitik oder der Innenpolitik, interessenorientierte Realpolitik oder Denken in Freund-Feind-Kategorien, Vorrang des Staates oder der Souveränität des Volkes, Vorrang der Politik oder der Wirtschaft. Die US-Armee wurde auf ein Drittel der Stärke des Jahres 1919 reduziert, die Interventionsstruppen in Sibirien Anfang 1920 wieder abgezogen und damit die Niederlage der Weißrussen besiegelt. Der Ost-West-Konflikt hätte womöglich schon in den 1920er Jahren beendet werden können. Stattdessen verhängten die USA einen Wirtschaftsboykott gegen die Sowjetunion, der sie zum Aufbau des Sozialismus in einem Land drängte, kehrten zur Politik des Protektionismus durch mehrere Runden von Zollerhöhungen zurück und schlossen 1921 mit Deutschland einen separaten Friedensvertrag. William E. Borah aus Idaho hatte sich gegen den Kosmopoliten und Weltbürger Woodrow Wilson durchgesetzt.

Die 1920er Jahre waren aus Sicht unseres Themas vor allem durch zwei Aspekte geprägt. Die Folgen des Ersten Weltkriegs

⁵² John M. Carroll, *American Diplomacy in the 1920s*. In: Carroll/Herring 1996. S. 61–79.

waren für alle Kriegsteilnehmer außer den USA kaum zu bewältigen. Auf Deutschland lastete der Druck der Reparationen, die Alliierten benötigten die Reparationen, um ihre Kriegsanleihen in den USA bedienen zu können. Eindrücklicher ließ sich kaum demonstrieren, wer als eigentlicher Sieger aus dem Krieg hervorgegangen war⁵³. Hinzu kam, dass die USA mit dem Fordney-McCumber Zolltarif des Jahres 1922 eine protektionistische Politik betrieben, die es den europäischen Exporteuren schwer machte, die Dollars zu verdienen, mit denen die Kriegsverbindlichkeiten hätten abgetragen werden können. John Maynard Keynes hatte mit seiner Warnung vor den wirtschaftlichen Konsequenzen des Friedensvertrages⁵⁴, insbesondere den aus Reparationen und Kriegsanleihen resultierenden Zahlungsproblemen, nur zu recht behalten.

Die Wirtschaftskonferenzen in Brüssel (1920) und Genua (1922) als erste Vorläufer von Bretton Woods konnten das Problem nicht lösen. Erst der Dawes-Plan (1924) mit seiner Neuregelung der Reparationen war ein Schritt in Richtung Entlastung, allerdings um den Preis, dass das Pfund Sterling aufhörte, internationale Leitwährung zu sein.⁵⁵ Der Finanzplatz London verlor an Boden gegenüber der Wall Street. Bis dato hatte die Bank of England über ihre Kreditkonditionen weltweiten Einfluss nehmen können. Der internationale Handel war weitgehend auf Pfund-Basis abgewickelt worden, die Londoner Waren, Geld- und Kapitalmärkte waren Sterling-Märkte gewesen. Alle Länder waren gezwungen, große Pfund-Bestände zu halten. Umgekehrt hatte es bis 1913 keine Zentralbank in den USA gegeben. Damit war ein weiterer Schritt des hegemonialen Übergangs getan.

⁵³ Benjamin M. Rowland (Hrsg.), *Balance of Power or Hegemony: The Interwar Monetary System*. New York 1976; insbesondere ders., *Preparing the American Ascendancy: The Transfer of Economic Power from Britain to the United States, 1933-1944*. In: Rowland 1976. S. 195-224; Harold van B. Cleveland, *The International Monetary System in the Interwar Period*. In: Rowland 1976. S. 1-59.

⁵⁴ John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*. London 1920.

⁵⁵ Harold von B. Cleveland, *The International Monetary System in the Interwar Period*. In: Rowland 1976. S. 1.59.

Der Kreislauf aus deutschen Reparationen an die Alliierten und Rückzahlungen der alliierten Kriegsanleihen an die USA wurde dadurch geschlossen, dass in den 1920er Jahren US-Kapital in Form von Direktinvestitionen nach Deutschland floss. Ford in Köln und Opel in Rüsselsheim (General Motors) sind prominente Beispiele. Der Young-Plan von 1929 sah die Reduzierung der deutschen Reparationsleistungen vor. Aus dem Problem der Regelung der Reparationszahlungen ist 1930 die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel hervorgegangen, die aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg an Bedeutung gewinnen sollte. Der anschließende Ausbruch der Weltwirtschaftskrise verhinderte die Wirkung des Young-Plans und sorgte für eine Flurbereinigung bei den finanziellen Kriegsfolgen. Das Hoover-Moratorium für internationale Kriegsschulden und Reparationen beendete am 10.12.1931 das Thema Altlasten des Krieges endgültig. Der Preis, den Großbritannien zu zahlen hatte, war die Aufgabe des Goldstandards in September 1931. Da das Freihandelssystem schon lange auseinandergefallen war, war auch der zweite Pfeiler der weltwirtschaftlichen Führungsrolle Großbritanniens weggebrochen. Die USA verzichteten deshalb nach der Lausanner Wirtschaftskonferenz im Sommer 1932, auf der die Europäer die Aufhebung aller Kriegsschulden gefordert hatten, endlich auf die Rückzahlungen. Die Pfundabwertung hatte das Volumen allein der noch ausstehenden britischen Kriegsschulden von 20 auf 30 Mrd. US\$ ansteigen lassen. Großbritannien war zahlungsunfähig. Damit war für die Alliierten auch der Weg frei, auf die Reparationen aus Deutschland zu verzichten.

Die wirtschaftliche Rolle der USA muss als ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite lösten sie durch den schrittweisen Verzicht auf ihre Forderungen einen Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Europäer, auf der anderen Seite waren sie nicht bereit, die weltwirtschaftliche Führungsrolle nach 1929 zu übernehmen, obwohl auch der US-Regierung klar sein musste, dass Großbritannien dazu nicht

mehr in der Lage war. Diese Weigerung, so die Kritik von Charles P. Kindleberger⁵⁶, verschärfte die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Diese Kritik begründete er 1973 mit der Theorie der Internationalen Öffentlichen Güter und der darauf basierenden Theorie der hegemonialen Stabilität⁵⁷. Damit war er einer der Auslöser der ersten Runde der Debatte um den „american decline“, weil er bereits damals, also kurz nach dem Ende des Bretton Woods-Systems, Parallelen zur Krise der 1930er Jahre sah.

Die USA setzten stattdessen auf die isolationistische Karte⁵⁸. Neben der Aufgabe des Goldstandards und der Abwertung des Dollars verhängten sie 1930 den hochprotektionistischen Smoot-Hawley-Tarif, der die Zölle um satte 50 Prozent anhob. Auch waren sie nicht bereit, die internationale Finanzkrise, die sich auch in einer Kreditklemme äußerte, durch großzügige Kredite zu überwinden, versagten sich der Rolle des „letzten Kreditgebers“. Eine andere Macht wäre dazu nicht in der Lage gewesen. Deshalb, so die These, war der Einbruch der Weltwirtschaft noch viel stärker als der Einbruch in den einzelnen Binnenwirtschaften. Alle Länder, die bis 1929 stark exportorientiert und darüber wohlhabend geworden waren, hatten besonders zu leiden. Hier liegt einer der Gründe, warum viele lateinamerikanische Länder sich von der reinen Weltmarktorientierung abwendeten, warum dort populistische Regierungen an die Macht kamen (so z.B. Perón in Argentinien und Vargas in Brasilien) mit Affinitäten zum europäischen Faschismus und warum das neoliberale Paradigma für lange Zeit abgewirtschaftet hatte.

⁵⁶ Charles Kindleberger, *The World in Depression, 1929–1939*. Berkeley 1973; ders., *Manien, Paniken, Crashes. Die Geschichte der Finanzkrisen dieser Welt*. Kulmbach 2001.

⁵⁷ Vgl. dazu ders., *Dominance and Leadership in the International Economy: Exploitation, Public Goods, and Free Riders*. In: *International Studies Quarterly* 25. 1981, 2. S. 242–254; ders., *International Public Goods without International Government*. In: *American Economic Review* 76. 1986, 1, S. 1–13.

⁵⁸ Jane Karoline Vieth, *The Diplomacy of the Depression*. In: Carroll/Herring 1996. 81–99.

Die USA wollten die Krise in bester isolationistischer Manier, allerdings in der Variante der „Great Society“, allein bewältigen. Die New Deal-Gesetze seit 1933, nachdem 1932 mit Franklin Delano Roosevelt wieder die Demokraten an die Macht gekommen waren, vollzogen im Vorgriff auf den Keynesianismus die Wende zu einer nachfrageorientierten und durch staatliche Kreditaufnahme (deficit spending) initiierte Politik, die, da protektionistisch abgesichert, nur für die USA galt. Konsequenz war der Zerfall der Weltwirtschaft in große Wirtschaftsböcke. Die britische Antwort war die Ottawa-Konferenz von 1933 in der Absicht, einen Sterlingblock aus Großbritannien und den Mitgliedern des Empire dagegen zu stellen. Die britische Alternative war klar. Neomerkantilismus und Schaffung eines Wirtschaftsblocks unter britischer Führung mit eigener Währung und Präferenzzöllen oder weiterer Abstieg. Damit erscheint die Schaffung des Sterling Blocks nicht nur als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise, sondern auch letzter Versuch, die alte wirtschaftliche Größe wenigstens auf dem Territorium des Empire zu behaupten. Eine Art Abstieg von der Hegemonie zum Imperium. Frankreich versuchte ähnliches mit seinen Kolonien. NS-Deutschland und Japan suchten mit militärischen Mitteln autarke Großraumwirtschaften in Osteuropa („Lebensraum im Osten“) und Südostasien („Yen-Block“) zu errichten. Die großen lateinamerikanischen Länder schwenkten auf Importsubstitutionsindustrialisierung ein und die Sowjetunion legte den proletarischen Internationalismus ad acta und verkündete stattdessen den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Erst 1934 wurde mit dem Reciprocal Trade Agreement Act der erste Schritt Richtung Liberalisierung getan. Das Gesetz verlieh der Exekutive gegenüber dem Kongress mehr Kompetenzen und ermöglichte eine differenzierte Handelspolitik gegenüber einzelnen Ländern. Großbritannien, Kanada und einige kleiner Länder kamen so in den Genuss der Öffnung des US-Marktes. Der Versuch des Sterlingblocks wich der Integration in eine von den USA dominierte Weltwirtschaft.

Alle skizzierten Vorgänge markieren Etappen in Richtung Nachkriegsordnung⁵⁹. Auch wenn die USA sich weiter weigerten, eine aktive weltwirtschaftliche Führungsrolle zu übernehmen, so war ihr Agieren doch bereits indirekt ein Ausdruck von Hegemonie. Der Börsenkrach wurde an der Wallstreet ausgelöst und griff von dort auf die Börsen der Welt über. Die Entscheidung, isolationistisch die Krise zu bekämpfen, zwang die übrige Welt ihrerseits auf einen isolationistischen Kurs. Der New Deal bereitete dem Keynesianismus als neuer hegemonialer Lehrmeinung den Weg. Der Reciprocal Trade Agreement Act war der erste Schritt zum Neuaufbau einer liberalen Weltwirtschaftsordnung. Doch bis dahin war es noch ein weiter Weg.

Auf das tiefe Tal der Weltwirtschaftskrise folgte ein noch tieferes Tal. Die autarkistische Politik der großen wirtschaftlichen Akteure, gleichviel, ob liberal, faschistisch, populistisch, sozialistisch oder kommunistisch aufgestellt, heizte den aufziehenden Großkonflikt weiter an. Eine verantwortliche, der neuen wirtschaftlichen Bedeutung gerecht werdende Politik, hätte dazu beigetragen, die Weltwirtschaftskrise schneller zu überwinden und so vielleicht die revisionistische Radikalisierung in Deutschland und anderswo zu dämpfen. Letztlich war es dann die Kriegskonjunktur, die weltweit (auch in den USA ab 1939) die Krise überwinden half. Die Wiederbesetzung des Rheinlands 1936, die deutsche Aufrüstung und die Formierung der Achse aus Deutschland, Italien und Japan zwang die Nichtachsenmächte schrittweise, so etwa durch den Stabilitätspakt 1936, weiter unter die wirtschaftlichen Fittiche der USA. De facto wurde das Bretton Woods-System bereits Ende 1938 vorweggenommen, als Großbritannien und Frankreich ihre Währungsblöcke aufgeben mussten. Doch lässt sich die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs nicht nur auf die Wirtschaftspolitik reduzieren.

⁵⁹ Stephan Haggard, The Institutional Foundations of Hegemony: Explaining the Reciprocal Trade Agreement Act of 1934. In: International Organization 42.1988, 1. S. 91-119.

Das Washingtoner (1922) und das Londoner Flottenabkommen (1930) mit Japan und Großbritannien über die Flottenstärke im Pazifik hatte auch vertraglich geklärt, was sich faktisch zuvor schon abgezeichnet hatte. Großbritannien war nicht mehr in der Lage, auf allen Weltmeeren präsent zu sein. Nach der Karibik räumte es seine Position nun auch im Pazifik zugunsten der USA, um sich nur mehr auf den Atlantik und das Mittelmeer zu konzentrieren. Den USA blieb es vorbehalten, die aufstrebende Seemacht Japan in Fernost in Schach zu halten. Deutschland und Russland als geächtete Mitglieder der internationalen Gemeinschaft hatten sich trotz aller sonstigen Gegensätze 1925 in Locarno bilateral auf einen Interessenausgleich geeinigt.

Das Fortleben der internationalistischen Tradition im Sinne der „Global Society“ dokumentierte sich zwar noch im Briand-Kellogg-Pakt (1928), benannt nach dem französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand und dem US-Außenminister Frank Kellogg. Dieser Pakt, auch als Kriegsächtungspakt bezeichnet, war in dieser Hinsicht viel eindeutiger als die Völkerbundsatzung und kann als Einstieg in das Gewaltverbot zur Austragung von Konflikten zwischen Staaten bezeichnet werden. Dass der Pakt bis 1929 von 54 Staaten, darunter auch Deutschland, unterzeichnet wurde, ist ein Hinweis, dass die völkerrechtlichen Normen der Wilsonianer auf wachsende internationale Akzeptanz gestoßen waren. Die Ansätze des Völkerbunds und des Briand-Kellogg-Paktes wurden allerdings im Verlauf der Weltwirtschaftskrise zunichte gemacht, da die autarkistischen Tendenzen zur Überwindung der Krise auch eine geopolitische Stoßrichtung hatten, die zu neuen internationalen Konflikten führten. Dies sollte sich zuerst in Ostasien herausstellen.

Japan besetzte unter einem inszenierten Vorwand 1931 die Mandschurei, die als Siedlungsraum für japanische Auswanderer, Sojaproduzent und schwerindustrieller Komplex mit angeschlossener Rüstungsindustrie dienen sollte. Zuvor hatten schon die

japanischen Kolonien Korea und Taiwan den Autarkiebestrebungen gedient. Als China den Völkerbund anrief, dieser eine Untersuchungskommission einsetzte, die am Ende für die chinesische Seite Partei ergriff, antwortete Japan 1933 mit dem Austritt aus dem Völkerbund. Der Völkerbund hatte sich als „Papiertiger“ erwiesen. Das Jahr 1933 wurde zur Klimax der weiteren Entwicklung. Es markierte den Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und brachte in Deutschland Hitler an die Macht, dem die sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise viele Wähler zugezogen hatten. In Japan setzte sich die militaristische Fraktion durch,⁶⁰ die seit 1937 nach dem Zwischenfall an der Marco Polo-Brücke bei Peking den Eroberungskrieg auf das chinesische Kernland ausdehnte.

Außerdem wurde die Londoner Weltwirtschaftskonferenz, auf der über eine Art Young-Plan für die Alliierten verhandelt wurde, im gleichen Jahr ergebnislos abgebrochen. Die USA waren immer noch nicht bereit, die weltwirtschaftliche Führungsrolle zu übernehmen, weil sie ihre monetäre Unabhängigkeit behaupten wollten. Ferner weigerten sie sich, ihre Zölle zu senken und gaben sogar den Goldstandard auf, um 1934 den Dollar um 60 Prozent abwerten zu können. So wurde die protektionistische Wirkung des Smoot-Hawley-Tarifs noch verstärkt. Die Konferenz war die letzte verpasste Chance vor dem Krieg. Bereits 1933 in London und nicht erst 1944 in Bretton Woods hätte der US-Dollar zur Leitwährung werden, hätten die USA ihre Märkte öffnen und den krisengeschüttelten Ländern Kredite einräumen können, um die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es dauerte weitere 12 Jahre, bis der hegemoniale Übergang von Großbritannien zu den USA vollzogen werden konnte. Vielleicht wäre ohne dieses führungslose Intermezzo die Eskalation, die zum Zweiten Weltkrieg in Europa und Asien führte, gedämpft worden. Vieles von dem, was nach dem Krieg umgesetzt wurde, wäre 1933

⁶⁰ Zum gesamten Komplex und den Folgen David Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*. London 1971.

schon zu haben gewesen. Hudson geht gar so weit, den USA aus dieser isolationistisch motivierten Verweigerungshaltung eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg zu geben⁶¹.

Stattdessen setzten die Demokraten unter Führung Roosevelts auf die „Great Society“. Die New Deal-Gesetze sollten unter dem Schutz hoher Zölle und eines abgewerteten Dollar die Binnenkonjunktur wieder in Gang setzen. Dies gelang. Die auf den New Deal folgende Hochkonjunktur reichte bis in die 1950er Jahre mit der Konsequenz, dass die schon zuvor überragende wirtschaftliche Position der USA gegenüber allen anderen Ländern noch weiter gestärkt wurde. Damit waren zwar die Ressourcen vorhanden, den herausziehenden Krieg zu entscheiden, doch um den Preis, dass die Führungsrolle nicht friedlich übernommen, sondern militärisch durchgesetzt werden musste.

Ähnlich wie im Vorfeld des Ersten Weltkriegs suchte sich die US-Regierung, solange es ging, aus dem aufziehenden Konflikt herauszuhalten. Das nicht unumstrittene Neutralitätsgesetz vom 1.5.1937 sah das Verbot von Waffenlieferungen an kriegführende Staaten vor.⁶² Allerdings wurde der Antikominternpakt des Jahres 1936 mit der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion beantwortet - wenn man so will, der erste Schritt zur Formierung der Kriegskoalition. Gleichzeitig wurde mit Großbritannien und Frankreich ein Stabilisierungsabkommen (Tripartite) geschlossen.

Während die britische und französische Regierung an der Politik des Appeasement festhielten, um die aggressive deutsche Politik zu dämpfen, die 1938 zum berüchtigten Münchener Abkommen führte, und Japan seine neue Ordnung der „Gemeinsamen Großasiatischen Wohlstandssphäre“ propagierte, nahm in den

⁶¹ Hudson 2003, S. 112.

⁶² Vgl. dazu die skeptische Frage der den Council on Foreign Relations vertretenden Allen W. Dulles/Hamilton Fish Armstrong, Can We Bew Neutral? New York 1936.

USA die fünfte Internationalismus/Isolationismusdebatte an Fahrt auf. Noch waren die Internationalisten in der Minderheit. Immerhin wurde 1938 eine Koordinierung der Militärstrategie mit Großbritannien vereinbart. Die US-Marine sollte für den nördlichen Pazifik, die britische Marine für den südlichen Pazifik und den Atlantik zuständig sein. Deutschlands Kriegsvorbereitungen kulminierten im Hitler-Stalin-Pakt des Jahres 1939. Auf sowjetischer Seite stand das Kalkül, Zeit zu gewinnen bis zu einem erwarteten deutschen Angriff, auf deutscher Seite das Kalkül, im Osten den Rücken frei zu haben, um im Westen angreifen zu können. Nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1.9.1939 stand auf US-Seite lediglich die Modifizierung des Neutralitätsgesetzes, das weiterhin die aktive Kriegsteilnahme ausschloss, aber mit dem „Land and Lease-Act“ erlaubte, dass die USA Großbritannien Kriegsgerät „leihen“ durften und dafür als „Pfand“ britische Stützpunkte pachtete. Immerhin wurde im Februar 1941 die Atlantische Flotte mit 159 Einheiten, darunter zwei Flugzeugträger, gegründet, um für den erwarteten U-Boot-Krieg gewappnet zu sein. Das „Mutual Aid Agreement“ mit Großbritannien vom 23.2.1942 verknüpfte in Artikel VII erstmals Sicherheits- mit Wirtschaftsfragen. Die britische Wirtschaft sollte liberalisiert werden. Dies war der Einstieg in die GATT-Verhandlungen nach dem Krieg. Der Artikel VII war aber auch das stillschweigende Eingeständnis, dass die USA für die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise mitverantwortlich waren. Gegenüber Japan griff man hingegen zum Mittel des Wirtschaftsboykotts. Zuckerbrot und Peitsche.

Damit war eine ähnliche Konstellation wie zu Beginn des Ersten Weltkriegs eingetreten. Wie 1914 zögerten die USA auch 1939, sofort in den Krieg einzutreten, weil der Isolationismus im Kongress immer noch viele Anhänger hatte und weil prominente Zeitgenossen wie Charles Lindbergh oder Charles Beard sich gegen den Kriegseintritt aussprachen. Stattdessen versuchte man wieder mit wirtschaftlichen Mitteln Druck auszuüben. Wie so

oft erwies sich auch hier, dass harte Diktatoren sich dadurch nicht beeindrucken ließen. Wieder bedurfte es eines aufrüttelnden Ereignisses, nämlich des japanischen Überfalls auf Pearl Harbour im Dezember 1941, um den isolationistischen Widerstand zu brechen. Alle Hinweise auf eine Verschwörung, dass man bewusst den Angriff zuließ, um die eigene Bevölkerung zu mobilisieren, lassen sich nicht belegen⁶³. Und wieder war es die überragende Wirtschaftskraft, die nach einer Anlaufphase den kriegsentscheidenden außerordentlichen Ausstoß von Rüstungsgütern produzierte. Weder Deutschland noch Japan verfügten über das Industrie- und Rohstoffpotential für einen langen Abrüstungskrieg. Der verzweifelte Versuch der deutschen Marine, mit Hilfe von Blockadebrechern und am Ende sogar U-Booten trotz hoher Verluste geringe Mengen Kautschuk aus dem von Japan kontrollierten Südostasien in den deutschen Machtbereich zu transportieren, ist ein schönes Beispiel für die materielle Asymmetrie des Krieges⁶⁴.

Der eigentliche Kriegsverlauf ist für unser Thema nachrangig. Roosevelt war im Juli 1940 für eine dritte Amtszeit gewählt worden, ein Signal zur Unterstützung Großbritanniens. 1940 hatte der forcierte Flottenbau begonnen, war mit dem „Service Act“ erstmals die Wehrpflicht in Friedenszeiten eingeführt worden und hatte der Land-Lease-Act im Dezember desselben Jahres dazu geführt, dass Großbritannien 50 US-Zerstörer „geliehen“ wurden. Im Gegenzug „pachteten“ die USA acht britische Stützpunkte in Neufundland und der Karibik für 99 Jahre. Großbritannien brauchte die Zerstörer, um dem deutschen U-Boot-Krieg begegnen zu können, die USA die Stützpunkte, um ihre Einflusszone auszudehnen. White nennt dies den „neuen Louisiana Purchase“⁶⁵, der diesmal nicht das Territorium der USA, son-

⁶³ Jonathan Utley, The United States Enters World War II. In: Carroll/Herring 1996. S. 101-116, hier S. 115; ferner Stinnett 2003.

⁶⁴ Details bei Theodore Micheaux, Rohstoffe aus Ostasien: Die Fahrten der Blockadebrecher. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 5.1955, 11. S. 485-507.

⁶⁵ White 1996, S. 49.

dern die von ihnen kontrollierten Seegebiete im Atlantik gewaltig ausdehnte. Die Pacht der Stützpunkte war die erste territoriale Expansion seit 1917. Dänemark akzeptierte darüber hinaus US-Basen auf Grönland. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22.6.1941 wurde der Land Lease-Act auf die Sowjetunion ausgeweitet.

Der Land-Lease-Act zeigte damit eine ähnliche Wirkung wie der War-Revenue-Fonds 1917. Im weiteren Verlauf des Krieges war die US-Industrie nicht nur in der Lage, die mit dem Wehrpflichtgesetz aus dem Boden gestampfte eigene Armee auszurüsten, sondern auch Großbritannien, die Sowjetunion und sogar China mit Kriegsgerät zu beliefern und so deren weitere Kriegsteilnahme zu sichern. Die Sowjetunion erhielt 7000 Panzer, 14.000 Flugzeuge, 1825 Lokomotiven, 420.000 Feldtelefone, 15 Mio. Paar Stiefel und alle möglichen anderen Ausrüstungsgüter bis hin zu kompletten Fabriken⁶⁶. Die Ausweitung des Programms war mit der Hoffnung auf eine Nachkriegskooperation verbunden. Allerdings hatte die Sowjetunion sich geweigert, ihren Part bei Land-Lease zu spielen und die Forderung nach der Nutzung von Flugplätzen abgelehnt. Das galt selbst für den Kaukasus. Von dort hätten US-Bomber Stalingrad gegen den deutschen Druck entlasten können.

Wie im Ersten Weltkrieg führten die deutschen U-Boote im Atlantik den Kaperkrieg gegen Großbritannien, um die Belieferung mit Kriegsgerät zu unterbinden. Der Geleitzugkrieg im Nordatlantik sollte den Nachschub für die Sowjetunion via Murmansk beeinträchtigen und so die Ostfront entlasten. Nach Gründung der UNO wurde der Land-Lease-Act durch die „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ (UNRRA) ersetzt, Nukleus für die spätere Entwicklungshilfe.

⁶⁶ White 1996, S. 49.

Das gegen Japan verhängte Ölembargo provozierte die japanische Führung zur Flucht nach vorn. Die Zeit lief gegen Japan. Mit jedem Monat des Zuwartens schritt der Aufbau der US-Flotte im Pazifik voran und gingen die japanischen Ölvorräte weiter zur Neige. Das Kalkül lautete: Durch einen Überraschungsangriff die US-Flotte in Pearl-Harbour und die britische Flotte in Singapur auszuschalten, dann nach Indonesien vorzustoßen und die dortigen Ölfelder unter Kontrolle zu bringen. Die niederländische Herrschaft über Indonesien war durch die deutsche Besetzung des Mutterlandes geschwächt. Der verzweifelte Versuch schlug fehl, weil der japanische Befehlshaber, Admiral Yamamoto, vor Pearl Harbour zu zögerlich war und weil die beiden Flugzeugträger, Hauptziel des Angriffs, ausgelaufen waren. Eine zweite Angriffswelle hätte die japanischen Träger einem möglichen Angriff von US-Flugzeugen hilflos ausgesetzt. Trotz der anfänglichen Erfolge in Südostasien musste sich mit zunehmender Dauer des Krieges die materielle Überlegenheit der USA auswirken. Erst wurde in den großen Seeschlachten die japanische Flotte, insbesondere die Flugzeugträger, dezimiert, dann eine Pazifikinsel nach der anderen erobert, bis die japanischen Hauptinseln im Radius der US-Bomber lagen. Seitdem konnte dieselbe Bombenstrategie wie gegen Deutschland verfolgt werden. Erst für den Oktober/November 1945 war die Invasion Japans geplant.⁶⁷

Neben der konventionellen Rüstung ist auf die Kraftanstrengung des Projekts zum Bau der Atombombe zu verweisen. Nachdem die deutsche Grundlagenforschung im Ausland bekannt war, wuchs die Befürchtung, dass Deutschland am Ende durch seine „Geheimwaffen“ doch noch in der Lage sein könnte, den Krieg zu seinen Gunsten zu wenden. Worst case wäre eine deutsche Atombombe in Verbindung mit einer Fernrakete gewesen, die auf London, in der phantastischen Variante der „Amerika-Rakete“ sogar auf New

⁶⁷ Zum gesamten Komplex vgl. Edward S. Miller, War Plan Orange: The U.S. Strategy to Defeat Japan, 1897-1945. Annapolis 1991.

York, abgeschossen worden wäre. Dass die deutsche Forschung weit davon entfernt war und die deutsche Industrie unter dem Druck des Bombenkrieges gar nicht in der Lage war, ein so ambitioniertes technisches Großprojekt zu realisieren, war den Alliierten nicht bewusst.

Jedenfalls gelang es einer Initiative engagierter emigrierter europäischer Wissenschaftler, darunter Albert Einstein, Roosevelt zu überzeugen, dass die USA einer möglichen deutschen Atombombe zuvorkommen mussten. Das Manhattan-Projekt⁶⁸ wurde im August 1942 ins Leben gerufen und in Los Alamos, Neumexiko ein riesiges Forschungslabor aus dem Boden gestampft, das tatsächlich im Verbund mit anderen Großforschungseinrichtungen in Hanford und Oak Ridge das Projekt realisierte. Insgesamt waren 150.000 Wissenschaftler, Ingenieure und sonstige Beschäftigte damit befasst. Die Kosten beliefen sich auf 2 Mrd. US\$. Allein diese beiden Zahlen belegen, dass keine andere Macht die Kompetenzen, Kapazitäten und Ressourcen für ein derartiges industrielles Großprojekt hätte aufbringen können. Der erste erfolgreiche Test in der Wüste von Alamogordo am 16.7.1945 kam allerdings zu spät, um noch Einfluss auf das Kriegsende in Europa zu nehmen.

Doch zurück zu Pearl Harbour⁶⁹. Die japanische Kriegserklärung und der gleichzeitige Überraschungsangriff markieren den förmlichen Hegemoniewechsel zwischen den USA und Großbritannien, als letzteres am 7.12.1941 die US-Führungsrolle auch offiziell akzeptierte. 1941 wurden die ersten Strukturen geschaffen, um diese Führung nach 1945 fortzusetzen. Dazu gehörten die Gründung der 2. (Atlantischen) Flotte und die Gründung des US Caribbean Defense Command (bis 1947). 1942 folgte die 7. Flotte mit Operationsgebiet im Westpazifik zwischen Hawaii und der asiatischen Küste und im Indik. Über die Burma-Road wurde die

⁶⁸ Walter L. Hixson, Nuclear Weapons and Cold War Diplomacy. In: Carroll/Herring 1996. S. 187-204.

⁶⁹ Utley 1996.

nationalchinesische Armee beliefert, die sich weit nach Westen ins Landesinnere zurückgezogen hatte.

Die USA waren 1942-1945 in der Lage, zwei Kriege zu Lande, zu Wasser und in der Luft in Europa und in Asien zu führen und ihre Alliierten auf allen Kriegsschauplätzen mit Rüstungsgütern zu beliefern. Zugleich stieg das Sozialprodukt von 116,8 auf 201,0 Mrd. US\$. Der Krieg beanspruchte nicht die Wirtschaft aufs Äußerste wie bei den Verlierern Deutschland und Japan oder den Siegern Großbritannien und Sowjetunion, er führte in den USA zu einer beispiellosen Hochkonjunktur. Die wirtschaftliche Nachkriegsordnung hatte auch diesem Faktor Rechnung zu tragen, verlangte die expandierte US-Wirtschaft nach dem Ausfall der kriegsbedingten Nachfrage doch neue Absatzmärkte.

Das Jahr 1942 brachte nach der Seeschlacht bei Midway die Wende im Pazifik. Mit der Landung in Nordafrika geriet auch Deutschland in die Defensive. 1943 war die Überlegenheit im Atlantik gesichert und begann der Bombenkrieg. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wirkte sich die wirtschaftliche Überlegenheit aus. Sobald der „Blitzkrieg“ sich in einen Abnutzungskrieg verwandelt hatte, gingen den Achsenmächten die Ressourcen aus. Wieder zeigte sich die Landmacht-Seemacht-Konstellation. Japan wurde zur See bezwungen und von seinen Versorgungslinien abgeschnitten, die japanische Festlandsarmee verlief sich in China, das zu groß und zu unwegsam ist, um vollständig besetzt werden zu können. Die deutsche Flotte war im selben strategischen Nachteil wie im Ersten Weltkrieg. Wieder mussten die U-Boote versuchen, Großbritannien mit den Mitteln des Kaperkrieges in die Knie zu zwingen, wieder war die Fähigkeit der Gegenseite, die Verluste im U-Boot-Krieg zu kompensieren, größer als die Fähigkeit, der U-Boote, Schiffe zu versenken. Wieder wurde die Landmacht Deutschland von der überseeischen Versorgung abgeschnitten, die durch Ersatzstoffe

wie die Kohleverflüssigung nur unzureichend kompensiert werden konnte. Und wieder verlief sich die deutsche Armee in der Tiefe des russischen Raumes.

Umgekehrt verfügten die USA neben der überragenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weiterhin über den geostrategischen Vorteil der Insellage und der langen Distanzen zu Asien und Europa. Sie waren in der Lage, den Krieg nach Japan und Deutschland zu tragen, Japan und Deutschland waren aber nicht in der Lage, das Umgekehrte zu tun. Der einmalige Angriff auf Pearl Harbour war im Pazifik das Äußerste, einige wenige deutsche U-Boote, die es bis vor die US-amerikanische Ostküste brachten, im Atlantik das Äußerste. Sobald der militärische Aufbau abgeschlossen war und die Invasion 1944 in der Normandie stattgefunden hatte, konnten die deutschen Truppen nur noch Rückzugsgefechte führen.

Bereits während des Krieges wurden die Konzepte für die Nachkriegsordnung gemacht. Dabei ging es um die Wiederaufnahme der Wilsonschen Tradition der „Global Society“, solange die Demokraten an der Macht waren. Zugleich eskalierte der Ost-West-Konflikt erneut, obwohl doch die Alliierten militärisch zusammenarbeiteten⁷⁰. Indizien dafür gab es sowohl auf dem europäischen wie auf dem asiatischen Schauplatz. Die Frage lautet, warum die Invasion erst im Sommer 1944 und nicht viel früher stattgefunden hat und warum so lange die Alternative einer Landung auf dem Balkan diskutiert wurde. Immerhin war man via Nordafrika in Italien schon 1943 vorgerückt. Die USA konnten Zeitpunkt und Ort der Invasion frei wählen, die Sowjetunion stand derweil mit dem Rücken zur Wand. Die Antwort auf die Frage muss deshalb lauten: Weil die westlichen Alliierten ein Interesse hatten, dass Deutschland und die Sowjetunion sich in einem langen Krieg gegenseitig schwächt, damit die angloameri-

⁷⁰ Robert L. Messer, World War II and the Coming of the Cold War. In: Carroll/Herring 1996. S. 117-135.

kanischen Truppen im Westen auf weniger Widerstand stoßen würden. Aber auch Großbritannien sah sich nicht zuletzt dank des Hitler-Stalin-Pakts bis 1941 allein gestellt, hatte zumindest die Hauptlast des Krieges zu schultern. Auch hatte sich die sowjetische Bereitschaft zur Kooperation in dem Maße verhärtet, wie die Rote Armee im Westen vorrückte. Das galt insbesondere, seit sie am 4.1.1944 die polnische Grenze überschritten hatte. Ein Indiz war auch die Weigerung, den Warschauer Aufstand im August 1944 zu unterstützen. Hier deutete sich an, dass Polen bereits als künftiger sowjetischer Einflussbereich betrachtet wurde und ein Erfolg des Aufstands nicht im sowjetischen Interesse war. Umgekehrt hatten die USA ein starkes Interesse an einem sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan, um auch dieses in eine Zweifrontensituation zu zwingen und die Festlandsarmee zu binden. Umgekehrt hatten weder die Sowjetunion noch Japan ein Interesse an einer solchen Konstellation. Zum deutschen Leidwesen hatte Japan trotz der Allianz mit Deutschland einen geheimen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion geschlossen, an den sich beide Seiten mit eisernem Realismus fast bis zum Schluss hielten.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren die USA die unbestrittene wirtschaftliche und militärische Führungsmacht der Welt. US-Besatzungstruppen standen in Japan, Südkorea, zeitweise in China, in Deutschland, Italien und Österreich. Die USA produzierten mehr als die Hälfte der Industriegüter der gesamten Welt und verfügten über eine Wirtschaft, die durch den Krieg nicht geschädigt, sondern geradezu angefeuert worden war. Wie im Ersten Weltkrieg hatte die Rüstungsproduktion wie ein grandioses Konjunkturprogramm gewirkt. Die Militärausgaben waren in den Spitzenjahren 1944/45 auf 36-38 Prozent des BSP emporgeschneilt und mussten durch eine außerordentliche Kreditaufnahme finanziert werden, die problemlos möglich war. Umgekehrt war die deutsche Wirtschaft an ihre Belastungsgrenze gestoßen, konnte die Rüstungsindustrie nur durch außerordentliche

Zwangsmaßnahmen wie den massenhaften Einsatz von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen oder durch die verzweifelte Verlegung strategischer Rüstungsbetriebe unter Tage die Versorgung der Armee so halbwegs gewährleisten. Am Ende scheiterte z.B. der Einsatz der neuen Waffen wie des Messerschmidt-Düsenjägers am fehlenden Flugbenzin⁷¹. Auch war die hohe Konzentration von Ressourcen auf die sog. V-Waffen, die zwar einen propagandistischen Wert, aber wenig militärischen Wert hatten, eine Fehlkalkulation, da diese Ressourcen an anderer, für den Krieg wichtigerer Stelle, fehlten. Deutschland und Japan haben den Krieg nicht nur militärisch verloren, sondern auch weil beider wirtschaftliche Fundamente für einen lang anhaltenden Abnutzungskrieg viel zu dünn waren. Mehr noch: Die Wirtschaft der europäischen wie der asiatischen Kriegsteilnehmer insgesamt, egal ob Sieger wie Großbritannien, Sowjetunion und China oder Besiegte, wie Deutschland, Japan und Italien, waren am Ende durch den Krieg zerstört oder ausgelaugt.

Die militärische Dominanz war womöglich noch erdrückender. Die US-Marine war die stärkste der Welt, verfügte 1945 inklusive der Landungsboote über 6.768 Einheiten und unterhielt ein weltweites Netz von Militärbasen von Asien bis Europa. Die Verteilung der Flotten über die Weltmeere erlaubte erstmals einen weltweiten Operationsradius. Ähnliches galt für die Luftwaffe, die in Europa und Ostasien über zahlreiche neue Flugplätze bei Alliierten wie besetzten Kriegsgegnern verfügte. Kern der maritimen Macht waren die großen Flugzeugträger, Kern der Luftmacht die Bomber mit hoher Ladekapazität und großer Reichweite. Die Fähigkeit zum massenhaften Bau der „Fliegenden Festungen“, deren Stückzahl schneller gesteigert werden konnte als die Verluste im Luftkrieg, war neben der Lufthoheit ein kriegsentscheidender Faktor gegenüber Deutschland und Ja-

⁷¹ Vgl. dazu Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg. Berlin 1968.

pan gewesen. Auch die Armee brauchte mit ihren Panzern und schweren Lastwagen keinen Gegner zu fürchten.

Hinzu kam das Atombombenmonopol bis 1949. Bernard Brodie war der erste, der die militärischen und politischen Konsequenzen der neuen Waffe systematisch reflektierte. „The Absolute Weapon“⁷² verfügt über eine Kraft, die jede Stadt der Welt zerstören kann. Im Unterschied zu anderen Waffen gibt es keine wirksame Abwehrmöglichkeit. Bereits die deutsche V2 mit ihrer geringen Sprengkraft war nicht abzuwehren. Das strategische Operationsgebiet von Flugzeugträgern, die Atombomben mitführen, wird dramatisch ausgeweitet. Die künftige Kombination von Atombomben und Raketen wird dazu führen, dass die „Tiefe des Raumes“ verloren geht. Luftüberlegenheit garantiert künftig keine Sicherheit mehr. Selbst eine überlegene Zahl von Bomben ist keine Garantie für die strategische Überlegenheit im Atomkrieg. Bis zum Beginn des Atomraketenzeitalters werde die Strategische Bomberflotte zur wichtigsten, zur kriegsentscheidenden Waffengattung. Da Brodie davon ausging, dass andere Länder in 5-10 Jahren auch über Atombomben verfügen würden und da die Bombe eine Angriffswaffe ist, bestehe die einzige effektive Möglichkeit, einen solchen Angriff abzuwehren in der Drohung, dass ein Angriff mit Atomwaffen durch einen atomaren Zweitschlag beantwortet wird. Damit waren die Grundgedanken der Abschreckungstheorie bereits formuliert, die Transformation des Militärs von der Aufgabe, Kriege zu führen, zu der Aufgabe, Kriege zu verhindern, vorausgedacht.

Die skizzierte umfassende Dominanz versprach eine in der Reichweite und Qualität welthistorisch einzigartige Hegemonialposition. Anders als am Ende des Ersten Weltkrieges war diesmal der politische Wille mehrheitsfähig, die Rolle des Hegemons auch anzunehmen. Deshalb wurde in den Jahren 1944/45

⁷² Bernard Brodie, (Hrsg.), The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order. New York 1946.

ein zweiter Anlauf genommen, eine neue Weltordnung nach US-Muster zu errichten. Aus der „Great Society“ sollte endlich die Global Society doch noch hervorgehen. Der New Deal der frühen Roosevelt-Ära fand seine Fortsetzung in den „Vier Freiheiten“ (Speech, Religion, Fear, Want), Roosevelts Version der 14 Punkte seines geistigen Vorgängers Wilson. Bereits 1941 war die Vision in der Atlantik-Charta zum Nachkriegsprogramm gemacht worden. Damit markieren die Jahre 1940-1950 nicht nur den Zenit der US-Überlegenheit in materieller Hinsicht (Wirtschaftsleistung, Militärpotential, Atommonopol), sondern auch in ideeller Hinsicht. Die weltweite Akzeptanz der USA als Führungsmacht dürfte nie größer gewesen sein als mittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA und nicht die anderen Alliierten galten als die Befreier Europas und Asiens von den imperialen Ambitionen Deutschlands und Japans. Die USA machten Druck auf die alliierten europäischen Kolonialmächte, ihre Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Den Niederlanden wurde im Hinblick auf Indonesien gar mit der Verweigerung des Marshall-Plans gedroht. Getragen von dieser breiten Akzeptanz konzipierten sie eine globale Nachkriegsordnung. In einer Serie von sage und schreibe 26 größeren internationalen Konferenzen während des Krieges, u.a. in Teheran, Kairo, Jalta, Potsdam, Dumbarton Oaks, Bretton Woods und San Francisco waren die USA in der Lage, ihre Vorstellungen weitgehend durchzusetzen. Einzig Großbritannien konnte als Juniorpartner hinhaltenden Widerstand leisten und geringen Einfluss nehmen. Die Außenministerkonferenz in Moskau vom 18.-30.10.1943 hatte Anlass zum Optimismus gegeben, dass auch die Sowjetunion kooperieren würde. Allerdings mischte sich in die Konferenzserie der Störfaktor des wieder aufflackernden Ost-West-Konflikts, der sich während des Krieges bereits angebahnt hatte.

Das Verhältnis der Alliierten untereinander, nachdem der deutsche und japanische „Blitzkrieg“ sich in einen Abnutzungskrieg verwandelt hatte, war von einer eigentümlichen Ambivalenz ge-

prägt. Auf der einen Seite zwang der Krieg zur Kooperation und damit zur Kompromissbereitschaft, auf der anderen Seite hatten beide Seiten Grund, über die Kriegsführungsstrategie des Partners unzufrieden zu sein. Die Sowjetunion forderte lange Zeit vergeblich die Eröffnung einer zweiten Front im Westen von Europa, da sie die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte. Umgekehrt hielt sie sich aber an den Nichtangriffspakt mit Japan, war also selber nicht bereit, in Ostasien eine zweite Front zu eröffnen.⁷³ Dies hatte sogar die Konsequenz, dass bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion ein reger Verkehr zwischen Japan und Deutschland auch bei militärisch relevanter Fracht via Transsibirische Eisenbahn stattfinden konnte. Die Entscheidung der westlichen Alliierten, statt sofort in der Normandie erst in Nordafrika zu landen und dann nach Italien überzusetzen, das Liebäugeln Churchills mit einer Landung auf dem Balkan, deutet auf realistische bzw. „imperiale“ Erwägungen bezüglich der Einflusszonen in Europa nach dem Kriege. Auch das von der sowjetischen Seite unterstellte Kalkül, die deutschen und sowjetischen Armeen verbluten zu lassen, bevor die Westalliierten auf dem Schlachtfeld erschienen, dürfte eine Rolle gespielt haben. Jedenfalls war der deutsche Widerstand an der Ostfront härter als an der Westfront.

Zeitgleich zu den erkennbaren realistischen Überlegungen wurde in den USA die idealistische Tradition der Wilsonianer wieder aufgenommen, wuchs die Hoffnung, dass der Traum Wilsons von der besseren Welt nach US-Muster doch noch wahr werden konnte. Diese Hoffnung wurde durch den Umstand gestärkt, dass 1943/1944 mit der sog. Varga-Debatte eine revisionistische Diskussion über die Generallinie in der Sowjetunion begonnen hatte. Hierbei ging es um die These Eugen Vargas, in den 1930er Jahren Wirtschaftsberater Stalins und bis 1946 Leiter des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik, dass der Staat in der Lage sei, den Kapitalismus zu stabili-

⁷³ Vice versa lautete auch der deutsche Vorwurf gegenüber Japan.

sieren⁷⁴, wie das Beispiel USA im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gezeigt habe. Deshalb werde es nicht zum prognostizierten Zusammenbruch des Kapitalismus und zur Weltrevolution kommen. Dies habe die Konsequenz, dass die Sowjetunion sich auf ihre eigene Entwicklung zu konzentrieren und sich auf eine Politik der Koexistenz einzustellen habe. Daraus ließ sich die generelle Bereitschaft zur Kooperation nach dem Krieg ableiten. Umgekehrt hatte Varga allerdings auch die Prognose abgegeben, dass die unterschiedlichen Interessenlagen Großbritanniens und der USA nach dem Krieg zum Konflikt führen würden. Diese These durfte er sogar in „Foreign Affairs“ veröffentlichen⁷⁵ – ausgerechnet in derselben Nummer, in der George F. Kennan seinen berühmten X-Artikel platzierte, der die Wende in der Politik gegenüber der Sowjetunion einleitete.

1942 gab es die erste Vorkonferenz zur Gründung der UNO in Washington, 1943 folgte eine Resolution des Kongresses zur Teilnahme an der UNO und damit das Signal, dass eine Ratifizierung des Vertrages dort nicht ein zweites Mal scheitern werde. Daraufhin wurde im State Department der Entwurf einer UNO-Charta erarbeitet, die 1944 auf der Konferenz von Dumbarton Oaks von Großbritannien, China und der Sowjetunion akzeptiert wurde. Die Gründung der UNO auf der Konferenz von San Francisco im Frühjahr 1945 war deshalb nur noch Formsache, zumal man in Jalta Stalin einige Konzessionen (drei Stimmen in der Vollversammlung, Vetorecht im Sicherheitsrat) eingeräumt hatte. Anders als im Falle des Völkerbunds verweigerte der Kongress die Ratifizierung nicht. Im Senat lautete das überwältigende Abstimmungsergebnis 89:2:5. Allerdings hatte es im Repräsentantenhaus starken Widerstand auf republikanischer

⁷⁴ Vgl. dazu Eugen Varga, Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des Zweiten Weltkriegs. In: Ders., Die Krise des Kapitalismus und ihre Folgen. Frankfurt 1969. S. 416-425. Der Text ist das Schlusswort Vargas einer Diskussion über sein erst 1947 veröffentlichtes Buch mit dem gleichen Titel.

⁷⁵ Eugen Varga, Anglo-American Rivalry and Partnership: A Marxist View. In: Foreign Affairs 25.1946/47, 4. S. 583-595.

Seite gegeben, der sich wie schon 1920 an der Souveränitätsfrage entzündete. Entscheidendes Argument gegenüber den Zweiflern war das Veto-Recht der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, das bis heute eine wirkliche Abgabe von Souveränität verhindert hat. Insofern hatte man in Jalta nicht nur gegenüber Stalin, sondern auch gegenüber den verbliebenen Isolationisten im eigenen Land eine Konzession gemacht.

Aber nicht nur der Weltfrieden sollte künftig durch eine Weltorganisation gesichert werden, auch die Neuordnung der Weltwirtschaft nach liberalen Grundsätzen wurde angestrebt, um die negativen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise zu verarbeiten. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg wurde nicht mehr stur auf die Rückzahlung der Kriegsanleihen durch die Alliierten gepocht, sondern diese zum Hebel gemacht, die eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen. Auf der Konferenz von Bretton Woods wurde 1944 das 1933 auf der Londoner Wirtschaftskonferenz verpasste neue Weltfinanzsystem verabredet. Protagonisten der Debatten waren der US-Verhandlungsführer Harry Dexter White als Vertreter der Gläubiger und der britische Verhandlungsführer John Maynard Keynes als Vertreter der Schuldernationen. Wessen Vorstellungen sich durchsetzten, liegt auf der Hand. Kern des nach dem Tagungsort benannten „Bretton Woods-System“ war die Etablierung des US-Dollar als internationaler Leitwährung auf der Basis eines Systems fester Wechselkurse. Der US-Dollar wurde auf die Parität 1 Unze Gold = 35 US\$ festgelegt. Alle anderen Währungen bekamen eine feste Parität zum Dollar und damit indirekt auch zum Gold. Nur der Dollar war durch den US-Goldschatz gedeckt und allen Ländern, die über Dollar-Bestände verfügten, wurde das Recht garantiert, diese bei der US-Zentralbank gegen Gold eintauschen zu können. Damit erübrigte sich die nationale Golddeckung. Ende

des Krieges erhielten die USA von den weltweiten Goldreserven in Höhe von etwa 33 Mrd. US\$ allein 20 Mrd⁷⁶.

Zwei neue Institutionen, Weltbank und Weltwährungsfonds (WWF) mit Sitz in Washington und nicht in New York bei der UNO, wie Keynes vorgeschlagen hatte, sollten den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den vom Krieg zerstörten Ländern finanzieren und die Zahlungsbilanzprobleme einzelner Länder beheben. Außerdem sollte der Export von US-Kapital in Form von Hilfsprogrammen wie das European Recovery Program (ERP), die Ausgaben für US-Truppen, die in Übersee stationiert waren, und Direktinvestitionen die Weltwirtschaft stimulieren. Anders als bei der UNO galt bei den Finanzinstitutionen nicht das Prinzip 1 Land = 1 Stimme, die Stimmenverteilung in den Gremien richtete sich vielmehr nach der Quote des eingezahlten Kapitals. Vom Gründungskapital des WWF in Höhe von 7,3 Mrd. US\$ zeichneten die USA 2,75, Großbritannien 1,3 und China 0,55 Mrd. US\$. Der kombinierte Anteil des Empire lag mit 2,475 Mrd. gerade noch unter der US-Quote⁷⁷. Da die USA auch in der Weltbank die mit Abstand höchste Quote zugesprochen bekamen, musste ihr Einfluss in beiden Institutionen bestimmend sein, zumal die anderen Länder die Quotenfestsetzung akzeptierten. Nur die Sowjetunion konnte nicht zum Beitritt bewegt werden.

Nicht verschwiegen werden darf, dass es auch 1945 noch eine starke isolationistische Gruppe, angeführt von Senator Taft, gab, die die Ratifizierung des Bretton Woods-Abkommens bis zur Gründung der UNO vertagen wollte, um die Frage dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO zur Beratung zu übertragen. Dieser Gruppe ging trotz der Dominanz der USA in beider Institutionen die Abgabe von Souveränität zu weit. Am Ende wurde das Abkommen im Repräsentantenhaus mit 345:18 und im Senat mit 61:16 Stimmen ratifiziert. Ausdruck des auch nach dem Zweiten

⁷⁶ Rowland 1976, S. 220.

⁷⁷ Hudson 2003, S. 280.

Weltkrieg nicht ganz verschwundenen Isolationismus war auch, dass die vorgesehene Gründung einer Welthandelsorganisation auf der Konferenz von London am Widerstand der US-Wirtschaft scheiterte. Stattdessen wurde 1947 das GATT-Abkommen geschlossen, das über mehrere Zollsenkungsrunden erst sehr viel später in eine Organisation, die WTO, umgewandelt wurde. Eine weitere Konsequenz der neuen Weltfinanzordnung war, dass New York London endgültig als Weltfinanzzentrum ablöste, wie seinerzeit Amsterdam im Zuge der Glorious Revolution durch London abgelöst worden war. Statt des alten Goldstandards gab es jetzt den Papierstandard des US-Dollars. Ein Zwischenfazit lautet, dass zwar die neue Rolle des US-Dollars als Leitwährung oder die Stimmenverteilung bei Weltbank und Weltwährungsfonds als eindeutige Indikatoren einer US-Hegemonie ab 1944/45 gewertet werden können, die nach einigem Widerstand des alten Hegemons Großbritannien von allen akzeptiert wurde, dass aber sich der eigentliche Widerstand in den USA selber regte. Das „Gespenst des Isolationismus“ ging wieder um. Jede internationale Regelung stieß sofort auf Widerstand, wenn darin ein Körnchen Abgabe von Souveränität an ein internationales Gremium erkennbar war. Der eigentliche Opponent der „Global Society“ blieb das „Fortress America“.

Dennoch: Bei Kriegsende standen die USA im Zenit ihres weltpolitischen Einflusses. Die Neuordnung der Welt nach ihren Vorstellungen schien gelungen. Die USA waren die treibende Kraft, entwickelten die Konzepte, richteten die Konferenzen aus, brachten die Alliierten dazu zuzustimmen und waren auch diejenigen, die den größten finanziellen Beitrag für die neuen Institutionen aufbrachten. Die widerstrebenden Interessen des wichtigsten Partners Großbritannien, das der von den USA favorisierten Entkolonialisierung reserviert gegenüberstand und im Sinne ihres wirtschaftlichen Vordenkers John Maynard Keynes eine stärkere Regulierung der Weltwirtschaft bevorzugt hätte, konnten überwunden werden. Die Sowjetunion zeigte sich zumin-

dest auf politischem Gebiet kooperationswillig, wenn auch der Beitritt zu einer liberalen Wirtschaftsordnung mit ihrer planwirtschaftlichen Grundorientierung nicht vereinbar war. Im Vergleich zu 1919 waren die Vereinbarungen und deren Umsetzung jedenfalls sehr viel weitgehender. Frankreich war im Vergleich zu 1919 zu sehr geschwächt und China lag, weil unter dem Bruck der Kommunistischen Partei Chinas stehend, ganz auf US-Linie.

Allerdings mischten sich in die euphorische Hochphase des Multilateralismus seit 1943 dunkle Zwischentöne, die die realistische Wende in den Internationalen Beziehungen andeuteten und in der Endphase des Krieges verstärkt wurden. Gaddis verlegt die Ursprünge des Ost-West-Konflikts sogar auf das Jahr 1941⁷⁸. Definitiv in der Zeit zwischen der Konferenz von Jalta im Februar 1945 und dem Ende des Krieges in Asien im Sommer 1945 flackerte der Ost-West-Konflikt wieder auf, eines Konflikts, der in der Endphase des Ersten Weltkriegs begonnen hatte und durch die Anti Hitler-Koalition überdeckt worden war.

Noch unter dem Eindruck der deutschen und japanischen Aggression vor und während des Zweiten Weltkrieges hatten Reinhold Niebuhr mit „The Nature and Destiny of Man“⁷⁹ und Hans Joachim Morgenthau mit „Scientific Man versus Power Politics“⁸⁰ die ersten Hauptwerke des politischen Realismus veröffentlicht und damit den akademischen Angriff auf die liberalen „Wilsonianer“ eröffnet. Der auf ein Stück Papier gekritzelte Deal zwischen Churchill und Stalin im Jahre 1944 über den „prozentualen“ Einfluss, den beide in den Balkanländern nach dem Krieg beanspruchten, war ein Ausdruck imperialen Denkens und hatte wenig zu tun mit dem Geist der gerade in der Gründung befindlichen

⁷⁸ John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of Cold War, 1941-1947*. New York 1972; vgl. dazu auch Ernst-Otto Czempiel, *Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft*. Berlin 1966.

⁷⁹ 2 Bde. New York 1941, 1943.

⁸⁰ Chicago 1946.

UNO. Das beiderseitige Einverständnis war eher ein Rückgriff auf das „Great Game“, das imperialistische Denken in Einflusszonen. Der kurze Deal zweier Männer hat die tatsächliche Entwicklung der Nachkriegszeit in Europa viel stärker bestimmt als der große Aufwand der UNO-Beratungen. Aber noch in Jalta, als der Krieg in Europa entschieden und die wichtigen Beschlüsse für die Nachkriegszeit bereits gefasst waren, gab es einen starken Druck in Richtung Kooperation, weil Japan noch nicht besiegt war.

Erst im Frühsommer, die UNO war längst gegründet, Deutschland hatte kapituliert, änderte sich das Blatt mit dem Atombombentest in Alamogordo. Die Bombe kam zwar zu spät, um noch gegenüber Deutschland eine Rolle zu spielen, dafür eröffneten sich zwei andere Verwendungsmöglichkeiten. Truman zögerte, auch zum Unwillen Churchills, den Beginn der Potsdamer Konferenz heraus, weil er glaubte, in den Verhandlungen mit Stalin mit der neuen Bombe ein Trumpf-As zu besitzen⁸¹. Außerdem besaßen die USA jetzt ein Mittel, den Krieg gegen Japan ohne sowjetische Unterstützung zu gewinnen und ohne dabei das Leben ihrer Soldaten zu gefährden. Angesichts des harten japanischen Widerstands auf den Pazifikinseln gingen die Prognosen ins Astronomische. Bis heute verstummen zudem die Spekulationen nicht, dass nicht nur Deutschland,⁸² sondern auch Japan fieberhaft an einem Atomwaffenprogramm mit deutscher Unterstützung gearbeitet habe, um die Invasion abzuwehren⁸³. Ganz zuletzt war sogar noch ein U-Boot beladen mit Mustern und Bauplänen deutscher

⁸¹ Gregg Herken, *The Winning Weapon: The Atomic Bomb in the Cold War 1945-1950*. New York 1982.

⁸² Vgl. dazu die kontrovers aufgenommene Arbeit von Rainer Karlsch, *Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche*. München 2005; ferner Thomas Powers, *Heisenbergs Krieg. Die Geheimgeschichte der deutschen Atombombe*. Hamburg 1993.

⁸³ Vgl. dazu Robert K. Wilcox, *Japan's Secret War: Japan's Race Against Time to Build Its Own Atomic Bomb*. New York 1995.

„Geheimwaffen“, sogar einer halben Tonne Uranoxid, Richtung Japan ausgelaufen.⁸⁴

Für das Verständnis des weiteren Verlaufs ist ein Blick auf den Kalender hilfreich. Am 8. Mai war der Krieg in Europa beendet. Damit wäre entsprechend dem geheimen Jaltaer Abkommen ein sowjetischer Kriegseintritt gegen Japan am 8. August fällig gewesen. Am 16. Juli wurde die Atombombe in Alamogordo erfolgreich getestet. Nur zwei weitere Bomben, was Alliierte wie die japanische Führung nicht wussten, waren einsatzbereit. Einen Tag später, am 17. Juli, begann die Potsdamer Konferenz, die bis zum 2. August dauern sollte. Am 25. Juli entschied Truman auf seinem provisorischen Amtssitz während der Konferenz in Babelsberg über den Atombombeneinsatz gegen Japan. Am 26. Juli wurde von Potsdam aus das Ultimatum zur bedingungslosen Kapitulation gestellt, das von Japan abgelehnt wurde. Ein wichtiger Grund war die Befürchtung, dass der Tenno als Kriegsverbrecher angeklagt und hingerichtet werden könnte. Nach den logistischen Vorbereitungen erfolgte der erste Atombombenabwurf (Little Boy) auf Hiroshima am 7. August. Danach war Japan im Grunde kapitulationsbereit.

Ohne die Kapitulation abzuwarten, kündigte die Sowjetunion den Nichtangriffspakt mit Japan und trat am 8. August, also exakt drei Monate nach Kriegsende in Europa, in den Krieg gegen Japan ein. Das Rennen⁸⁵ um die Einflusszonen in Fernost, Pendant zum Churchill-Stalin-Deal über die Aufteilung des Balkan, begann. Die Rote Armee rückte innerhalb weniger Tage in der

⁸⁴ Die tatsächliche Kooperation zwischen Deutschland und Japan auf militärischem Gebiet war gering. Nur wenigen Blockadebrechern über und unter Wasser gelang ein Austausch von deutschen Waffen gegen seltene Rohstoffe aus dem japanischen Machtbereich. Spektakulär und geheimnisumwittert war die letzte Fahrt von U-234 im Mai 1945, das beladen mit deutscher Waffentechnik, Rüstungsspezialitäten und sogar 560 kg Uranoxyd in Richtung Japan geschickt wurde, aber am 15.5.1945 von einem US-Zerstörer vor Neufundland aufgebracht wurde. Vgl. dazu Joseph M. Scalia, *Germany's Last Mission to Japan: The Failed Voyage of U-234*. Annapolis, MD 2000; Heiße Ladung. In: *Der Spiegel* Nr. 2, 1996. S. 148-149.

⁸⁵ Tsuyoshi Hasegawa, *Racing the Enemy: Stalin, Truman, and the Surrender of Japan*. Cambridge, Mass. 2005.

Mandschurei, in Korea, in Südsachalin und auf den Kurilen vor, ohne auf großen japanischen Widerstand zu stoßen. Bis zum 22. August wurden der Nordosten Chinas und der Norden Koreas besetzt. Am 9. August, ein Tag nach dem sowjetischen Kriegseintritt, wurde die zweite Atombombe (Fat Man) auf Nagasaki abgeworfen. Über die Motive dieses Abwurfs lässt sich spekulieren. Wollte man immer noch bestehende Widerstände unter japanischen Offizieren brechen? Immerhin gab es einen letzten verzweifelten Versuch putschender Offiziere, die Ausstrahlung der Ansprache des Tenno an Armee und Bevölkerung zu verhindern, in der dieser die Kapitulation verkündete. Wollte man auch den zweiten Bombentyp ausprobieren? Wollte man Japan für Pearl Harbour bestrafen? Oder war „Fat Man“ eine Warnung an die Sowjetunion, nicht noch weiter vorzurücken? Jedenfalls wurde vom 10. auf den 11. August ein Abkommen mit der Sowjetunion über die Aufteilung Asiens geschlossen. Japan wurde von den USA allein besetzt. Eine sowjetische Besatzungszone, etwa der nördlichen Insel Hokaido, gab es nicht. Dafür erhielt die Sowjetunion ihre Einflusszone in der Mandschurei, in einer Region, die im Zugriff der chinesischen Kommunisten unter Führung Mao Tse-tungs lag. In den südchinesischen Küstenstädten sollten US-Truppen landen und so der nationalchinesischen Regierung unter Chiang Kai-shek, die sich nach Chungking zurückgezogen hatte, den Weg ebnen. Korea wurde entlang des 38. Breitengrads geteilt, was sich bis heute trotz des Koreakriegs nicht wesentlich geändert hat. Nur als Hinweis: Die US-Truppen standen Anfang August erst in Okinawa, also noch weit weg vom Schauplatz, und waren erst drei Wochen später in der Lage, auf dem asiatischen Festland und in Japan an Land zu gehen. Am 14. August kapitulierte Japan. Mit der General Order No. 1 vom 15. August wollten die USA die Kapitulation der japanischen Truppen auf dem asiatischen Festland allein entgegennehmen, auch wenn die japanische Festlandsarmee schon zuvor mit sowjetischen Offizieren in Zharikowo einen Waffenstillstand vereinbart hatte. Offizielles Kriegsende in Asien war der 2. Septem-

ber. Dennoch wurden die sowjetischen Operationen zur Besetzung Südsachalins und der Kurilen erst am 5. September beendet und damit ein Seegebiet in Besitz genommen, das bis heute zum Operationsgebiet der nuklearen U-Bootflotte gehört.

In Asien waren die neuen Einflusszonen mit Waffengewalt bestimmt worden. Die technologische Überlegenheit der USA hatte die Sowjetunion durch den geopolitischen Vorteil kontern können. Die Landmacht war marschiert, die Seemacht hatte trotz der Kontrolle des See- und Luftraums vor dem Problem gestanden, als Seemacht fern der Heimat zu Lande operieren zu müssen. Auch ließ die geringe Schadensakzeptanz einer Demokratie keine zu hohen eigenen Verluste zu. Schließlich war ein Stück Bluff im Spiel gewesen. Eine vierte Atombombe hätte weder gegenüber Japan noch gegenüber der Sowjetunion abgeworfen werden können. Erst am 24. Juli 1946 setzten die USA mit der „Operation Crossroads“ ihre Atomtests auf dem Bikini-Atoll fort. Den Tests fielen ausgemusterte Schiffe aus dem Krieg zum Opfer – so der Flugzeugträger „Saratoga“, den die Japaner im Pazifik mehrfach vergeblich versucht hatten zu versenken, der Schwere Kreuzer „Prinz Eugen“ und vor allen Dingen das japanische Flagschiff „Nagato“, von deren Brücke aus Admiral Yamamoto den Angriff auf Pearl Harbour geleitet hatte.

Was die japanische Führung in Tokyo beeindruckte, erwies sich in Potsdam als Fehlschlag. Stalin zeigte sich durch Trumans Andeutung am Rande der Konferenz, über eine neue Waffe zu verfügen, ungerührt, zumal die sowjetische Spionage bestens im Bilde war. Allerdings soll er noch von Potsdam aus den Befehl zum Beginn des sowjetischen Atombombenprogramms gegeben haben.

Trotz der dramatischen Begleitumstände des Kriegsendes in Asien wurde weiter nach kooperativen Lösungen gesucht. Zwar wurden 1945 dauerhaft Truppen in diversen europäischen und asiatischen Ländern stationiert und so das Netz der Militärbasen

in Übersee abermals deutlich ausgeweitet, gleichzeitig wurde wie nach dem Ersten Weltkrieg die Zahl der Soldaten drastisch reduziert. Auch ein erheblicher Teil der Marineeinheiten wurde außer Dienst gestellt. Der Geist der neuen Weltordnung lebte noch fort. In London hatten 1946 die Verhandlungen zur Schaffung einer Welthandelsorganisation als Gegenstück zur bereits beschlossenen Weltfinanzordnung begonnen. Die USA traten dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag bei, die Philippinen wurden in die Unabhängigkeit entlassen, mit der Sowjetunion wurde ein Abkommen über den Abzug aus dem Iran geschlossen. Großbritannien und Frankreich verließen die Mandatsgebiete im Nahen Osten, um den Nahost-Konflikt zurückzulassen. Die Zeit für eine US-Präsenz am Persischen Golf war noch lange nicht gekommen.

Allerdings - die Zwischenwahlen des Jahres 1946 zum Kongress führten zu einer republikanischen Mehrheit im Kongress, mit der Truman umzugehen hatte. Ähnlich wie Wilson 1920 erlebte auch er seinen innenpolitischen Rückschlag, als die protektionistische Mehrheit im Kongress die Ratifizierung der auf der Konferenz in Havanna (November 1947 - März 1948) verabschiedeten Charta der Welthandelsorganisationen verweigerte.

Spätestens 1946 begann die neuerliche Eskalation des Ost-West-Konflikts, ausgesprochen in Churchills Fulton-Rede, in der zum ersten Mal das Wort vom „Eisernen Vorhang“ fiel, der über Europa heruntergegangen sei, ablesbar aber auch am Scheitern der Verhandlungen über China. Dort war der Konflikt zwischen den chinesischen Kommunisten und der nationalchinesischen Regierung wieder aufgeflammt. Die Sowjetunion hatte zwar mit Chiang Kai-shek einen Freundschaftsvertrag geschlossen, gleichzeitig konnten sich die Kommunisten aber in dem von der Sowjetunion kontrollierten Teil Chinas formieren und die Truppen der nationalchinesischen Regierung, die über eine Luftbrücke mit amerikanischer Unterstützung in die großen Städte des Nordens

verlagert worden waren, in die Defensive drängen. Der Chinesische Bürgerkrieg, der 1949 durch die Gründung der VR China und die Flucht Chiangs nach Taiwan beendet wurde, war der erste Stellvertreterkrieg im Ost-West-Konflikt. In Korea und Vietnam sollten weitere folgen.

Die außenpolitische Wende vom Multilateralismus zum Realismus wurde vorbereitet durch das „Long Telegram“ (8000 Wörter) George F. Kennans⁸⁶ vom 22.2.1946 aus der Moskauer Botschaft. Der Text, 1947 in *Foreign Affairs* mit dem Titel „The Sources of Soviet Conduct“ unter dem Pseudonym „X“ veröffentlicht⁸⁷, analysierte die tieferen Gründe des Außenverhaltens der Sowjetunion. Kennan kam zu dem Ergebnis, dass die Sowjetunion aus ihrer Ideologie heraus grundsätzlich expansionistisch disponiert sei. Aufgrund ihrer Unterlegenheit habe sie ein großes Sicherheitsbedürfnis, das offensiv bedient werde. Deshalb verstehe die Sowjetunion nur die Sprache der Macht. Alles andere werde als Schwäche ausgelegt. Langfristig prognostizierte Kennan den Zerfall der Sowjetunion, weil ihr System dem Westen unterlegen sei (!). Die wirtschaftlichen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit und der harte Winter 1946/1947 hatte die Attraktivität des Kommunismus in Europa wachsen lassen.

Folge seiner Analyse war die „Truman-Doktrin“ vom 12. März 1947, die die Politik des „containment“⁸⁸ begründete und bis 1989 Gültigkeit haben sollte. Damit leitete Truman als Antwort auf den sowjetischen Expansionskurs in Osteuropa und China den Paradigmenwechsel vom Idealismus Wilsonscher und Roosevelt-scher Prägung zum Realismus eines Reinhold Niebuhr, George F. Kennan oder Hans-Joachim Morgenthau ein, obwohl dieser nicht,

⁸⁶ Wilson D. Miscamble, *George F. Kennan and the Making of American Foreign Policy, 1947-1950*. Princeton 1992; Mark H. Lyte, *Containment and American Foreign Policy, 1945-1963*. In: Carroll/Herring 1996. S. 137-160.

⁸⁷ „X“ (George F. Kennan), *The Sources of Soviet Conduct*. In *Foreign Affairs* 25.1946/47, 4. S. 566-582.

⁸⁸ Deborah Welch Larson, *Origins of Containment: A Psychological Explanation*. Princeton 1985.

anders als nach der Ablösung Wilsons, von einem Machtwechsel von den Demokraten zu den Republikanern begleitet wurde. Nicht der Primat der Innenpolitik, sondern der Primat der Außenpolitik bestimmte für einige Zeit das politische Handeln. Das „Battleship Amerika“ wurde wieder in Stellung gebracht. Für die revisionistische Schule der Lehre von den Internationalen Beziehungen in den USA (Williams, Alperowitz, Horowitz, Kolko) liegt hier die Verantwortung der USA an der Eskalation des Ost-West-Konflikts. Die grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der Sowjetunion im Anschluss an die Varga-Debatte wurde nicht genutzt, sondern durch die Containment-Politik die Eskalation geschürt⁸⁹. Allerdings war Varga 1946 nach Veröffentlichung seines Buches „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des Zweiten Weltkriegs“ gesäubert worden, die Politik der friedlichen Koexistenz auch von den Hardlinern in Moskau ad acta gelegt worden.

Genannt seien nur die wichtigsten Reformen, die dem containment-Geist entsprachen. Der National Security Act des Jahres 1947 definierte erstmals die außen- und sicherheitspolitischen Befugnisse des Präsidenten. Er leitete die Phase der Dominanz der Exekutive gegenüber dem Kongress ein. Der Idealist Wilson hatte die zu starke Exekutivgewalt des Kongresses kritisiert, war aber dem Kongress unterlegen. Erst der Realist Stalin bewog den Kongress, den Forderungen Wilsons nachzugeben. In der Ära Kissinger wurde die Rolle der Exekutive weiter ausgebaut und reichte bis zum Ende der Nixon-Administration, als der War Powers Act (1973) nach dem Vietnam-Desaster die Kompetenzen des Präsidenten wieder beschnitt. Im Department of State wurde ein Policy Planning Staff gebildet, mit dessen Leitung Kennan als Autor des Containment-Denkens betraut wurde. Das Außenministerium, das unter Roosevelt faktisch keine Rolle gespielt

⁸⁹ Williams 1972, S. 225 ff.; Gar Alperowitz, Atomare Diplomatie - Hiroshima und Potsdam. München 1966; David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. 2 Bde. Berlin 1969; Gabriel Kolko, Hintergründe der US-Außenpolitik. Frankfurt 1969.

hatte, wurde unter Truman wieder aufgewertet. Erstes Projekt des Planungsstabes war die Ausarbeitung eines Plans zum Wiederaufbau Europas.

Kern der Reorganisation der Exekutive war die Gründung des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) als sicherheitspolitischem Machtzentrum, in dem die führenden Militärs, die Spitzen der Regierung und die Geheimdienste vertreten waren. Der NSC war auch eine Reaktion auf Spannungen zwischen ziviler und militärischer Führung. Ein Nationaler Sicherheitsberater wurde erstmals in der Amtszeit Präsident Eisenhowers berufen. Er war direkt dem Präsidenten unterstellt und konnte je nach Persönlichkeit den Außenminister an Einfluss übertreffen. Die militärische Seite betraf die Gründung des Department of Defense (DoD) durch Zusammenlegung der bisherigen Armee- und Marineministerien und die Herauslösung der Air Force aus der Army als eigene Waffengattung. Die Joint Chiefs of Staff (JSC), die Stabschefs der drei Waffengattungen, bildeten eine Art Generalstab, dem die Regionalkommandos unterstellt waren. Innerhalb der Luftwaffe wurde die Strategische Bomberflotte zur wichtigsten Einheit, die in der Lage war, Atombomben an jeden Punkt der Erde zu transportieren. Die Langstreckenbomber als eigentliche Offensivwaffe waren für etliche Jahre der Kern der Abschreckung. Die Air Force konnte deshalb kein Interesse haben, die aus Deutschland erbeutete Raketentechnik weiter zu entwickeln.

Die Organisation unterhalb der neuen JSC sah eine Dreiteilung der Kommandostruktur in ein „Pacific Command“ mit Sitz in Honolulu und regionaler Zuständigkeit bis Japan und Südkorea vor, ein „European Command“ mit Sitz in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland und ein „Caribbean Command“ mit Sitz in Miami. Unterfüttert wurden die Regionalkommandos durch den Umstand, dass US-Truppen in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Island, Grönland, Nordafrika, dem Nahen Os-

ten, in Japan, Korea, China, den Philippinen und auf den pazifischen Inseln stationiert waren, eine Kombination von Besatzung und Land lease. Allein die Marine unterhielt nach dem Krieg 40 Stützpunkte, davon 27 im Pazifik. Darunter befanden sich viele auf ehemaligen deutschen Kolonien (Karolinen, Marianen, Marshall-Inseln), die nach dem Ersten Weltkrieg von Japan verwaltet worden waren. Diese Basen waren ein harter Konfliktpunkt bei der Beratung der UNO-Charta. Sollten sie unter die Treuhandregelung fallen und damit der UNO unterstellt werden, sollten sie unter US-Verwaltung fallen oder gar annektiert werden, wie das US-Militär forderte? Der Kompromiss waren die Ausnahmeregelungen in der Charta (Art. 80, 82, 83), die die US-Zuständigkeit erlaubten. Die Luftwaffe behielt auf Island, Spitzbergen und den Azoren Stützpunkte für ihre Bomberflotte.

1947 begannen auch die Beratungen über den Nordatlantikpakt (NATO), der unter dem Eindruck der Berlin-Blockade am 4.4.1949 in Washington unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag war die erste institutionalisierte Allianz der USA seit der Farewell-Adress des Präsidenten Washington von 1796. Der Konflikt über Deutschland war anfänglich der machtpolitische Kern des Ost-West-Konflikts, die Zementierung der deutschen Teilung der vorläufige Kompromiss. Das lateinamerikanische Gegenstück zur NATO war der Rio-Pakt (1947). Neben die Reorganisation der sicherheitspolitischen und militärischen Apparate trat die Reorganisation der Geheimdienste durch die Gründung der Central Intelligence Agency (CIA), die aus dem Office of Strategic Studies (OSS) des Zweiten Weltkriegs hervorging. Der OSS war, eine Fußnote der Geschichte, während des Krieges zum Arbeitsplatz vieler aus Deutschland emigrierter Intellektueller, sogar aus dem Umkreis der Frankfurter Schule, geworden, die so ihren Beitrag zur Niederwerfung des NS-Systems leisteten. Deren Arbeit wurde nach 1945 fortgesetzt, nur waren sie jetzt gegen ein anderes totalitäres System, die Sowjetunion gerich-

tet. Herbert Marcuse, der prominenteste „Frankfurter“, der nicht zurückkehrte, hat mit „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“⁹⁰, 1952-1955 am Russian Institute der Columbia University und am Russian Research Center der Harvard University verfasst und von der Rockefeller-Stiftung finanziert, die „Denksysteme im Kalten Krieg“ maßgeblich beeinflusst.⁹¹ Mehr noch – die von der Rockefeller-Stiftung finanzierten Projekte exponierter europäischer Linker sollten dazu beitragen, dass die europäische Linke in einen pro- und einen anti-sowjetischen Teil gespalten wurde. Herbert Marcuses Buch „Der eindimensionale Mensch“⁹² machte ihn zwar weltberühmt, zur Kultfigur der 68er-Generation und zum wichtigen Kritiker des Vietnamkrieges, er trug aber dazu bei, dass die radikale westliche Linke ins anti-sowjetische Lager einschwenkte. Marcuse hatte der Arbeiterklasse in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft das revolutionäre Bewusstsein abgesprochen und dafür die kritischen Studenten oder die „Völker der Dritten Welt“ als neues revolutionäres Subjekt identifiziert. Die Frankfurter Schule als nützlicher Idiot im Ost-West-Konflikt. Auch das ist die Dialektik der Aufklärung!

Containment hieß aber nicht nur politische und militärische Eindämmung der Sowjetunion durch Reorganisation der Institutionen, Ausweitung des Netzes der Stützpunkte, Weiterentwicklung der Atombombe zur Wasserstoffbombe zum Zwecke der Abschreckung oder gar ideologische Spaltung der Linken, sondern sollte sich auch auf wirtschaftliches Gebiet erstrecken. Die USA wollten demonstrieren, dass eine liberale Weltwirtschaft unter ihrer Führung attraktiver und leistungsfähiger ist als das sowjetische System der zentralen Planwirtschaft. Dazu bedurfte es der Ergänzung des Bretton Wood-Systems durch ein Regime des Welt-

⁹⁰ Vgl. dazu Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg. Hamburg 2010.

⁹¹ Herbert Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus. Neuwied 1964.

⁹² Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied 1967.

handels. Weil die Gründung der ITO 1946 am Widerstand der US-Gewerkschaften und der Protektionisten im Kongress gescheitert war, wurde stattdessen 1947 das weniger verbindliche General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) verabschiedet mit der langfristigen Perspektive einer schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Die Sowjetunion und die von ihr abhängigen Länder sollten diesen Institutionen zur wirtschaftlichen Neuordnung der Welt nicht mehr angehören. Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen des containment gehörte auch das European Recovery Program (ERP), das Außenminister Marshall 1947 vor dem Hintergrund der im Winter 1946/47 sich verschärfenden wirtschaftlichen Probleme auf einer Rede in Harvard verkündet hatte. Es trat am 3.4.1948 in Kraft. Es sollte die wirtschaftliche Wiederbelebung der europäischen Länder und gerade auch der westlichen Besatzungszonen in Deutschland befördern. Am ERP interessierten osteuropäischen Ländern untersagte die Sowjetunion die Teilnahme. Ähnliche Programme wurden für asiatische Länder, die unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hatten, aufgelegt. Aus dem ERP sind die OEEC und zuletzt die OECD hervorgegangen.

Das Jahr 1947 erlebte auch gegenüber den Kriegsgegnern Deutschland und Japan einen grundsätzlichen Politikwechsel von der Demontage, Entflechtung, Bestrafung, Entnazifizierung und Umerziehung der Bevölkerung in Richtung wirtschaftliche Wiederbelebung und Eingliederung in das System des Westens. Dabei musste man zwangsläufig auf große Teile der alten Eliten zurückgreifen. Japan und Deutschland avancierten innerhalb kürzester Zeit von den vernichtend geschlagenen imperialen Herausforderern zu potentiell wichtigen Partnern, die unter der US-Hegemonie so schnell wie möglich wieder auf eigene wirtschaftliche Beine zu stellen waren. Die Kombination aus Stopp der Demontage, Marshallplan, Währungsreform und Integration in das Bretton-Woods-System war die Voraussetzung des deutschen Wirtschaftswunders der 1950er Jahre. Die starke Unterbewertung

der DM oder des Yen gegenüber dem Dollar sollte der deutschen und japanischen Exportwirtschaft einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, um die wirtschaftliche Wiederbelebung auch von dieser Seite zu unterstützen. Aus US-amerikanischer Sicht war dies damals leicht zu verkraften, waren die USA in den 1950er/60er Jahren doch kurzzeitig die „Werkstatt der Welt“. Ihr damaliger Überschuss im Außenhandel trotz krasser Unterbewertung der Währung aufstrebender Konkurrenten war ein Indikator hoher Wettbewerbsfähigkeit. Diese dämpfte damals die protektionistischen Vorbehalte im Kongress und förderte die Freihandelsneigung, die sich in immer neuen Zollsenkungsrunden des GATT (z.B. Dillon-Runde 1960-1961) äußerte. Deutschland und Japan sollten aber nicht nur wirtschaftlich erstarken, sondern wie die Alliierten in Europa und Asien die wirtschaftliche Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber dem Kommunismus demonstrieren, so die Attraktivität des sowjetischen Modells für die übrige Welt schmälern und auf diese Weise ihren Beitrag zum Containment leisten.

Die erste große Konfrontation im Ost-West-Konflikt war die Berlin-Krise der Jahre 1948-49. Die Währungsreform in den drei Westzonen war eine wichtige Voraussetzung zum Start des „Wirtschaftswunders“, da sie viele kriegsbedingte Altschulden tilgte. Da die Einführung der D-Mark auch für die Westsektoren des noch offenen Berlins galt und damit den Ostsektor unter starken wirtschaftlichen Druck setzte, verhängte die Sowjetunion eine Blockade der Landzugänge nach Westberlin. Diese Maßnahme wurde durch die „Luftbrücke“ gekontert, über die die Westberliner Bevölkerung ein Jahr lang versorgt wurde. Hinzu kam der kommunistische Putsch in der CSSR 1948. Eine dramatische Veränderung der Machtverteilung waren die Zündung der ersten sowjetischen Atombombe im Herbst 1949, viel schneller als von amerikanischer Seite erwartet, und der Abschluss der Chinesischen Revolution mit der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949. Die republikanische Rechte schob dem Depart-

ment of State die Verantwortung für den „Verlust“ Chinas zu. Aus US-amerikanischer Sicht ließ sich das alles als Bestätigung der expansionistischen Politik der Sowjetunion interpretieren, die dabei war, ihre Einflusszonen in Europa und vor allen Dingen in Asien massiv auszuweiten. Die Antwort stand im Weißbuch der Regierung zu China vom August 1949, in dem die Revolution akzeptiert, die Schuld der Korruption und Unfähigkeit des eigenen Schützlings, der KMT, zugewiesen wurde und die Containment-Linie in Asien auf die Kette der China vorgelagerten Inseln (Taiwan, Okinawa, Philippinen) zurückverlegt wurde. Auch folgte die Wende in der Japan-Politik erst jetzt, also später als in Deutschland.

In der Inauguraladresse vom 20.1.1949 zu Beginn seiner zweiten Amtszeit verkündete Truman unter „Point Four“ seines Vier-Punkte-Programms (Stärkung der UNO, liberale Weltwirtschaftsordnung, Gründung der NATO) ein ganz neues Politikfeld, die Entwicklungshilfe. Hintergrund war die 1947 einsetzende zweite Welle der Entkolonialisierung und die Erkenntnis, dass der Ost-West-Konflikt auch auf dritten Schauplätzen, in Ländern der damals noch gar nicht so genannten „Dritten Welt“, auf wirtschaftlichem Gebiet ausgetragen würde. Nicht nur die vom Krieg betroffenen Länder in Europa und Asien, sondern auch die von Truman genannten „unentwickelten Gebiete“, gemeint waren die europäischen Kolonien, sollten nach ERP-Muster durch Wirtschaftshilfe gegen sowjetischen Einfluss immunisiert werden. Walt W. Rostow und Max Millikan haben 1957 die theoretische Begründung für die Entwicklungshilfe als Teil der Containment-Strategie im Ost-West-Konflikt geliefert⁹³.

⁹³ Max F. Millikan/Walt W. Rostow, A Proposal: Key to an Effective Foreign Policy. 1957; dies., Foreign Aid: Next Phase. In Foreign Affairs 36.1957/78, 3. S. 418-436.

Der Korea-Krieg (1950-1953) war kein Kalter Krieg mehr wie um Berlin, sondern ein Heißer Krieg.⁹⁴ Der Faktor China betrat die internationale Bühne. Als US-Truppen die nordkoreanische Armee, die den Krieg begonnen hatte, bis an die chinesische Grenze zurückdrängte, intervenierte die Volksbefreiungsarmee massiv mit dem Einsatz von „Freiwilligen“ und drängte die USA ihrerseits in die Defensive⁹⁵. Das zuvor von Paul Nitze verfasste Dokument des Nationalen Sicherheitsrats NSC-68 stellte in Fortsetzung des „Long Telegrams“ von Kennan die Bedrohung von Seiten der Sowjetunion heraus und betonte stärker als Kennan die militärische Dimension des Containment. NSC-68 kann als Ausdruck des neuen Supermachtdenkens gewertet werden. Die militärische Intervention im Korea-Krieg war ebenso Ausfluss von NSC-68 wie die neue Aufrüstung und die Aufstockung der in Europa stationierten Truppen. Innenpolitisch korrespondierte mit der Eskalation des Ost-West-Konflikts die McCarthy-Ära, die in der Verfolgung der linken, irgendwie der Sympathie mit dem Kommunismus verdächtigen, Opposition gipfelte. Bei der Denunziationskampagne hat mit Karl August Wittfogel ein anderes ehemaliges Mitglied der Frankfurter Schule, der ins Lager der Totalitarismustheoretiker gewandert war, eine unrühmliche Rolle gespielt.

Der einseitige Friedensvertrag mit Japan ohne Teilnahme der Sowjetunion, der ANZUS-Pakt (1951), der SEATO-Vertrag (1954), der Bagdad-(Cento)Pakt (1955), die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und deren Aufnahme in die NATO (1955) komplettierten die mit dem Rio-Pakt (1947) begonnene globale Bündnisstrategie als weitere Komponente des Containment.

⁹⁴ Die beste Darstellung zu den Hintergründen liefert Bruce Cummings, *The Origin of the Korean War*. Bd.1: Liberation and the Emergence of Separate Regimes 1945-1947. Bd.2: The Roaring of the Cataract 1947-1950. Princeton 1981, 1990.

⁹⁵ Allen S. Whiting, *China Crosses the Yalu: The Decision to Enter the Korean War*. Stanford 1960.

Die zweite Runde im nuklearen Wettlauf begann 1952 mit der Zündung einer Wasserstoffbombe der USA und wurde bereits im folgenden Jahr durch einen erfolgreichen Test der Sowjetunion ausgeglichen. Die Verkürzung der Zeitspanne von vier auf ein Jahr zwischen den Atombomben- und Wasserstoffbombentests bei der Mächte war ein deutlicher Hinweis, dass die Sowjetunion dabei war, den militärischen Vorsprung der USA aufzuhalten.

Der Tod Stalins 1953 und der 20. Parteitag der KPDSU 1956, auf dem Chruschtschow mit seiner Geheimrede die Abkehr vom orthodoxen Stalinismus einleitete, war aber keineswegs mit einer Politik der Entspannung verbunden. Im Gegenteil. Vor dem Hintergrund eines gewachsenen militärischen Selbstbewusstseins, vielleicht auch, weil Chruschtschow außenpolitische Erfolge zur Absicherung seiner Entstalinisierung suchte, erlebte seine Ära zwischen 1957 und 1962 die große Offensive der Sowjetunion, die mit dem Sputnik-Schock begann und mit der Kuba-Krise beendet wurde. 1957 schoss die Sowjetunion einen Satelliten mit Namen „Sputnik“ in eine Erdumlaufbahn. Auch wenn dieser keine besonderen technischen Fähigkeiten besaß, so demonstrierte er doch, dass die Sowjetunion über Interkontinentalraketen verfügte, die in der Lage waren, das Territorium der USA zu erreichen. Würden diese mit Atomsprengköpfen bestückt, besäße sie ein Erstschlagspotential, dem die USA nichts entgegensetzen konnten. Die großen Militärparaden im Angesicht der Weltpresse auf dem Roten Platz in Moskau, bei der die neuesten Modelle der Interkontinentalraketen vorgeführt wurden, dienten demselben demonstrativen Zweck.

Mit dem Sputnik-Schock hatte in militärischer Hinsicht das Zeitalter der Globalisierung begonnen. Die einzigartige geostrategische Situation der USA, durch Atlantik und Pazifik von der eurasischen Landmasse und damit den europäischen und asiatischen Kriegsschauplätzen getrennt zu sein, war dahin. Ihre Rolle als Seemacht und ihre Überlegenheit als Luftmacht waren

herausgefordert. Die europäischen und asiatischen Schauplätze waren miteinander verknüpft. Die USA konnten nicht mehr, wie nach dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg, sogar noch nach dem Koreakrieg geschehen, durch Abzug und Truppenabbau die Konfliktzonen der Welt einfach hinter sich lassen. Chrustschows Forderung, der Sputnik müsse nichts können, nur in der Lage sein, ein Signal auszusenden, das man in den USA empfangen konnte, zeigte mit aller Deutlichkeit, dass realistische Politik heißt, Macht nicht nur zu besitzen, sondern sie auch zu demonstrieren, soll sie wirksam sein.

Der Versuch der Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen auf Kuba fünf Jahre später verschärfte das Problem, da die Vorwarnzeit im Falle eines Angriffs für die USA von etwa 30 Minuten auf lediglich fünf Minuten reduziert worden wäre, ein entscheidender Unterschied. Die Sowjetunion hatte es zudem als erste europäische Macht gewagt, sich über die Monroe-Doktrin hinwegzusetzen und in der Westlichen Hemisphäre Präsenz zu zeigen.

Die Beschleunigung des Eröffnungszuges für einen Krieg um 25 Minuten musste radikale Konsequenzen für das strategische Denken haben. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg hatte es ein halbes Jahr gedauert, bis die US-Truppen einsatzbereit waren. Eine Interkontinentalrakete konnte in Stunden oder gar Minuten startklar gemacht werden. Deshalb trat seitdem die Zweitschlagsfähigkeit, die Fähigkeit, nach einem gegnerischen Erstschlag unter allen Umständen noch massiv Vergeltung üben zu können, ins Zentrum der Abschreckungspolitik. Dazu war es notwendig, möglichst rasch den sowjetischen Raketenvorsprung aufzuholen, die sog. Raketenlücke zu schließen. Das Apollo-Programm wurde gestartet, nach dem Manhattan-Programm, das zweite große Rüstungsprojekt der USA, das auf die sicherheitspolitische Herausforderung eines imperialen Herausforderers reagierte. Zu diesem Zweck wurden auch die deutschen Raketen-

ingenieure um Wernher von Braun reaktiviert, die man zwar 1945 in die USA verbracht hatte, dann aber auf Eis gelegt hatte⁹⁶. Bis zur ersten Mondlandung eines US-Astronauten und der Demonstration der zurückgewonnenen Überlegenheit war es aber noch ein langer Weg. In der Zwischenzeit mussten andere Maßnahmen die Zweitschlagsfähigkeit garantieren. Dazu gehörte als sofort realisierbare Maßnahme, dass beständig ein Teil der Strategischen Bomber in der Luft gehalten wurde, die Entwicklung und massenhafte Produktion eigener Raketen, die Verbunkerung der Raketen und zuletzt ihre Stationierung auf U-Booten, die in der Nähe des sowjetischen Territoriums zu kreuzen hatten. Die weiteren Etappen des Rüstungswettlaufs sind für unser Thema nicht von Belang. Die 13 Tage der Kuba-Krise im Herbst 1963 markierten jedenfalls den Höhepunkt dieser Runde der militärischen Dimension des Ost-West-Konflikts, als die Welt am Abgrund stand und ein Atomkrieg unmittelbar bevorzusehen schien. Nicht zuletzt die Rücksichtnahme auf Berlin hinderte die politische Führung, bei der Lösung der Kuba-Krise auf die militärische Karte zu setzen, wie von den Militärs gefordert wurde, die sowjetischen Raketenstellungen zu bombardieren oder eine große Invasion Kubas zu starten.⁹⁷

Stattdessen wurde die Krise durch einen Deal gelöst, der beiden Seiten half, das Gesicht zu wahren. Die Sowjetunion zog die Raketen aus Kuba wieder ab, dafür gaben die USA eine Garantie für die kubanische Revolution⁹⁸. Sie akzeptierten also erstmals einen Staat in ihrer unmittelbaren Einflussosphäre, der politisch wie wirtschaftlich konträr zu eigenen Grundpositionen stand und durchaus Ambitionen zeigte, die kubanische Revolution weiter nach Lateinamerika zu tragen. Als Zugabe wurde noch in den Abzug der in der Türkei stationierten eige-

⁹⁶ Vgl. dazu Jürgen Michels, *Peenemünde und seine Erben in Ost und West. Entwicklung und Weg deutscher Geheimwaffen*. Bonn 1997.

⁹⁷ Vgl. dazu Graham T. Ellisan, *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*. Boston 1971.

⁹⁸ Persönliche Information durch Robert McNamara, damals Verteidigungsminister, in Basel.

nen Mittelstreckenraketen eingewilligt, der aber erst Monate später erfolgen sollte, um die Verknüpfung zu kaschieren. Ein wichtiges Ergebnis der Kuba-Krise war die Einrichtung des „heißen Drahts“ am 20.6.1963, um künftig Eskalationen zu vermeiden, die aus Kommunikationsproblemen hätten resultieren können. Hinzu kam das Teststoppabkommen vom 5.8.1963 als erster kleiner Schritt zur Begrenzung des Rüstungswettlaufs. Umgekehrt wurde die Struktur der Regionalkommandos durch die Aufwertung des Caribbean Command zu „Southcom“ mit Zuständigkeit für ganz Lateinamerika angepasst.

Nach der Kuba-Krise wurde der asiatische Schauplatz immer wichtiger. Positiv aus US-Sicht war 1963 der für die Weltöffentlichkeit offensichtliche Bruch zwischen China und der Sowjetunion, der sich 1960 durch den abrupten Abzug der sowjetischen Entwicklungshelfer aus China angekündigt hatte. 1963 entlud er sich in einer scharfen ideologischen Kontroverse über die „Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ und führte 1968 auf dem Höhepunkt der „Kulturrevolution“ bis an den Rand des Krieges. China reklamierte seitdem den Anspruch, Modell und Führungsmacht für die Länder der „Dritten Welt“ zu sein. Möglicherweise gab es bereits auf dem Höhepunkt des sowjetisch-chinesischen Konflikts erste geheime Annäherungsversuche zwischen den USA und China, eine Art nukleare Garantie der USA, die abschreckend auf die Sowjetunion wirken sollte. Auch wenn China damals noch weit davon entfernt war, ein Herausforderer für die USA zu sein, so war der Anspruch doch schon da, offenbarten sich die Auflösung des sowjetischen Lagers und die Renaissance eines alten chinesischen Verständnisses von Führungsmacht. Die damalige imperiale Macht Sowjetunion, die gerade erst die Hegemonialmacht USA herausgefordert hatte, wurde massiv im eigenen Lager herausgefordert. Da Macht eine relative Kategorie ist, musste eine Schwächung der Sowjetunion durch China eine Stärkung der USA bedeuten. Die 1972 angebahnte Annäherung zwischen China und den USA, die im Ni-

xon-Besuch und im Shanghai-Communiqué ihren spektakulären Ausdruck fanden, hatte sicherlich eine beiderseitige Grundlage realistischer Erwägungen. Nixon-Berater Kissinger als der letzte große Vertreter des Klassischen Realismus war in seinem Element.

Auf der anderen, negativen Seite stand das wachsende militärische Engagement in Vietnam, nachdem Frankreich nach der Niederlage bei Dien Bien Phu 1954 aufgegeben hatte, die Kolonie zu behaupten. Vietnam wurde geteilt. Seitdem hatten die USA Südvietnam unterstützt, seit 1960 war der Bürgerkrieg in Vietnam eskaliert, seit 1963 hatte es die politische Intervention gegen den Diktator Diem gegeben und 1965 hatten die USA erste Truppen nach Vietnam entsandt. Vorangegangen war die Tonking-Resolution des Kongresses nach dem militärischen Zwischenfall um die Maddox im Golf von Tonking. Mit der Tonking-Resolution begann die große Autonomie der Exekutive, die ungebremst vom Kongress den Krieg immer weiter eskalieren lassen konnte.

Der Vietnam-Krieg (1965-1973) war bis dato der längste Krieg mit US-Beteiligung und kann als die letzte militärische Konsequenz der Containment-Politik bzw. als der ganz große Stellvertreterkrieg im Ost-West-Konflikt bezeichnet werden. Seine Eskalationsphase fiel in die Amtszeit Johnsons (1963-1969), in der Robert McNamara Verteidigungsminister und Walt W. Rostow Sicherheitsberater waren. Rostow hatte schon 1957 die Begründung geliefert, warum auch Entwicklungshilfe ein Element des Containments sein sollte. In seiner Entwicklungstheorie von 1960 hatte er begründet, warum im Zweifelsfalle auch Militärdiktaturen wie die des Diem in Südvietnam als Entwicklungspartner in Frage kämen, nämlich dann, wenn es in dem betreffenden Land an einer unternehmerischen Elite mangle, die ein Land über die Schwelle des take off zu einem sich selbsttragenden Wachstum führen könne.

Im Falle Vietnams kam alles zusammen. Das Land drohte als weiteres asiatisches Land in den Machtbereich der Sowjetunion zu fallen, wobei möglicherweise auch China im Hintergrund mitmischte. Fiel Vietnam, dann käme es zu einem sog. Domino-Effekt, der ganz Südostasien ins sowjetische Lager treiben könne. Die militärische Intervention im Vietnam-Krieg, die 1968 nach der Tet-Offensive des Vietkong mit 536.000 US-Soldaten im Süden des Landes seinen Höhepunkt erreichte, sollte die weitere Expansion des Kommunismus verhindern. Zugleich hoffte man, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Südens ähnlich wie in Korea zum attraktiven Gegenmodell des Nordens werden könne. Die seit 1965 geäußerte Kritik an der Vietnam-Politik aus dem realistischen Lager durch Morgenthau, Kennan u.a blieb ungehört.

Da die US-Armee zu einem großen Teil aus Wehrpflichtigen bestand, darunter vielen Söhnen der Mittelschicht, und die US-Fernsehsender nahezu ungehindert berichteten, war der Krieg von einer wachsenden Kritik begleitet, die sich entzündete am Widerspruch zwischen dem moralischen Anspruch der USA und der grausamen Wirklichkeit des Krieges. Vietnam wurde nicht zuletzt wegen der 50.000 toten US-Amerikaner und der Kosten von 167 Mrd. US\$ zum wichtigsten innenpolitischen Thema mit weltweiter Ausstrahlungskraft. Der Krieg mochte sich so wenig mit den Werten vereinbaren lassen, für die die USA stehen wollen. „Vietnam“ hat die USA viel softpower gekostet, dem linken Neoisolationismus in den USA Vorschub geleistet, das Genre des „Protestsongs“ kreiert mit den heroischen Barden von Pete Seeger über Joan Baez bis zu Bob Dylan („Masters of War“).

Hinzu kam, dass der Demokrat Lyndon B. Johnson eigentlich angetreten war, am Projekt der „Great Society“, der Reform der US-amerikanischen Gesellschaft, weiter zu arbeiten. Stattdessen musste er das „Battleship America“ kommandieren, immer mehr Soldaten in einen Krieg schicken, der immer weniger zu

gewinnen war. Der Begriff „asymmetrischer Krieg“ war damals noch unbekannt, trifft aber den Kern der Sache. Asymmetrische Kriege sind nicht zu gewinnen. McNamara reagierte 1967 erstmals mit einer kritischen Denkschrift und wurde 1968 pessimistisch, ob der Vietnamkrieg überhaupt noch zu gewinnen sei.⁹⁹ Jedenfalls begannen nach der gescheiterten Tet-Offensive des Vietcong die Verhandlungen in Paris. Erst der Amtszeit des Republikaners Richard Nixon (1969-1974) und seines realistischen Sicherheitsberaters Henry Kissinger, der den idealistischen Missionar Rostow abgelöst hatte, blieb es vorbehalten, den Krieg zu beenden. Rostow war, so gesehen, ein Vorläufer der neokonservativen Missionare der Bush-Administration.¹⁰⁰

Die Nixon-Doktrin des Jahres 1969, die den Verbündeten mehr Eigenverantwortung zusprach, war aus heutiger Sicht der Einstieg in den Ausstieg aus dem Vietnamkrieg. Er wurde allerdings erst 1973 mit dem Friedensvertrag von Paris und 1975 mit der abrupten Flucht der letzten US-Amerikaner aus Saigon via Helikopter vom Dach der US-Botschaft auf die vor der Küste liegenden Kriegsschiffe beendet. Die Konsequenz der „Vietnamisierung“ des Vietnamkriegs war die Niederlage des Südens und die späte Widerlegung der Rostowschen Theorie, dass man mit Hilfe einer Militärjunta das Take off-Stadium erreichen oder gar verlassen kann. Das Denken des „Fortress-America“ hatte wieder die Oberhand gewonnen. Aus heutiger Sicht paradox ist der Umstand, dass das zerbombte und von Napalm und Entlaubungsgiften (agent orange) verwüstete Vietnam heute unter Führung der Kommunistischen Partei ähnlich wie in China sich anschickt, die Riege der asiatischen Schwellenländer zu erweitern und sich damit am Verdrängungswettbewerb gegenüber der alten US-Industrie zu beteiligen. Ist das nun eine späte Be-

⁹⁹ Vgl. dazu der selbstkritische Rückblick von Robert S. McNamara, In Retrospect, The Tragedy and Lessons of Vietnam. New York 1996.

¹⁰⁰ David Milne, America's Rasputin: Walt Rostow and the Vietnam War. New York 2008; vgl. Auch die Autobiographie W.W. Rostows, Concept and Controversy: Sixty Years of Taking Ideas to Market. Austin 2003.

stätigung oder Widerlegung der Rostowschen Theorie? Oder ist es ein Beleg, dass das konkurrierende Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates sich ausbreitet?

Für unser Thema von besonderer Relevanz ist der Umstand, dass die Niederlage im Vietnamkrieg den Beginn des ersten american decline, die Abstiegsphase des ersten Machtzyklus, markiert. Er äußerte sich zuerst in der Erschütterung des Selbstbewusstseins als moralische Führungsmacht der Welt. Der noch unter Kennedy selbstverständlich akzeptierte Anspruch wurde abgelöst von einem weltweiten kulturellen Antiamerikanismus gerade unter den Intellektuellen in der westlichen Welt, der im Grunde bis heute anhält. Neben die massive Einbuße an softpower traten aber auch erste Indizien nachlassender hardpower auf wirtschaftlichem Gebiet.

Der nicht nur symbolische Auftakt des Verlusts wirtschaftlicher Hegemonie war das Ende des Bretton-Woods-Systems am 15.8.1971. Bis zum Ende der 1960er Jahre konnten die USA in ihrer Leistungsbilanz einen Überschuss erzielen. Dort werden die Erträge aus dem Warenexport, dem Export von Dienstleistungen und die empfangenen Übertragungen mit den Zahlungen für den Warenimport, den Import von Dienstleistungen und den geleisteten Übertragungen an das Ausland bilanziert. Die Bilanz ist ein guter Indikator für die internationale Wettbewerbsposition einer Volkswirtschaft. Seit Anfang der 1970er Jahre geriet sie ins Minus, weil die USA seitdem bei wachsender Tendenz mehr Waren importieren als exportieren. Der daraus resultierende Dollarabfluss wurde damals vom Ausland, insbesondere von Frankreich, genutzt, die im Außenhandel verdienten Dollars bei der US-Zentralbank in Gold umzutauschen. Um den Goldabfluss zu stoppen und die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft wieder zu stärken, kündigte die Regierung das Bretton-Woods-Abkommen. Ausländer bekamen für ihre Dollars nur noch US-Schatzanweisungen oder konnten private Anleihen oder

Aktien erwerben. Seitdem wird das US-Leistungsbilanzdefizit durch das Ausland finanziert. Statt Gold gibt es nur noch Papier.

An die Stelle fixer trat ein System gleitender Wechselkurse der wichtigsten Währungen untereinander. Dies führte zu der gewollten dramatischen Abwertung des US-Dollar gegenüber den Währungen wichtiger Konkurrenten wie der DM oder dem Yen. Der erhoffte Effekt einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit stellte sich aber nicht ein. Auch das spätere Plaza-Abkommen des Jahres 1985, das der zwischenzeitlichen und eher spekulativ bedingten Aufwertung des Dollars entgegenwirken sollte, vermochte an diesem Trend nicht zu rütteln. Beide große Abwertungen entwerteten allerdings die ausländischen Kapitalanlagen in den USA, wirkten wie eine grandiose Kapitalvernichtung! Die sich daran anschließenden Fragen lauteten: Ist das Ende des Bretton-Woods-Systems ein Indikator für Decline? Sind die positiven Folgen der Abwertung ein Indikator für Hegemonie? Kassieren die USA durch den Mechanismus, der zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz führt, eine globale Rente (Tribut)? Ist das der Tribut des Auslands für die Führungsrolle der USA? Wenn das so ist, wäre dies dann nicht eher ein Ausdruck von Imperium statt von Hegemonie? Doch lassen wir zuerst die Daten sprechen.

Tab. 13.15: USA: Zahlungsbilanz 1969-1990 in Mrd. US \$

Jahr	Handels- bilanz	Leistungs- bilanz	Kapital- import	Kapital- export	Kapital- bilanz
1969	0,6	0,4	12,7	-11,6	1,1
1970	2,6	2,3	6,4	-9,3	-2,9
1971	-2,3	-1,4	23,0	-12,5	10,5
1972	-6,4	-6,0	21,7	-14,5	7,2
1973	0,9	6,9	18,7	-22,8	-4,1
1974	-5,3	1,7	34,7	-34,7	0,0
1975	8,9	18,1	15,7	-39,7	-24,0
1976	-9,4	4,2	36,5	-51,3	-14,8
1977	-31,1	-14,5	51,3	-34,8	16,5
1978	-33,9	-15,4	64,0	-61,1	12,9
1979	-27,6	-1,0	38,8	-64,3	-25,5
1980	-25,5	1,9	58,1	-87,0	-28,9
1981	-28,0	6,9	83,0	-111,0	-24,0
1982	-36,4	-8,7	93,7	-119,0	-25,3
1983	-67,1	-43,6	83,4	-58,9	24,5
1984	-112,5	-98,8	102,0	-29,9	72,1
1985	-122,2	-121,7	131,0	-34,1	96,9
1986	-145,1	-147,5	223,2	-91,1	132,1
1987	-159,6	-163,5	230,0	-62,4	167,6
1988	-127,0	-126,7	219,5	-92,7	126,8
1989	-115,7	-101,1	213,7	-114,9	98,8
1990	-111,0	-79,0	139,4	-81,2	68,2

Statistical Abstract of the United States, div. Jahrgänge.

Trotz der Gegenkraft der Dollarabwertung wuchs das Handelsdefizit, 1971 erstmals bei lächerlichen 2,3 Mrd. US\$ anfangend und 1977 mit 31,1 Mrd. US\$ eine signifikante Größenordnung erreichend, seit 1983 dramatisch. Es erklomm 1987 mit 159,6 Mrd. US\$ einen ersten Gipfel. Hauptverantwortlich für das Defizit war der bilaterale Handel mit Japan, das seitdem als der wirtschaftliche Hauptkonkurrent angesehen wurde. Nicht zufällig markiert dieses Jahr auch den Höhepunkt der ersten Runde der

American Decline-Debatte¹⁰¹ über die Ursachen und Konsequenzen des relativen Niedergangs und einer revisionistischen Debatte über die „japanische Herausforderung“, der mit einer Industriepolitik begegnet werden sollte¹⁰². Eine der protektionistischen Maßnahmen war 1988 der Omnibus Trade and Competitiveness Act gegen unfaire Handelspraktiken. Dessen Sec 301 richtete sich direkt gegen Japan.

Die erste decline-Debatte verstummte allerdings 1990 schlagartig, nicht nur, weil mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Macht der USA in neuem Glanz erstrahlte, sondern auch deshalb, weil 1988 das Defizit in der Handelsbilanz wieder abgebaut und 1991 fast eine ausgeglichene Bilanz erreicht wurde. Die Protektionisten konnten zufrieden sein. Seit 1991 war aber ein neuerlicher, viel dramatischer Verfall der US-amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit als in den 1980er Jahren zu verzeichnen. Aus heutiger Sicht reibt man sich die Augen, wenn man vergleicht, dass das Defizit der 1970er/1980er Jahre nur einen Bruchteil des heutigen Defizits betragen hat, die politische und akademische Auseinandersetzung darüber aber mit viel größerem Getöse geführt wurde.

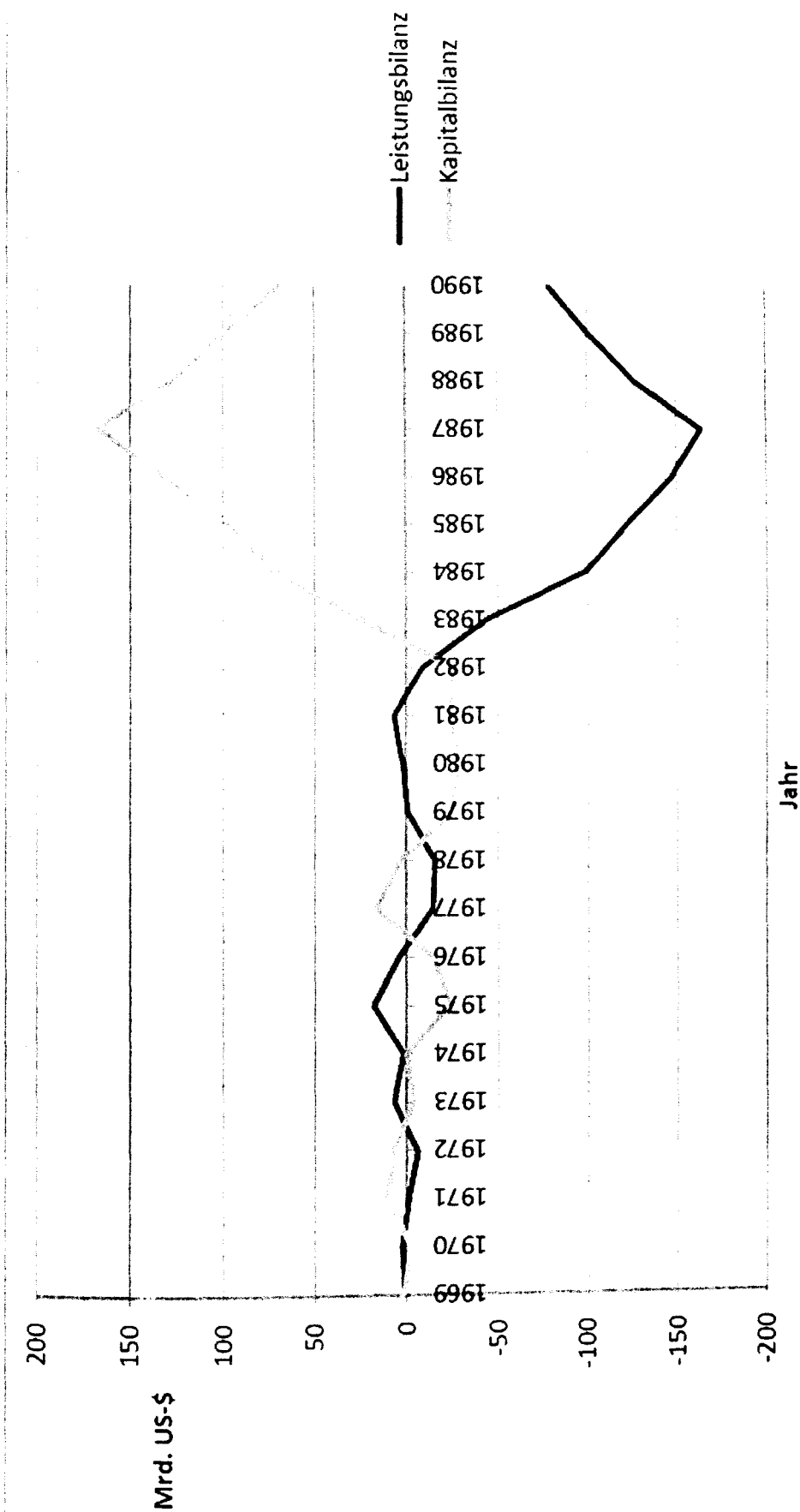
Hinzu kam ein weiteres Argument. Die Kurve des Leistungsbilanzdefizits spiegelt sich in der Kurve des Überschusses in der Kapitalbilanz. Da die Zahlungsbilanz qua Definition immer ausgeglichen sein muss, muss dem Defizit in der Leistungsbilanz ein entsprechender Überschuss in der Kapitalbilanz gegenüberstehen. Die USA können nur mehr Waren importieren als exportieren, wenn sie im Gegenzug zur Finanzierung mehr Kapital importieren als exportieren. Dabei werden alle Arten der Kapitalanlage (Direktinvestitionen, öffentliche und private, kurz-

¹⁰¹ Aus der zahlreichen Literatur vgl. in Auswahl Robert O. Keohane, *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton 1984; David Calleo, *Beyond American Hegemony: The Future of the Western Alliance*. New York 1987.

¹⁰² Andreas Falke, Handelspolitik. In: Dittgen/Minkenberg 1996. S. 319-349.

und langfristige Anleihen) zusammengefasst. Die Folge war, dass die USA von der Gläubigernation zu Zeiten des Ersten oder Zweiten Weltkriegs oder zu Zeiten des Marshallplans zur mit Abstand größten Schuldernation der Welt abgestiegen sind. Dabei ist zu bedenken, dass die laufenden jährlichen Schulden sich zu einem riesigen Schuldenberg summiert haben. Die neuen Schulden wachsen schneller, als dass die alten abgetragen werden. Eine weitere Folge ist, dass viele Unternehmen und Immobilien in ausländischen Besitz geraten sind und dass wachsende Zinszahlungen für die Kredite ins Ausland abfließen. Seit 1988 musste allerdings zwangsläufig dank rückläufiger Defizite in der Leistungsbilanz ein rückläufiger Überschuss in der Kapitalbilanz verbucht werden.

Abb. 13.10: Leistungs- und Kapitalbilanz 1969-1990 in Mrd. US\$



Allerdings gibt es ein starkes Gegenargument gegen die Argumentation der Decliner. Solange das weltweite Vertrauen in den US-Dollar ungebrochen ist, können die USA ihre Schulden mit der Druckerpresse bedienen. Erst Japan und später China haben durch hohe Handelsbilanzüberschüsse mit den USA einen riesigen Bestand an Dollarreserven angehäuft, finanzieren also den Export in die USA durch die Kredite, die sie den USA gewähren. Ist diese Entwicklung aus US-Sicht ein Ausdruck von Schwäche, so die Argumentation der neorealistischen Decline-Theoretiker, oder ein Ausdruck der Macht des riesigen US-Marktes und des Vertrauens in den US-Dollar wie z.B. Susan Strange argumentierte? Kein anderes Land der Welt verfügt über einen so riesigen Binnenmarkt und keine andere Währung der Welt wird weltweit trotz aller Krisen in diesem Ausmaß als Reservewährung akzeptiert.

Der zweite Indikator für den Decline war das wachsende Haushaltsdefizit. Deshalb wurde in der Debatte auch vom Doppeldefizit als eigentlichem Ausdruck nachlassender Stärke gesprochen. Das Haushaltsdefizit allein auf den wachsenden Rüstungshaushalt zurückzuführen, ist zu einfach.¹⁰³ Tatsächlich war der Anteil des Rüstungshaushalts an den gesamten Ausgaben der Zentralregierung seit dem Höhepunkt des Vietnamkrieges (etwa 45 Prozent) bis zum Ende des Vietnamkriegs (26 Prozent) stark rückläufig, um seitdem bis 1990 zwischen 22 und 28 Prozent zu schwanken. Parallel dazu sind die Sozialausgaben von 16 Prozent (1968) auf 28 Prozent (1990) gestiegen.¹⁰⁴ Erstmals bemerkbar machte sich das Defizit 1968 mit 25,2 Mrd. US\$ auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges. Auch dies ist paradox. Hohe Militärausgaben gelten als Indikator für Stärke. Wenn diese durch Kreditaufnahme im Ausland finanziert werden, gelten sie

¹⁰³ Die Gegenargumente lauten, dass in erster Linie Steuersenkungen und wachsende Sozialausgaben verantwortlich gewesen seien. Vgl. Paul E. Peterson, Die innen- und außenpolitischen Ursachen der amerikanischen Haushaltsdefizite. In: Dittgen/Minkenberg 1996. S. 211-237.

¹⁰⁴ Daten bei Dittgen 1998, S. 307.

als Indikator für Schwäche. Wir erinnern uns. Der schrittweise Übergang von der britischen zur US-amerikanischen Hegemonie wurde an der britischen Kreditaufnahme in den USA zur Finanzierung der Kriegsführung im Ersten und Zweiten Weltkrieg festgemacht.

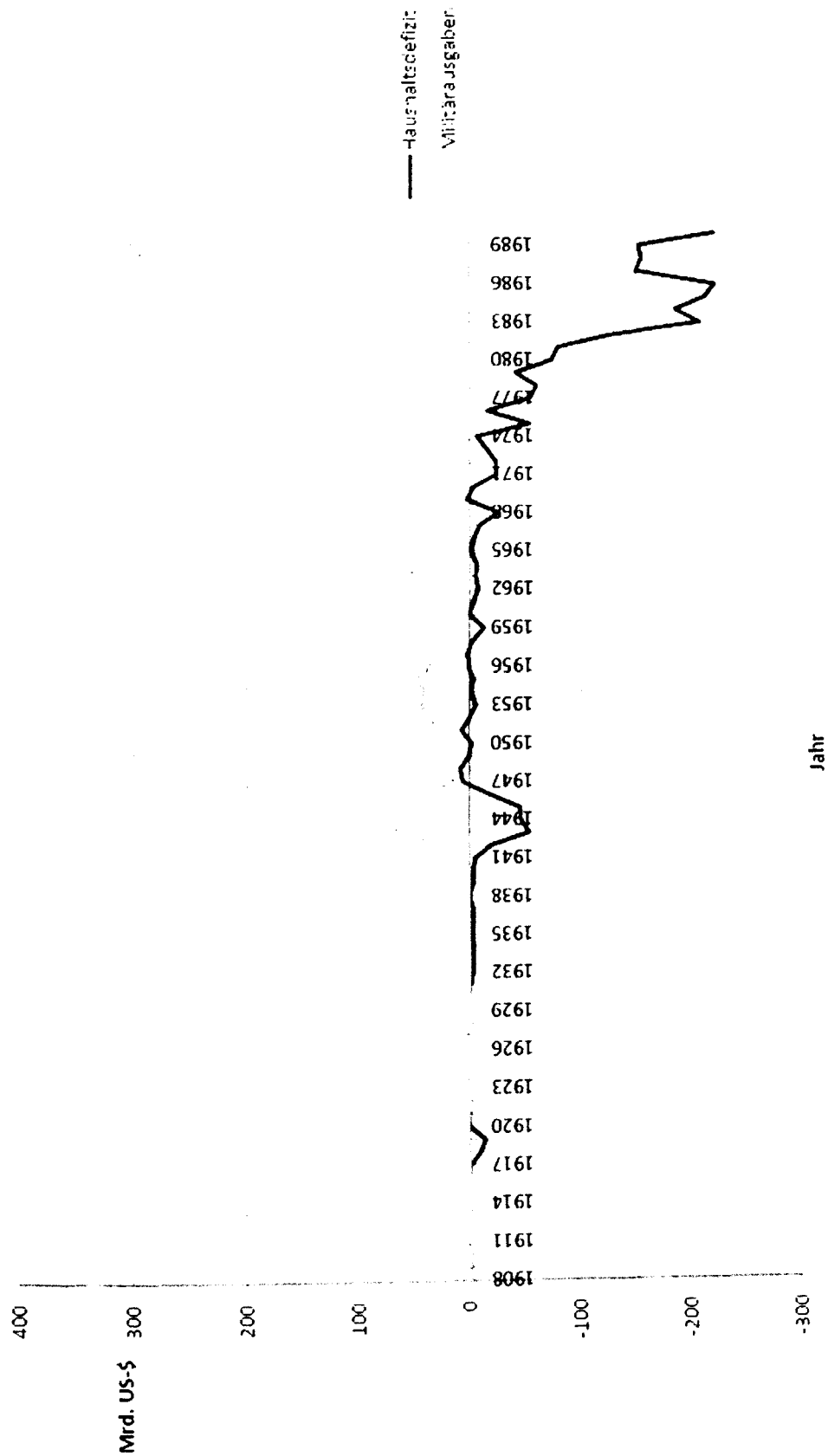
Tab. 13.16: Haushaltsdefizit und Militärausgaben 1908-1990 in Mrd. US\$

Jahr	Haushalts- defizit	Militär- ausgaben	Jahr	Haushalts- defizit	Militär- ausgaben
1990	-211,0	299,3	1938	-0,1	1,2
1989	-152,5	303,6	1937	-2,8	1,2
1988	-155,2	290,4	1936	-3,5	1,1
1987	-149,7	282,0	1935	-2,4	0,9
1986	-221,2	273,4	1934	-3,3	0,7
1985	-213,3	252,7	1933	-2,6	0,8
1984	-185,4	227,4	1932	-2,7	0,8
1983	-207,8	209,9	1931	-1,0	0,8
1982	-128,0	185,3	1930	0,9	0,8
1981	-79,0	157,5	1929	0,9	0,8
1980	-73,8	134,0	1928	0,9	0,7
1979	-40,2	116,3	1927	1,2	0,7
1978	-59,2	104,5	1926	0,9	0,7
1977	-53,7	97,2	1925	0,7	0,7
1976	-14,7 ^a	89,6	1924	1,0	0,7
1975	-53,2	86,5	1923	0,7	0,7
1974	-6,1	79,3	1922	0,7	0,9
1973	-14,9	76,7	1921	0,5	1,8
1972	-23,4	79,2	1920	0,3	2,4
1971	-23,0	78,8	1919	-13,4	11,0
1970	-2,8	81,7	1918	-9,0	6,1
1969	3,2	82,5	1917	-0,9	0,6
1968	-25,2	81,9	1916	0,0	0,3
1967	-8,6	71,4	1915	-0,1	0,3
1966	-3,7	58,1	1914	0,0	0,3
1965	-1,4	50,6	1913	0,0	0,3
1964	-5,9	54,8	1912	0,0	0,3
1963	-4,8	53,4	1911	0,1	0,3
1962	-7,1	52,3	1910	-0,2	0,3
1961	-3,3	49,6	1909	-0,9	0,3
1960	0,3	48,1	1908	-0,6	0,3

^{a)}nur Vierteljahr; Statistical Abstract of the United States, div. Jahrgänge; Wattenberg 1976, S. 1104-1105, 1114.

Bis 1941 hatten die USA immer einen nahezu ausgeglichenen Haushalt, sicher auch deshalb, weil die Militärausgaben bescheiden waren. Der drastische Anstieg der Militärausgaben von bloßen 0,6 Mrd. (1917) auf 11 Mrd. (1919) hatte erstmals in den Jahren 1918 und 1919 zu einem merklichen Haushaltsdefizit geführt. Es konnte bereits 1920, nach dem Abzug der US-Truppen aus Europa, wieder abgebaut war. Bis 1930 wies der Haushalt einen Überschuss auf, der ab 1931 von einem leichten Defizit abgelöst wurde. Dieses kann aber nicht auf wachsende Militärausgaben, sondern auf die Konjunkturprogramme des New Deal zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zurückgeführt werden. Erst seit 1941 stiegen die Rüstungsausgaben leicht und ab 1942 dramatisch. Gegenüber den 1,8 Mrd. des Jahres 1940 wurde 1945 mit 80,5 Mrd. mehr als das Vierzigfache ausgegeben. Diese Ausgabensteigerung konnte problemlos mit staatlicher Kreditaufnahme auf dem eigenen Kapitalmarkt finanziert werden. Auch 1947 wiederholte sich die Situation des Jahres 1920. Das Defizit war wieder verschwunden. Für die nächsten 20 Jahre konnte trotz der hohen Belastungen des Ost-West-Konflikts (ERP, Rüstungsausgaben, Stationierungskosten) von einem nahezu ausgeglichenen Haushalt ausgegangen werden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die daraus resultierende Steuereinnahmen waren ausreichend, den Ost-West-Konflikt finanziell schultern zu können. Der Militärhaushalt bewegte sich von 1952 bis 1965 in der Größenordnung von etwa 40 bis 50 Mrd. US\$ jährlich. Erst der Vietnamkrieg ließ auch das Haushaltsdefizit wieder signifikant werden. Auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges, betrug es 25 Mrd. US\$.

**Abb. 13.11: Haushaltsdefizit/-überschuss und Militärausgaben
1908-1990 in Mrd. US\$**



Trotz Ende des Vietnamkrieges, der nur 1973 und 1974 das Haushaltsdefizit nochmals senken konnte, stiegen die Militärausgaben seit Mitte der 1970er Jahre beständig an. 1978 wurde erstmals die 100 Mrd. US\$-Marke überschritten und in der Reagan-Ära der 1990er Jahre sogar eine Verdreifachung bis auf 303,6 Mrd. (1989) erreicht. Dies war der Preis, den die USA für die letzte Runde im Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion zu zahlen hatte. Der Preis, den die Sowjetunion zu zahlen hatte, war ungleich höher, bestand er doch in der Vernachlässigung der zivilen Wirtschaft und am Ende im Zusammenbruch der Sowjetunion. Erst das Ende des Ost-West-Konflikts machte eine leichte Senkung der Militärausgaben auf etwa 260-270 Mrd. jährlich möglich. 2001 war deshalb die Summe, zieht man den Inflationseffekt ab, kaum höher als 1990. Insofern konnte tatsächlich eine beachtliche „Friedensdividende“ erzielt werden.

Doppeldefizit von Außenhandel und Haushalt sind aber nicht nur die beiden prominenten quantitativen Indikatoren für den American Decline, sie stehen auch in enger Beziehung zueinander. Der Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion in der Reagan-Ära verlangte hohe Militärausgaben, denen paradoxerweise sinkende Einnahmen, bedingt durch die neoliberale Politik der Steuer-senkungen, gegenüber standen. Die starke Konzentration des Hochtechnologiesektors, in dem die USA nach wie vor führend waren, auf seine militärische Verwendung schwächte zudem die zivile Seite. Damit ging die Wettbewerbsfähigkeit, in den 1980er Jahren gegenüber Japan und seit den 1990er Jahren gegenüber China, verloren.

Auch außenpolitisch lässt sich der Kurswechsel aus der Decline-Perspektive interpretieren. Die Nixon-Doktrinen 1969/1971 schwächten die Truman-Doktrin des Jahres 1947 ab, vielfach im Ausland und gerade in Japan als „Nixon-Schocks“ wahrgenommen. Die SALT-Verhandlungen mit der Sowjetunion, die 1970 in Wien begonnen hatten, führten zum SALT I-Vertrag, der 1972 ratifi-

ziert wurde und eine ganze Serie von Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion in Gang setzte. Das gemeinsame Interesse beider Supermächte war die nachlassende Fähigkeit, den hemmungslosen Rüstungswettlauf weiter finanzieren zu können. Wie sich nach 1990 herausstellte, war die relative Belastung durch den Rüstungssektor in der Sowjetunion ungleich höher. Die naheliegende Debatte über ein Sowjet-Degeneration wurde aber im Westen (zumindest) nicht öffentlich geführt, so dass das abrupte Ende des sowjetischen Machtzyklus 1989/90 für die Weltöffentlichkeit völlig überraschend kam. Gorbatschow hatte sich dem seit 1985 entgegengestemmt, doch waren die wahren Gründe für Glasnost und Perestroika nicht so richtig erkannt worden.

Parallel zu den Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion vollzog sich die Annäherung an China, die dem realistischen Denken des damaligen Sicherheitsberaters Kissinger entsprach. Er zog die „chinesische Karte“. Die offensichtliche Spaltung des sozialistischen Lagers und die heftige ideologische Kontroverse sollten genutzt werden zum relativen Machtgewinn der USA gegenüber der Sowjetunion nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund, auch wenn damit der künftige Aufstieg Chinas vorbereitet wurde. Die Geheimverhandlungen wurden 1972 mit der überraschenden Chinareise Nixons abgeschlossen und in Shanghai ein Kommuniqué verabredet, das eine eindeutig antisowjetische Stoßrichtung hatte. Dies war möglich, obwohl China bis 1978 am Maoismus festhielt und selber auf die Karte der Weltrevolution (Kampf der Weltdörfer gegen die Weltstädte) unter chinesischer Führung setzte. Deng Xiaopings „Theorie der Drei Welten“ lieferte dazu das Drehbuch. Ab 1973 unterhielten beide Staaten Verbindungsbüros in den Hauptstädten, ab 1979 diplomatische Beziehungen.

Und schließlich ist neben den vielen kleineren noch ein weiterer wichtiger Faktor zu nennen. Der Jom-Kippur-Krieg des Jahres 1973 hatte nicht nur den US-Schützling Israel an den Rand

einer Niederlage und die von der Sowjetunion mit Waffen belieferten Ägypten und Syrien an den Rand des Sieges gebracht, er hatte den arabischen Ölstaaten auch die Erkenntnis vermittelt, dass Öl als Waffe eingesetzt werden konnte, um die westlichen Unterstützer Israels unter Druck zu setzen. Die Boykottmaßnahmen der OPEC führten 1973 zur ersten sog. Ölkrise, die von drastischen Preissteigerungen begleitet war. Auch wenn die Waffe Öl nur begrenzte Wirkung zeigte, so war das Ergebnis doch die weitere Erkenntnis, dass man über eine Kartellpolitik die Öl-Rente dauerhaft erheblich steigern konnte. Der Aufstieg der Wohlstandsregion am Persischen Golf nahm 1973 seinen Ausgang und damit in manchen Entwicklungsländern auch die Hoffnung, über vergleichbare Maßnahmen bei anderen Rohstoffen zu einer globalen Einkommensumverteilung vom Norden in den Süden zu kommen. Die 1970er Jahre wurden zur großen Zeit des Nord-Süd-Konflikts, der neben dem Ost-West-Konflikt die internationale Agenda für einige Jahre beherrschte und in den Konferenzen der UCTAD ihr Forum fand. Die USA gerieten hier in die Defensive, da die Sowjetunion das Bündnis und China die Führerschaft gegenüber den Ländern des Südens suchten. Etliche arabische und afrikanische Sozialismen nahmen das Angebot an, so dass in den 1970er Jahren die Weltrevolution wieder auf dem Vormarsch schien. Auf jeden Fall reduzierte sich der von den USA kontrollierte Teil der Welt durch die Orientierung wichtiger Ölländer wie Algerien, Libyen oder dem Irak an der Sowjetunion. Die Entspannungspolitik in Europa, die durch die Ostpolitik der deutschen Brandt/Scheel-Regierung vorangetrieben wurde, selbst der KSZE-Prozess, an dem die USA beteiligt waren, wurde von Nixon und Kissinger mit Zurückhaltung betrachtet. Multilateralismus bedeutet immer die Relativierung der eigenen Führungsposition, des „America as No.1“, angesehen werden.

Innenpolitisch bündelte sich alles in der Endphase der Nixon-Administration durch den Wiederaufstieg des Kongresses in Fra-

gen der Außenbeziehungen. Dies wurde erleichtert durch die Watergate-Affäre, die schließlich 1974 den Rücktritt Nixons auslöste. Der War Powers Act (1973) beschnitt die außenpolitischen Kompetenzen des Präsidenten, die durch die Tonking-Resolution so massiv ausgeweitet worden waren. Er kann als Oberbefehlshaber zwar immer noch Kampfhandlungen auslösen, muss den Kongress aber innerhalb von 48 Stunden informieren. Dieser kann dann durch ein Gesetz die Kampfhandlungen wieder beenden. An der außenwirtschaftlichen Front verabschiedete der Kongress die bis 1994 gültig gebliebene Fast Track-Prozedur, um handelspolitische Zwangsmaßnahmen gegenüber Konkurrenten wie Japan zu beschleunigen.

In den Regierungszeiten Gerald Fords (1974-1977) und Jimmy Carters (1977-1981) gerieten die USA vollends in die Defensive. Um das Jahr 1976 hatte die Sowjetunion den Gipfel ihres internationalen Einflusses erreicht, der sich neben Osteuropa auf etliche Länder des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch afrikanische Länder wie Jemen, Angola und Äthiopien erstreckte. Die USA waren gezwungen, Israel massiv zu unterstützen. Der Friedensvertrag von Camp David (1978) führte lediglich zu einer Linderung des Nahost-Konflikts. Kurz darauf eröffneten die Iranische Revolution (1979), der Sturz des Schahs und die Errichtung einer Theokratie eine ganz neue Front. Hier liegt eine der Ursachen, warum der islamistische Fundamentalismus heute zu einem der beiden globalen Hauptgegner der USA geworden ist. Fast gleichzeitig wandte sich China 1978 vom Maoismus ab und verfolgte seitdem eine Politik der Öffnung und Modernisierung des Landes. Das dort bis heute anhaltende Hochwachstum setzte ein. Bis aber China als neuer politischer und wirtschaftlicher Herausforderer wahrgenommen wurde, sollten noch viele Jahre vergehen.

Politisch und militärisch bzw. wirtschaftlich beherrschten noch die Sowjetunion und Japan die Wahrnehmungsagenda. Dazu

trug der sowjetische Einmarsch in Afghanistan (1979) bei, der die Befürchtungen aus dem 19. Jahrhundert über den russischen Drang nach Süden zum Indischen Ozean wieder wach werden ließen. Damals hatten Großbritannien von Indien aus und das zaristische Russland das „große Spiel“ um die Absteckung der Einflusszonen in Asien gespielt. Afghanistan war mehrfach Schauplatz britischer Militärinterventionen gewesen. Die SALT II Verhandlungen, die am 18.6.1979 in Wien zu einem Abschluss gekommen waren, wurden deshalb vom Senat nicht ratifiziert. Stattdessen kam es im Dezember zum berühmt berüchtigten NATO-Doppelbeschluss, der eine neue Rüstungsspirale in Gang setzte. Aus heutiger Sicht war dieser mitverantwortlich für den soviet decline, da die Sowjetunion nicht mehr in der Lage war, mitzuhalten.

Parallel zur sowjetischen Intervention in Afghanistan mussten die USA im Iran eine weitere Demütigung hinnehmen. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran sollte durch ein Kommando-Unternehmen beendet werden, das bereits in der Auftaktphase kläglich scheiterte und als weiterer Hinweis auf schwindende militärische Leistungsfähigkeit gewertet wurde. Der als Friedenspräsident angetretene Jimmy Carter musste 1980 die Carter-Doktrin verkünden, die besagte, dass der Persische Golf die gleiche sicherheitspolitische Priorität wie Westeuropa und Ostasien bekommen habe. Diego Garcia im Indik wurde 1980 zum großen vorgeschobenen Stützpunkt, von dem aus Angriffe gegen Länder am Persischen Golf geflogen werden können. Bereits 1968 hatte Großbritannien angekündigt, sich östlich von Suez zurückzuziehen. Insofern war es naheliegend, dass die USA dem Mittleren Osten größere Aufmerksamkeit widmen mussten und nur konsequent, Diego Garcia den USA zu überlassen. Die Presidential Decision Directive 59 (PDD 59) verkündete eine neue Welle der Aufrüstung. Am 1.1.1983 wurden die drei bestehenden Regionalkommandos um das vierte Central-Command zur Sicherung der Ölversorgung am Persischen Golf erweitert.

Aus allen diesen Gründen werden die Jahre 1980-1988 als die Phase des „Zweiten Kalten Krieges“ bezeichnet, nachdem der erste Kalte Krieg durch den KSZE-Prozess, die Helsinki-Schlussakte (1975) und den Abschluss der SALT II-Verhandlungen (1979) beendet schien. Die Sowjetunion begann 1983 mit dem Bau des ersten Flugzeugträgers und zeigte auf diese Weise Seemachtambitionen. Bis 1988/89 führte sie Krieg in Afghanistan und setzte damit die Landmachttradition der zaristischen Expansion nach Zentralasien fort. In den USA löste Ronald Reagan Jimmy Carter ab und leitete wirtschaftspolitisch wie militärisch eine neue Offensive ein. Die Reagan-Doktrin von 1979 verkündete einen offensiven Antikommunismus, der sich in militärischer Unterstützung für oppositionelle Gruppen in Afghanistan (Taliban!), Angola, Nicaragua und Kambodscha äußerte. Es handelte sich um eine Kriegsführung auf unterster Ebene, die auch verdeckte Aktionen der Geheimdienste einschloss. Dazu gehörte auch das Treffen zwischen Reagan und Johannes Paul II im Vatikan zur Unterstützung der antikommunistischen Kräfte in Polen, die mit Druckern, Faxgeräten, Kopierern, Computern etc. beliefert wurden.

Parallel dazu sollten die „Reaganomics“, die Vorherrschaft des Marktes über den Staat, die USA zum neoliberalen Vorreiter in der Konkurrenz mit dem Vorreiter des bürokratischen Entwicklungsstaates in Japan machen. Die US-Revisionisten im Gefolge von Chalmers Johnson hatten keine Chance, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Dem ersten Flug eines Shuttle in den Weltraum (1981), der Gründung des Space Command der Air Force (1983), die Ankündigung des SDI-Programms (1983), der Verabschiedung der Maritime-Strategy der US-Marine (1986) und der Gründung des Special Operations Command (1987), lag die Absicht zugrunde, die militärische Führung gegenüber der Sowjetunion zurückzugewinnen. Die institutionellen Änderungen der 1980er Jahre sind deshalb vergleichbar den institutionellen Änderungen des Jahres 1947 am Beginn des ersten Kalten Krieges. Dazu passte

auch, dass das eisige Treffen Reagan-Gorbatschow in Island 1986 zu Fragen der Abrüstung ergebnislos verlief, obwohl Gorbatschow sicher kompromissbereit gewesen wäre. Die Sowjetunion war bereits in der Defensive, Reagan glaubte auftrumpfen zu können.

Der fundamentale Widerspruch zwischen der Wirtschafts- und Rüstungspolitik der Reagan-Ära stand dem offenbar nicht entgegen. Folge der neuen Rüstungswelle bei gleichzeitigen Steuer-senkungen war ein wachsendes Haushaltsdefizit. Wer täglich nur vier Dollar einnimmt, kann nicht täglich sechs Dollar ausgeben. Die Hinwendung zu einer marktradikalen Politik stärkte keineswegs die US-Wirtschaft gegenüber den Konkurrenten. Das jährliche Handelsbilanzdefizit erreichte immer neue Rekorde, bis 1985 im Plaza-Akkord eine Neuordnung der Wechselkurse der wichtigsten Währungen verabredet wurde, um die Handelsbilanzen wieder ins Lot zu bringen. Doch die abermalige drastische Abwertung des Dollar verfehlte das erhoffte Ergebnis einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit. Der Effekt war ein ganz anderer. Die Verbilligung des Dollars löste eine Welle von ausländischen Kapitalanlagen in den USA aus. Ausländer zeichneten nicht nur Staatseinnahmen, sondern begannen im großen Stil, US-Firmen zu übernehmen, in den Immobiliensektor einzusteigen und Töchter in den USA zu gründen. Seitdem wird das Doppeldefizit der USA durch ausländische Gläubiger gedeckt. Ist dies doch ein Ausdruck von Stärke, weil Ausdruck des ungebrochenen Vertrauens in den US-Dollar? Die American Decline-Debatte erhielt eine neue Wendung. Die Vertreter der These vom US-Revival konnten wieder Boden gewinnen¹⁰⁵. Jedenfalls wird der Plaza-Accord 1985 in wirtschaftlicher Hinsicht als Beginn der Globalisierung gewertet.

¹⁰⁵ Samuel Huntington, The U.S. - Decline or Renewal? In: Foreign Affairs 67.1988,2. S. 76-96; Henry S. Nau, The Myth of America's Decline: Leading the World Economy into the 1990s. New York 1990.

Dass der Widerspruch zwischen Rückzug des Staates aus der Weltwirtschaft und neuerlicher Aufrüstung dennoch aufgelöst wurde, lag an einem ganz anderen Umstand. Die Sowjetunion war viel weniger als die USA in der Lage, die Belastungen des zweiten Kalten Krieges auszuhalten. „Reagan rüstete die USA krank, aber er rüstete die Sowjetunion tot“¹⁰⁶. Der Versuch Gorbatschows, durch die Reform des Sozialismus die Sowjetunion zu retten, schlug fehl. Die Kommentatoren streiten sich, ob die Sowjetunion an den Belastungen des neuen Rüstungswettlaufs und des Kriegs in Afghanistan oder an der inneren Aufweichung als Folge des KSZE-Prozesses und der Reformpolitik Gorbatschows zugrunde gegangen ist. Vermutlich hat beides dazu beigetragen. Jedenfalls erlebte sie in Afghanistan ihr Vietnam und zog 1988/89 die Truppen ab. Auch die innenpolitischen Konsequenzen ähnelten denen des US-amerikanischen Abzugs aus Vietnam.

George Bush sen. konnte zu Beginn seiner Amtszeit (1989–1993) den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auslösung des sozialistischen Lagers als überraschendes Geschenk entgegennehmen. Das Ende des Ost-West-Konflikts markierte das Treffen Bush-Gorbatschow auf Malta Anfang Dezember 1989. Die Aufhebung der Breschnew-Doktrin über die begrenzte Souveränität der sozialistischen Partnerländer am 2.12.1989 markierte das Ende des sowjetischen Imperiums. Der gescheiterte Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 markierte das Ende der Sowjetunion. Die US-Hegemonie war übrig geblieben. Die USA konnten als „einzige Supermacht“¹⁰⁷ einen neuen Machtzyklus beginnen, weil Macht ein relatives Gut ist, war doch die Auflösung der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers gleichbedeutend mit einem gewaltigen Machtzuwachs der USA. Die innere Spannung zwischen nachlassender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und zunehmendem militärischen Aufwand konnte gelöst werden, da nach 1990 die

¹⁰⁶ Hacke 1997, S. 379.

¹⁰⁷ Charles Krauthammer, The Lonely Superpower. In: The New Republic, 13.7.1991. S. 23–27.

Rüstungsausgaben wieder zurückgefahren werden konnten. Mit dem Ende des zweiten Kalten Krieges schien der Kalte Krieg schlechthin endgültig vorbei. Vom American Decline war über Nacht keine Rede mehr, die 1970er/80er Jahre erschienen in einem anderen Licht¹⁰⁸. Auch das japanische Hyperwachstum war an seine Grenzen gestoßen. China schien 1990 noch immer der schlafende Riese. Die USA waren wie schon 1945 zur Führung in einer multilateralen Welt verpflichtet, wie Joseph S. Nye verkünden konnte¹⁰⁹.

¹⁰⁸ Einer der ersten, der diesen Umstand konstatierte, war Michael H. Hunt, *American Decline and the Great Debate: A Historical Perspective*. In: *SAIS Review* 10.1990, 2. S. 27-40.

¹⁰⁹ Nye 1990. Vgl. Dazu auch Robert O. Keohane/Joseph S. Nye/Stanley Hoffmann (Hrsg.), *After the Cold War: International Institutions and the Strategies in Europe, 1989-1991*. Cambridge, Mass. 1993.

FORSCHUNGSBERICHTE

aus dem Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Das Institut für Sozialwissenschaften gibt Forschungsberichte heraus, die die Forschungsarbeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dokumentieren. Die Nummern 1-15 sind als Forschungsberichte des Seminars für Politikwissenschaft und Soziologie erschienen.

1. Krieger, Ingrid/Lompe, Klaus: Zur Lebenslage von Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ein Ost-West-Vergleich. Erste Interpretation empirischer Ergebnisse und Konsequenzen für die Instrumente des „zweiten“ Arbeitsmarktes. November 1993. 2. Aufl. April 1994. 52 S.
2. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Von der Automobilregion zur Verkehrskompetenzregion". Die Region als politisches und ökonomisches Handlungsfeld für die Steuerung politischer, sozialer und technologischer Innovationen. Januar 1994. 3. Aufl. April 1994. 52 S.
3. Vogel, Ulrike: Fachengagement und Studienerfolg bei Ingenieurstudentinnen und -studenten. Zur Entwicklung verallgemeinerungsfähiger Aussagen in einer qualitativen Studie. April 1994. 30 S.
4. Menzel, Ulrich: Der Flug des Drachen. Nachholende Modernisierung in Ostasien aus entwicklungspolitischer Perspektive. Mai 1994. 83 S. (vergriffen)
5. Lompe, Klaus/Blöcker, Antje/Lux, Barbara/Syring, Oliver: Neue Formen der Kooperation und der wissenschaftlichen Politikberatung in der Region - Wirkungen und Folgeaktivitäten des HBS-Projektes: "Regionale Bedeutung und Perspektiven der Automobilindustrie" unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften als regionale Akteure der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Südostniedersachsen. September 1994. 125 S.
6. Hummel, Hartwig: Weltmacht wider Willen? Japan in der internationalen Politik der neunziger Jahre. Januar 1995. 40 S.
7. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Perspektiven der Regionalisierung der Strukturpolitik in Niedersachsen". Dokumentation eines Workshops am 21.10.1994 in Braunschweig. Februar 1995. 103 S.
8. Lompe, Klaus/Warnecke, Dirk: "Die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen als Diversifikationsstrategie zur Beschäftigungssicherung in der Region Südostniedersachsen? - Dokumentation eines Symposiums am 9.2.1995 in Wolfsburg/Fallersleben. Juni 1995. 100 S.
9. Vogel, Ulrike: Zur Qualifikation von Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften. Empirische Ergebnisse. September 1995. 40 S.
10. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: Die Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und daraus resultierende Konflikte. Entwurf eines Forschungsprojekts. Oktober 1995. 32 S. (vergriffen)
11. Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. Januar 1996. 33 S.
12. Lompe, Klaus/Mangels-Voegt, Birgit/Düsing, Ralf/Fricke, Gerald/Vlcek, Olaf: Zur Diskussion abnehmender Handlungsfähigkeit des Zentralstaates und der Rolle neuerdezentraler Verhandlungssysteme. Februar 1996. 136 S.
13. Menzel, Ulrich: Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht. Februar 1985. 2. Aufl. November 1996. 58 S.
14. Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1996. 145 S.
15. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia: Zur Steigerung der „Attraktivität“ des Ingenieurstudiums. Vorarbeiten zu einem empirischen Projekt. Dezember 1996. 45 S.
16. Hummel, Hartwig: „Japan Bashing“. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA. Februar 1997. 68 S. (vergriffen)
17. Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung Europas. Februar 1997; 2. Aufl. Juli 1998. 87 S.
18. Menzel, Ulrich: The West Against the Rest. Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens. Mai 1997; 3. überarb. u. erw. Aufl. August 2003. 42 S.
19. Lompe, Klaus/Schirmacher, Andrea/Warnecke, Dirk: Regionales Risikokapital und Existenzgründung. September 1997. 185 S.
20. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Katharina Varga: Theorie der Internationalen Beziehungen: Einführung und systematische Bibliographie. Oktober 1997. 3. Aufl. Oktober 1998. 151 S.
21. Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. November 1997. 76 S.
22. Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1997. 101 S.
23. Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. November 1997. 92 S. (vergriffen)
24. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: "Kampf der Kulturen" in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen? Februar 1998. 2. Aufl. Oktober 1998. 95 S.

25. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia/Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zum Interesse am Technikstudium bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. April 1998. 91 S. (vergriffen)
26. Lompe, Klaus (Hrsg.): Verbundspezifische Projekte im Rahmen regionalisierter Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation eines Workshops am 12.11.1998. Januar 1999. 59 S.
27. Dietz, Bernhard/Menzel, Ulrich: "Brandstifter" oder Anwälte des demokratischen Friedens? Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten. Untersucht anhand politischer Entscheidungsprozesse der deutschen Bundesregierung in ausgewählten militärischen Konflikten der 1990 Jahre. Entwurf eines Forschungsprojekts. März 1999. 2. Aufl. Februar 2001. 34 S.
28. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia /Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurstudiums. Bericht über Maßnahmen im Studium. März 1999. 127 S.
29. Okfen, Nuria: Das Asia-Europe-Meeting – Eine neue Partnerschaft? März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 95 S.
30. Menzel, Ulrich: Jenseits des Staates oder Renaissance des Staates? Zwei kleine politische Schriften. März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 59 S.
31. Vogel, Ulrike/Meinel, Tanja/Capello, Claudia/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Zur Effizienz des Magisterstudiengangs an der TU Braunschweig. März 1999. 48 S.
32. Lipper, Tobias: Die Realität des Virtuellen. Grundüberlegungen zur empirischen Usenet-Forschung. Mai 1999. 53 S.
33. Hummel, Hartwig: Schwindet die Bedeutung der UNO? Juli 1999. 21 S.
34. Rehfeld, Dieter: Regionalisierungsprozesse – eine Zwischenbilanz. Februar 2000. 52 S.
35. Dietz, Bernhard: Medienberichterstattung, "Öffentliche Meinung" und Außenpolitik. Grundelemente eines interdisziplinären Forschungsansatzes. Februar 2000. 48 S.
36. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Befragungen von Absolventinnen und Absolventen sowie Studierenden zur "Attraktivität" des Ingenieurstudiums. März 2000. 57 S.
37. Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. März 2000. 53 S.
38. Matthias, Maik: Internet Governance. Der Wandel des Domain Name Service. April 2000. 87 S.
39. Menzel, Ulrich: Eurozentrismus versus ReOrientierung. Die Rückkehr der großen Theorie in die entwicklungspolitische Debatte. Oktober 2000. 30 S.
40. Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im neuen Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. November 2000. 40 S.
41. Kämmer, Olaf: Internet oder Chinanet. Chinesische Datennetze zwischen Modernisierungserfordernis und staatlichem Kontrollanspruch. Dezember 2000. 43 S.
42. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Thomas, Dirk: Studienprobleme und Gefahren des Studienabbruchs im Ingenieurstudium. Februar 2001. 90 S.
43. Priesemann, Christina/Vogel, Ulrike/Hahn, Manuela/Wenzel, Gabriele/Priesemann, Thomas: Lokale Abfallwirtschaft und Entsorgungsverhalten von Frauen und Männern. Juni 2001. 238 S. (vergriffen)
44. Böckmann, Britta/Rademacher, Horst/Schramm, Michael: Innovative Berufs- und Ausbildungsaktionen für Straffällige, Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Projekts des Nds. Justizministeriums und der Europäischen Kommission als EU-Projekt nach Art. 6 der ESF-Verordnung. Januar 2002. 184 S.
45. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (I). Methoden- und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der Salzgitter AG/PPS. Dezember 2001. 141 S.
46. Heinrich, Katharina/Vogel, Ulrike: Bildungsentscheidungen nach Schicht und Geschlecht. Eine empirische Untersuchung zu Studierenden der Ingenieurwissenschaften an einer Fachhochschule. März 2002. 172 S. (vergriffen)
47. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Stefan Jahns: Ausländische Studierende an der TU Braunschweig. Bestandsaufnahme und hochschulpolitische Empfehlungen. März 2002. 154 S.
48. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (II). Methoden – und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der EKO Stahl GmbH. März 2002. 169 S.
49. Lompe, Klaus (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der Montanmitbestimmung. Dokumentation eines Symposiums am 1.3.2002. Oktober 2002. 116 S.
50. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Biographische Erfahrungen und Karriere-Entscheidungen bei Frauen auf dem Weg in Führungspositionen der Wissenschaft. Februar 2003. 196 S.
51. Huk, Thomas: Multimediales Lernen – ein Überblick über die Forschungslandschaft. Juni 2003. 34 S.
52. Huk, Thomas/Lipper, Tobias/Steinke, Mattias/Floto, Christian: CRIMP: Medienwissenschaftliche Untersuchung multimedialer Lernsoftware – ein Forschungsansatz. Juni 2003. 42 S.
53. Menzel, Ulrich: Die neue Hegemonie der USA und die Krise des Multilateralismus. Juni 2003. 60 S. 2. Aufl. Dezember 2003.
54. Loges, Bastian: Gibt es ein Regime humanitärer Intervention unter dem Dach der Vereinten Nationen? September 2003. 88 S. 2. Aufl. Januar 2005.
55. Lompe, Klaus/Weis, Hinrich: Arbeits-Stadt-Region 2030 Südniedersachsen. Oktober 2003. 142 S.
56. Blöcker, Antje: ArbeitnehmerInnen – Beteiligung an Regionalisierungsprozessen in Südniedersachsen und Südniedersachsen. Oktober 2003. 46 S.
57. Loges, Bastian/Menzel, Ulrich/Ulbricht, Sascha: Die Debatte um humanitäre Intervention, die Doktrinen der USA und die Regimebildung durch die Vereinten Nationen. Dezember 2003. 43 S. 2. Aufl. Oktober 2007.

58. Burges, Katharina: Internationale Beziehungen in Deutschland. Vorgeschichte und institutionelle Anfänge bis zum Beginn der 1960er Jahre. Mit einem Vorwort von Ulrich Menzel. Februar 2004. 203 S.
59. Menzel, Ulrich: Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung? Mai 2004. 26 S.
60. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Karrieren von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in den Fachgebieten Mathematik und Sozialwissenschaften. Juli 2004. 215 S.
61. Loges, Bastian: Die Neue Weltordnung und das Regime humanitärer Intervention, Die Politik der USA im UN-Sicherheitsrat 1989-1991. September 2004. 62 S.
62. Köhne-Finster, Sabine: „Und es kommt jeden Tag etwas Neues auf mich zu.“ Eine empirische Untersuchung zur Lebenssituation ehemaliger Wohnungsloser im Westlichen Ringgebiet/ Braunschweig. Januar 2005. 93 S.
63. Thobaben, Henning: Der Wasserkonflikt im Jordanbecken. Kooperationspotentiale im Wassersektor als Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts? Februar 2005. 115 S.
64. Köhne-Finster, Sabine: Genderaspekte in der sozialen Stadtteilentwicklung, August 2005. 65 S.
65. Heere, Gerald: Ulrich Menzel – Werke und Wirkungen 1974-2005. Oktober 2005. 258 S.
66. Stübzig, Steffen: Humanitäre Interventionen als Bestandteil von US-Sicherheitsstrategie von 1990 bis 2004. Oktober 2005. 146 S.
67. Rebe, Bernd: Lernbuch des Urheberrechts. Dargestellt in Schaubildern und Fallbeispielen aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Januar 2006. 205 S.
68. Köhne-Finster, Sabine (Hrsg.): Das Siegfriedviertel in Braunschweig. Eine sozialräumliche Betrachtung. Februar 2006. 165 S.
69. Menzel, Ulrich: Globalisierung und Global Governance I: Foliensatz zur Vorlesung im WS 2005/06. März 2006. 188 S.
70. Menzel, Ulrich: Globalisierung und Global Governance II: Foliensatz zur Vorlesung im SS 2006. September 2006. 146 S.
71. Birke, Gero: Nationale und internationale Ansätze zur Regulierung von Private Military Companies. September 2006. 175 S.
72. Himmelmann, Gerhard: Wandlung des „Modells Deutschland“ zur „Shareholder-Gesellschaft“. Die „Deutschland AG“ im Prozess der Globalisierung/Internationalisierung. September 2006. 27 S.
73. Gunkel, Adrian/Krieger, Ingrid: Studentische Lebenslagen an der TU Braunschweig – Lebenslagen auf dem Grenzniveau? Empirische Ergebnisse einer Untersuchung unter Studentinnen und Studenten der TU und HBK. Januar 2007. 56 S.
74. Eichner, Detlef: Politikdidaktische Zugänge im Kontext von Ökonomie und Gesellschaft am Beispiel von Betriebs- und Berufserkundungen in Kindertagesstätten und Kindergärten. Februar 2007. 31 S.
75. Menzel, Ulrich: Internationale Politische Ökonomie (IPÖ). Foliensatz zur Vorlesung im WS 2006/07. März 2007. 203 S.
76. Mangels-Voegt, Birgit/Paul, Regine: Politikvermittlung und Fernsehen in Deutschland. Zwischen „gewollter“ Entpolitisierung und verfassungsrechtlicher Bindung an den Willensbildungsauftrag. März 2007. 48 S.
77. Mangels-Voegt, Birgit/Paul, Regine: Herausforderung demografischer Wandel. Nachhaltige Handlungsstrategien für die Arbeitswelt. März 2007. 46 S.
78. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 1: Song-China 960-1204. April 2007. 49 S.
79. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 2: Pax Mongolica 1230 – 1350 und die Globalisierung vor der Globalisierung. Juni 2007. 58 S.
80. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 3: Genua und die mediterrane Weltwirtschaft 1261 – 1350. September 2007. 63 S.
81. Menzel, Ulrich: Einführung in die Internationalen Beziehungen (IB). Foliensatz zur Vorlesung im SS 2007. Oktober 2007. 194 S.
82. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 4: Die frühen Ming (1368-1435) und die Restauration des Tributsystems. November 2007. 68 S.
83. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 5: Venedig – Seemacht mit imperialem Anspruch 1381-1499. Dezember 2007. 74 S.
84. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 6: Portugal – „Seaborne Empire“ oder Hegemonialmacht im Indik? Januar 2008. 102 S.
85. Kyas, Stephan: Transferprozesse beim Umgang mit Bildschirmspielen. Eine empirische Untersuchung zu Wechselwirkungsbeziehungen virtueller und anderer kindlicher Lebenswelten sowie personalen und familialen Nutzerfaktoren. Februar 2008. 67 S.
86. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 7: Das Osmanische Reich (1453-1571): Weltreich zwischen Europa und Asien oder Hegemonialmacht im Orient? Februar 2008. 102 S.
87. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 8: Spanien 1515/19 – 1648/59: Das geerbte Imperium. Mai 2008. 137 S.
88. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 9: Die Niederlande und ihr „Goldenes Zeitalter“ 1609-1713. Juli 2008. 140 S.
89. Fricke, Klaus/ Hopf, Henning/ Oberbeck, Herbert: Energien der Zukunft – Potenziale der Region. Beiträge zur Ringvorlesung an der TU Braunschweig im WS 2006/07. Juni 2008. 91 S.

- 90.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 10: Frankreich 1635 – 1714: Der gezügelte Hegemon. Dezember 2008. 122 S.
- 91.Richter, Bastian: Verteidigung, Sicherheit, Sichtbarkeit? ESVP-Operationen als Instrumente europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Januar 2009. 151 S.
- 92.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 11: England/Großbritannien 1692/1713-1783: Das Erste Empire. November 2009. 108 S.
- 93.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 12: Großbritannien 1783-1919: Das Zweite Empire. Dezember 2009. 110 S.
- 94.Menzel, Ulrich: Entwicklungstheorie. Geschichte und Hauptkontroversen. Januar 2010. 208 S.
- 95.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 13: Die Hierarchie der Staatenwelt. Februar 2010. 42 S.
- 96.Reinecke, Sonja: Klimaschutz als Lernprozess? Der Weltklimarat als Wissensunternehmer und sein Einfluss auf die Klimakonferenzen der Vereinten Nationen. April 2010. 134 S.
- 97.Fürstenberg, Michael: „Conflict Beyond Borders“ – Conceptualizing Transnational Armed Conflict. September 2010. 39 S.
- 98.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 14: USA 1898-1990: Die erste Hegemonialmacht mit globaler Reichweite. Oktober 2010. 162 S.

Die Forschungsberichte können beim Institut für Sozialwissenschaften zum Selbstkostenpreis zzgl. 7% Mehrwertsteuer + Portokosten bestellt werden.

Anschrift: Bienroder Weg 97, 38092 Braunschweig, Tel. 0531-391-8917, Fax 0531-391-8918